

# Landtag des Saarlandes

## 16. Wahlperiode



PI. 16/22  
16.01.19

## 22. Sitzung

am 16. Januar 2019, 09.00 Uhr, im Gebäude des  
Landtages

Beginn: 09.02 Uhr  
Ende: 15.49 Uhr

### **PRÄSIDIUM:**

Präsident Toscani (CDU)  
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)  
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)  
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)  
Erste Schriftführerin Berg (SPD)  
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)  
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

### **REGIERUNG:**

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche  
Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans  
(CDU)  
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr  
Rehlinger (SPD)  
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der  
Justiz Strobel (CDU)  
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)  
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
Bachmann  
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)  
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)

### **Es fehlen:**

Abg. Enschede (fraktionslos)  
Abg. Lander (DIE LINKE)

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung .....	1448	Abg. Ries (SPD).....	1463
		Ministerpräsident Hans .....	1465
		Abstimmung, Annahme des Antrages .....	1469
<b>7. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Präventionsarbeit stärken - für eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Drogenpolitik - Modellprojekt „Drug-Checking“ einführen (Drucksache 16/696) .....</b>	<b>1448</b>	<b>3. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse und zur Haushaltsstabilisierung (Drucksache 16/653) .....</b>	<b>1469</b>
zurückgezogen .....	1448	Minister Strobel zur Begründung.....	1469
Änderung der Tagesordnung .....	1448	Abg. Flackus (DIE LINKE).....	1470
Begrüßung einer Zuhörergruppe .....	1448	Abg. Thielen (CDU).....	1472
<b>1. Wahl einer oder eines Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus .....</b>	<b>1448</b>	Abg. Dörr (AfD).....	1474
Besucherbegrüßung .....	1448	Abg. Eder-Hippler (SPD).....	1475
Abstimmung, Annahme des Wahlvorschlages .....	1449	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (HF) .....	1475
<b>2. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion anlässlich des Besuchs einer Delegation um den Präsidenten des Conseil Départemental de la Moselle Patrick Weiten im Landtag des Saarlandes und der gemeinsamen Debatte über die grenzüberschreitenden deutsch-französischen Beziehungen Saarland - Moselle am 16. Januar 2019 eingebrachten Antrag betreffend: Das Saarland und die Moselle - ein exemplarischer europäischer Élysée-District: Die grenzüberschreitende Kooperation der deutsch-französischen Grenzregion als Vorreiter eines europäischen Wirtschafts-, Bildungs- und Gesellschaftsmodells (Drucksache 16/695 - neu) .....</b>	<b>1449</b>	<b>4. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Saar (Drucksache 16/656) .....</b>	<b>1475</b>
Président du Conseil Départemental de la Moselle Weiten.....	1450	Ministerpräsident Hans zur Begründung.....	1475
Abg. Funk (CDU).....	1455	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (WFT) .....	1476
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	1457	<b>5. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Modernisierung des Saarländischen Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung (SUV-ModG) (Drucksache 16/682) .....</b>	<b>1476</b>
Abg. Pauluhn (SPD).....	1458	Minister Jost zur Begründung.....	1476
Abg. Dörr (AfD).....	1460	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (UV) .....	1478
Abg. Kuhn-Theis (CDU).....	1461	<b>6. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gesetzesänderung zur Neugliederung der Landkreise im Saarland (Drucksache 16/694) .....</b>	<b>1478</b>
		Abg. Hecker (AfD).....	1478
		Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....	1478
		<b>8. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Schulträgerschaft (Drucksache 16/693) .....</b>	<b>1479</b>

Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	1479	Abg. Speicher (CDU).....	1495
Abg. Wagner (CDU).....	1479	Ministerin Rehlinger.....	1496
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	1481	Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	1500
Abg. Dörr (AfD).....	1481	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/692, Ablehnung des Antrages .....	1501
Abg. Renner (SPD).....	1482	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/700 - neu -, Annahme des Antrages ....	1501
Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....	1483	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/701, Ablehnung des Antrages .....	1501
<b>9. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Auf- und Ausbau eines Sonderschulsystems für sonderbe- gabte Kinder analog dem Fördersystem für behinderte Kinder (Drucksache 16/632) .....</b>	<b>1483</b>	<b>11. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Land- tags (Drucksache 16/697) .....</b>	<b>1501</b>
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	1483	Abstimmung, Annahme des Antrages .....	1501
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	1484	<b>12. Beschlussfassung über den vom Aus- schuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Peti- tionen (Übersicht Nr. 7) (Drucksache 16/688) .....</b>	<b>1501</b>
Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....	1485	Abstimmung, Annahme des Antrages .....	1501
Unterbrechung der Sitzung .....	1485		
<b>10. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Automobilindustrie schützen (Drucksache 16/692) .....</b>	<b>1485</b>		
<b>13. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD- Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Autoland Saarland - jetzt und in Zukunft! (Drucksache 16/700 - neu) .....</b>	<b>1485</b>	<b>Präsident Toscani:</b>	
<b>14. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion einge- brachten Antrag betreffend: Arbeits- plätze in der Automobil- und Zulieferin- dustrie schützen - neue Beschäfti- gungsmöglichkeiten durch Entwick- lung neuer umweltfreundlicher Techno- logien schaffen (Drucksache 16/701) ....</b>	<b>1485</b>	Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehr- ten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich eröffne un- sere Plenarsitzung und darf Sie ganz herzlich zur ersten Plenarsitzung im neuen Jahr willkommen hei- ßen. Da es die erste Sitzung im neuen Jahr ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen und Ihren Familien alles Gute, Glück, Gesundheit und Gottes Segen für 2019 zu wünschen.	
Abg. Müller (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/692.....	1485	Es ist die 22. Landtagssitzung unserer laufenden Le- gislaturperiode. Wir starten gleich mit zwei besonde- ren Themen ins neue Jahr. Wir erleben heute eine Premiere. Zum ersten Mal hält eine gewählte politi- sche Persönlichkeit aus Frankreich eine Rede im Landtag. Es ist Patrick Weiten, der Präsident des Conseil Départemental de la Moselle. Er ist mit einer Delegation aus neun Vizepräsidenten und dem Be- auftragten des Departements für die Deutschland- strategie, Gilbert Schuh, zu uns gekommen.	
Abg. Kurtz (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/700 - neu.....	1487	Monsieur le Président! Cher Patrick! Mesdames et Messieurs les Vice-présidents! Chers amis de la Mo- selle! Nous sommes ravis, nous sommes honorés de vous accueillir au Parlement de Sarre. Soyez les bienvenus!	
Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Be- gründung des Antrages Drucksache 16/701.....	1489		
Abg. Speicher (CDU).....	1491		
Abg. Müller (AfD).....	1495		

(Präsident Toscani)

(Beifall des Hauses.)

Ich möchte eine Frau begrüßen, die im tagtäglichen deutsch-französischen Miteinander bei uns im Saarland eine wichtige Rolle spielt. Es ist die Generalkonsulin der Republik Frankreich bei uns im Saarland. Frau Catherine Robinet, seien Sie uns ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Wir haben heute noch ein weiteres besonderes Thema auf unserer Tagesordnung. Der Landtag des Saarlandes wählt erstmals einen Beauftragten für das jüdische Leben im Saarland und gegen Antisemitismus. Dazu begrüße ich den Mann, der sich bereit erklärt hat, für dieses wichtige Amt zu kandidieren. Es ist der Präsident unseres Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes. Herr Prof. Dr. Roland Rixecker, herzlich willkommen!

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt. Wie immer einige technische Bemerkungen zu unserer Tagesordnung.

Zunächst zu Punkt 7:

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Präventionsarbeit stärken - für eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Drogenpolitik - Modellprojekt „Drug-Checking“ einführen (Drucksache 16/696)**

Dieser Tagesordnungspunkt ist zwischenzeitlich zurückgezogen worden. Es ist der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion zum Thema Präventionsarbeit stärken und Drogenpolitik. Das ist die Drucksache 16/696.

Ein Hinweis zu Punkt 10 unserer Tagesordnung, dem Antrag der AfD-Landtagsfraktion mit dem Thema „Automobilindustrie schützen“, Drucksache 16/692. Zu diesem Tagesordnungspunkt 10, dem Antrag der AfD, haben die Koalitionsfraktionen und die DIE LINKE-Landtagsfraktion eigene Anträge eingebracht, die Koalitionsfraktionen mit der Drucksache 16/700 - neu - den Antrag „Autoland Saarland - jetzt und in Zukunft!“ und die DIE LINKE-Landtagsfraktion mit der Drucksache 16/701 den Antrag „Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie schützen - neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien schaffen“.

Wer dafür ist, dass die beiden Anträge Drucksache 16/700 - neu - und 16/701 als Punkte 13 und 14 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest,

dass die Anträge Drucksache 16/700 - neu - und 16/701 als Punkte 13 und 14 in die Tagesordnung aufgenommen sind. Wir werden sie dann gemeinsam mit Punkt 10 beraten.

Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit sind heute Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Bundesfreiwilligendienst der AWO Saarland zu Gast. Sie arbeiten in der Altenpflege und in der Jugendhilfe. Sie stehen unter Leitung von Frau Eleonore Schmittberger. Herzlich willkommen hier im saarländischen Landtag!

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit unserer Tagesordnung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

**Wahl einer oder eines Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus**

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2018 das Gesetz zur Bestellung einer oder eines Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus verabschiedet. Dieses Gesetz haben drei Institutionen begleitet und gefördert, deren Vertreter ich an dieser Stelle sehr herzlich willkommen heiße. Es ist zum einen der Vorsitzende unserer Synagogengemeinde Saar, Herr Richard Bermann, Herr Frank-Matthias Hofmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen im Saarland und zugleich neuer Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft „Erinnerungsarbeit im Saarland“ und Frau Katja Göbel, die Leiterin des Katholischen Büros im Saarland. Ihnen ebenfalls ein herzliches Willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Für dieses Gesetz, das die Rechtsgrundlage zur Wahl des Beauftragten bildet, haben alle im Landtag vertretenen Fraktionen gestimmt. Das Gesetz ist am 21. Dezember des letzten Jahres in Kraft getreten.

Ebenso einhellig haben sich alle Fraktionen auf die Person verständigt, die dieses Amt ausüben soll. Das Präsidium schlägt Ihnen mit den Stimmen aller Mitglieder den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes, Herrn Prof. Dr. Roland Rixecker, zur Wahl vor.

Erhebt sich Widerspruch gegen die Wahl von Herrn Prof. Dr. Roland Rixecker zum Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus durch Handaufheben? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für die Wahl von Herrn Prof. Dr. Rixecker zum Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. -

(Präsident Toscani)

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass Herr Prof. Dr. Roland Rixecker einstimmig zum Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus gewählt ist. Zugestimmt haben alle Abgeordneten.

(Beifall des Hauses.)

Herr Prof. Dr. Rixecker, ich darf Ihnen herzlich gratulieren und Ihnen für die Ausübung Ihres wichtigen Amtes alles Gute und Erfolg wünschen.

Wir kommen zu Punkt 2 unserer Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion anlässlich des Besuchs einer Delegation um den Präsidenten des Conseil Départemental de la Moselle Patrick Weiten im Landtag des Saarlandes und der gemeinsamen Debatte über die grenzüberschreitenden deutsch-französischen Beziehungen Saarland - Moselle am 16. Januar 2019 eingebrachten Antrag betreffend: Das Saarland und die Moselle - ein exemplarischer europäischer Élysée-District: Die grenzüberschreitende Kooperation der deutsch-französischen Grenzregion als Vorreiter eines europäischen Wirtschafts-, Bildungs- und Gesellschaftsmodells (Drucksache 16/695 - neu)**

- mit Rede des Präsidenten des Conseil Départemental de la Moselle Patrick Weiten

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der 22. Januar, der Deutsch-Französische Tag, ist in diesem Jahr ein ganz besonderer Tag. Er wird, so glaube ich, ein historischer Tag für unsere beiden Länder, für Deutschland und für Frankreich. An diesem 22. Januar, nächsten Dienstag, kommen Staatspräsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel in Aachen zusammen. Sie kommen zusammen, um den neuen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich zu besiegeln, um den Élysée-Vertrag aus dem Jahr 1963 zu erneuern.

Das Saarland und die Moselle, wir sind gemeinsam Vorreiter der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Wir sind quasi Pioniere der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. Das ist für uns Grund genug, unsere Freundschaft im Rahmen der heutigen Plenarsitzung zu würdigen, ja sie zu festigen. Wir wollen unsere Freundschaft, unsere Partnerschaft zwischen dem Saarland und der Moselle, mit dem heutigen Tag auch weiterentwickeln.

Autrefois la frontière séparait Français et Allemands. Aujourd'hui, elle nous relie les uns aux autres. En tant que région frontalière nous étions et nous som-

mes à tout moment une jonction entre nos peuples. Sarrois et Mosellans nous sommes comme un trait d'union entre nos peuples, entre l'Allemagne et la France. - Ja, das Saarland und das Département de la Moselle, uns verbindet ganz viel. Uns verbindet unsere gemeinsame Geschichte. Teile des heutigen Saarlandes haben lange Zeit zum Herzogtum Lothringen gehört. Diese Verbindung zeigt sich auch in unserem Landeswappen. Sie sehen das Landeswappen hier im Plenarsaal. Wenn Sie nach unten links auf unser Landeswappen schauen, sehen Sie drei silberne Adler im goldenen Feld. Sie stammen aus dem Wappen des Herzogtums Lothringen. Das zeigt ganz bildlich die Verbindung unserer beiden Regionen, unserer beiden Territorien.

Andererseits waren Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich in früheren Jahrhunderten hier bei uns besonders spürbar. Wir waren Spielball von Konflikten und Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich. Uns verbinden auch unsere beiden Flüsse, die Saar und die Mosel. Kohle und Stahl verbinden uns. Gemeinsam haben Kohle und Stahl unsere Gegenden zu Blütezeiten geprägt und in den Krisenzeiten auch den Strukturwandel in unseren beiden Regionen bestimmt.

Seit dem Zweiten Weltkrieg profitieren wir, Saarländer und Mosellaner, ganz besonders von der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Einigung. Das verdanken wir unter anderem dem Gründervater Europas Robert Schuman, dem wohl berühmteste Sohn des Département de la Moselle. Heute leben wir in guter Nachbarschaft zusammen. Viele Franzosen leben und arbeiten bei uns im Saarland, umgekehrt tun dies viele Saarländer in der Moselle.

Unser Beschlussantrag, den wir heute verabschieden wollen, zeigt in eindrucksvoller Weise die ganze Bandbreite, die ganze Vielfalt und Dichte der Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und dem Département de la Moselle, angefangen von der Politik über Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport bis hin zu den vielen gelebten Städtepartnerschaften entlang der Grenze. Wir arbeiten eng zusammen. Wir tun das bilateral, wir tun es aber auch gemeinsam in der Großregion SaarLorLux. Unsere Zusammenarbeit findet auf politischer Ebene statt, wie heute im Parlament des Saarlandes mit dem Conseil Départemental, die Landesregierung mit der Führung des Départements. Das ist die politische Ebene, aber viele Institutionen und auch Akteure aus der Zivilgesellschaft engagieren sich für diese saarländisch-mosellanische Zusammenarbeit und Partnerschaft.

Ich habe mir erlaubt, Akteure dieser deutsch-französischen Partnerschaft, die im Saarland aktiv sind, heute zu unserer Sitzung einzuladen. Stellvertretend nenne ich den Intendanten des Saarländischen

**(Präsident Toscani)**

Rundfunks Thomas Kleist und die Präsidentin des Eurodistricts SaarMoselle, die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz. Frau Britz, Herr Kleist, seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Natürlich geht es in unserer heutigen Sitzung auch um die Zukunft, wie wir unsere Zusammenarbeit weiter stärken und ausbauen können. Dazu werden wir eine Resolution beraten und verabschieden. Ich freue mich, dass alle vier Landtagsfraktionen gemeinsam diese Resolution eingebracht haben. Der Conseil Départemental de la Moselle wird die Resolution in einer seiner nächsten Sitzungen beraten und ebenfalls verabschieden. Der Titel der Resolution zeigt den programmatischen Anspruch: „Das Saarland und die Moselle - ein exemplarischer europäischer Élysée-District“. Wir wollen damit die enge Zusammenarbeit in unserer Grenzregion zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger weiter vertiefen.

Wir machen damit auch deutlich, dass das, was wir hier in der Grenzregion zwischen dem Saarland und dem Département de la Moselle tun, auch ein wichtiger Bestandteil der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Ganzen ist. Drittens leisten wir Pionierarbeit. Wir sind Modell und Vorreiter für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Europäischen Union. In dieser Resolution plädieren wir gemeinsam dafür, uns als Grenzregion mehr Freiräume zu geben. Wir brauchen dafür rechtliche und finanzielle Instrumente. Diese Resolution richtet sich vor allem an unsere nationalen Regierungen und Parlamente in Paris und Berlin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mesdames et Messieurs! Travaillons ensemble pour renforcer les liens entre la Moselle et la Sarre. Travaillons ensemble pour renforcer les liens entre la France et l'Allemagne! Europa wächst nicht nur aus Verträgen, sondern es wächst aus den Herzen der Menschen.

Wir freuen uns nun auf die Rede von Präsident Patrick Weiten. Monsieur le Président, cher Patrick, vous avez la parole.

(Anhaltender Beifall des Hauses.)

**Präsident du Conseil Départemental de la Moselle Weiten:**

Monsieur le Président du Landtag! Monsieur le Ministre-Président! Mesdames et Messieurs les Ministres! Mesdames et Messieurs les Secrétaires d'Etat! Mesdames et Messieurs les Députés du Landtag! Mesdames et Messieurs!

En m'adressant à vous aujourd'hui, je mesure l'honneur qui m'est fait, puisque je suis le premier élu étranger à m'exprimer à cette place.

Je tiens à remercier ici tout particulièrement mon ami le Président du Landtag, Stephan Toscani, pour avoir rendu un tel évènement possible. Sans l'échange que nous avons eu en mars dernier lors de la « Faites de l'Allemand » à Stiring-Wendel, jamais cela n'aurait été possible.

Je vous remercie également pour votre engagement en faveur de la coopération franco-allemande, et plus particulièrement de la coopération entre la Moselle et la Sarre.

L'honneur qui m'est fait aujourd'hui constitue un symbole fort de la reconnaissance des liens historiques profonds, passionnément construits à force de volonté et d'engagement pour une ambition partagée, source d'innovation pour nos territoires, et motivation pour un approfondissement permanent.

C'est d'autant plus un honneur, que le contexte est propice à placer la coopération de proximité au cœur de la coopération franco-allemande, et comme un moteur essentiel de cette dernière. Le 22 janvier prochain, le Président de la République Française, Emmanuel Macron, et la Chancelière de la République Fédérale d'Allemagne, Angela Merkel, se réuniront à l'Hôtel de Ville d'Aix-la-Chapelle pour signer un nouveau traité sur la coopération franco-allemande, appelé communément « nouveau Traité de l'Élysée ».

Cet évènement est riche d'enseignements. Tout d'abord, il consacre l'idée que la coopération entre nos deux pays passe de manière incontournable par la coopération de proximité, et surtout par la manière dont nous l'avons conjointement conduite.

La Moselle et la Sarre figurent sans conteste possible parmi les pionniers de la coopération transfrontalière, en développant des initiatives fortes, des projets structurants pour nos territoires, et toujours au service de nos habitants pour créer un véritable bassin de vie européen de proximité, où chacun peut mesurer quotidiennement ce que la suppression des frontières veut dire.

Dans cette période, où certains veulent construire des murs et renforcer les frontières, dans une logique diabolique de repli sur soi, nous pouvons affirmer qu'il vaut mieux construire des ponts et favoriser la meilleure compréhension de son voisin,

(Beifall des Hauses)

car c'est véritablement ainsi que chacun progresse, et que cela participe véritablement au développement de nos territoires.

Un autre enseignement qu'il faut tirer de cette prochaine signature, c'est qu'elle se déroule ni en Moselle, ni en Sarre. Ceci montre à quel point il est indispensable que nous parvenions à faire rayonner

**(Président du Conseil Départemental de la Moselle Weiten)**

notre expérience et nos réussites auprès de nos capitales respectives.

Il faut rappeler que c'est sur ce territoire que conjointement ont été développées des lignes de bus transfrontalières, grâce au Département de la Moselle et à la Sarre, que c'est sur ce territoire que le premier tram transfrontalier a vu le jour, que c'est sur ce territoire qu'a été évoquée pour la première fois la création d'une métropole transfrontalière.

La Sarre et la Moselle sont indubitablement des pionnières et doivent être reconnues en tant que telles. Depuis des décennies, c'est ensemble que nous avons développé le système des assistantes de langue pour favoriser l'apprentissage de la langue du voisin au service de l'employabilité de nos jeunes. Cette solution que nous avons conjointement imaginée, certains nous l'envient en faisant semblant de la découvrir. C'est avec plaisir que nous avons pu entendre le Ministre français de l'Éducation nationale exprimer son soutien à cette méthode, estimant qu'elle était la plus efficace pour apprendre une langue étrangère dès le plus jeune âge.

Cette dynamique et cette appréhension mutuelle et partagée des enjeux fait que la Sarre a choisi de placer la question de l'apprentissage du français au cœur de sa Stratégie France et que le Département de la Moselle a placé l'apprentissage de l'allemand au cœur de sa Deutschland-Strategie.

Cette dynamique a fait aussi qu'ici, dans notre grande région transfrontalière, nous développons conjointement avec la Rhénanie-Palatinat, le Grand-Duché de Luxembourg, la Wallonie et la Communauté germanophone de Belgique, le plus important projet transfrontalier européen sur le multilinguisme, le projet SESAM GR qui est géré par le Conseil départemental de la Moselle. Ce projet propose de donner à nos jeunes les clés linguistiques, en permettant l'apprentissage de la langue du voisin de façon simple et utile, et l'acquisition des compétences interculturelles indispensables, car la maîtrise des langues et la connaissance de l'autre sont non seulement des vecteurs de mobilité professionnelle, mais également et surtout des vecteurs d'insertion et de cohésion culturelle.

Grâce aux efforts ainsi engagés, 30.607 élèves mosellans, soit 36,20 pour cent des 84.578 élèves de classes maternelles et élémentaires, apprennent aujourd'hui l'allemand de façon précoce à des degrés d'intensité différents, et 70 pour cent des collégiens mosellans font de l'allemand en Langue Vivante 1 (LV1) ou Langue Vivante 2 (LV2), soit 28.356 collégiens, dont 2,1 pour cent en classes biculturelles.

Le projet ambitieux que nos jeunes qui seront les citoyens de demain soient éclairés sur les valeurs qui nous animent et qui sont au cœur du projet

européen auquel nous devons souscrire. Je souhaite que nous puissions ensemble renforcer davantage cette dynamique en impulsant la mise en place de jumelages entre nos établissements scolaires. Je vous propose que chaque collège mosellan soit jumelé à un établissement scolaire sarrois.

(Beifall des Hauses.)

De même, je me réjouis d'être devant vous pour vous adresser très directement et simplement une autre proposition. Le Département de la Moselle a constitué un Conseil Départemental junior qui vient d'être renouvelé et tout juste installé. Cette assemblée a élu à sa tête une Présidente, Maÿlis Kremer, du canton de Bitche, quel symbole, territoire frontalier à la fois avec la Sarre et la Rhénanie-Palatinat. Dès sa création, le Département a souhaité que cette assemblée junior se dote d'une ouverture transfrontalière et partage des expériences avec d'autres assemblées dans la Grande Région. Je serai heureux qu'à l'image de ce que nous vivons aujourd'hui un tel échange puisse se faire entre notre assemblée départementale junior et une assemblée comparable de nos voisins sarrois. Je crois que ça serait également un symbole important que nos deux assemblées junior puissent à un moment siéger ici et siéger au sein du Département de la Moselle. De ces échanges, je suis sûr que naîtrons de nouvelles idées de projets portées par notre jeunesse, auxquels nous aurons la certitude qu'ils serviront à notre jeunesse et son épanouissement dans un espace ouvertement transfrontalier.

(Beifall des Hauses.)

À ce titre, nous avons également su faire de la culture un vecteur d'intégration essentiel, participant au rapprochement des individus et à la création d'un sentiment commun d'appartenance à un espace de vie partagé. Le festival Perspectives en est une preuve évidente et vivante.

Nous menons ces projets en surmontant régulièrement les obstacles à force d'inventivité et d'innovation. Reconnaissance des niveaux linguistiques et des formations suivies, droit du travail, réglementation, normes; toujours nous avons su dépasser et surmonter ces obstacles.

En cette année, je prends volontiers l'exemple du Parc archéologique européen de Bliesbruck Reinheim. C'est le seul site véritablement franco-allemand. Il a été créé il y a 30 ans, et au quotidien il affronte et surmonte ces obstacles. Ainsi la construction du « Bâtiment sur la Frontière » a démontré que malgré les Accords de Karlsruhe il existe encore de très nombreux freins pour faire abstraction complète de la frontière. Dans le cadre de la conformité d'un bâtiment commun aux normes de quel pays, dans une gestion administrative et financière de l'opération. Mais ce bâtiment, nous avons su le con-

(Président du Conseil Départemental de la Moselle Weiten)

struire ensemble, et il devient la preuve manifeste et évidente que c'est possible, que c'est réalisable. C'est pourquoi je propose que l'année 2019 nous permette de conduire une vaste réflexion portant sur une gestion totalement intégrée du site pour qu'il devienne le totem dans l'application d'un véritable droit transfrontalier unique au service de la jeunesse, au service de la pédagogie, au service de la culture. Ce sera le premier site mosellan-sarrois sur le territoire de la Grande Région.

(Beifall des Hauses.)

Certains pourraient arguer que ce type de préoccupations est très éloigné de celles de nos concitoyens. Les récents événements en France montrent à quel point le besoin de proximité et la nécessité de prendre en compte l'humain restent les premières préoccupations de nos populations. Le Département de la Moselle est d'autant plus concerné qu'il a une double responsabilité : il est garant de la solidarité humaine et de la solidarité des territoires. Il est ainsi en charge des politiques en faveur de l'enfance, de la jeunesse, mais aussi des plus fragiles, notamment des personnes dépendantes.

Conscient du potentiel et des opportunités que représentent sa situation géographique et la coopération transfrontalière, il a pleinement intégré cette dimension dans ses politiques. Ainsi, en plus d'assurer à sa jeunesse la capacité d'acquérir les compétences linguistiques et interculturelles nécessaires pour une meilleure intégration sur le marché du travail transfrontalier, le département soutient également le développement de crèches parfaitement transfrontalières en direction de la petite enfance. Et là aussi, un tel modèle n'existe nulle part ailleurs sur les limites franco-allemandes. Le projet Babylingua est unique et c'est ensemble, entre la Sarre et la Moselle, que nous voulons développer, dès les premières années de vie, une coopération entre nos deux territoires.

Le Département de la Moselle est également pleinement engagé dans l'aide aux personnes âgées. La Sarre dispose de très nombreuses compétences qu'elle a su regrouper dans un cluster. Et c'est encore une fois ensemble que nous sommes parvenus à développer un projet fédérateur à l'échelle de la Grande Région. Le projet Senior Activ propose une démarche transfrontalière constructive favorisant le maintien à domicile en s'appuyant notamment sur la révolution numérique qui bouleverse profondément nos sociétés.

Enfin, il me faut citer un projet avec une envergure sans précédent et sur lequel il est légitime de fonder de très nombreux espoirs. Le Service Départemental d'Incendie et de Secours (SDIS) de la Moselle placé sous l'autorité du directeur, le colo-

nel Vallier, mène avec ses partenaires de la Grande Région, et en particulier de la Sarre, une expérience inédite à cette échelle et directement au service de nos concitoyens. Il s'agit véritablement de créer une approche commune sur les risques, et de mettre en place les instruments nécessaires à une meilleure coordination et à des interventions communes de nos forces de sécurité et d'incendie sur nos territoires. Et là encore, je pense que nous sommes plus innovants qu'ailleurs. Le projet INTER'RED sera à mon sens une véritable pierre angulaire pour d'autres espaces de coopération.

Tous ces projets, Mesdames et Messieurs, ont un point commun. Ils démontrent notre capacité à répondre aux enjeux majeurs auxquels nos territoires sont confrontés. Et certains attendent de nous des réponses concrètes et concertées. Ainsi, ce n'est pas un mystère que la Sarre doit faire face à une transformation structurelle sans précédent de sa démographie. Face au vieillissement de nos populations, il faut être en capacité d'accompagner les personnes âgées, tout en étant en capacité de garantir les conditions nécessaires au développement économique et à la croissance, notamment par une main d'œuvre suffisante en nombre et en qualité conforme aux attentes des employeurs. Il me faut ici souligner les initiatives déjà prises pour améliorer l'intégration de nos concitoyens sur le marché de l'emploi transfrontalier. Ainsi je tiens tout particulièrement à remercier la Sarre, Monsieur le Président, pour avoir initié la création de la Task Force Travailleurs Frontaliers et avoir engagé les efforts pour la pérenniser, notamment en associant un réseau de nouveaux partenaires, parmi lesquels figurent la Maison du Luxembourg, implantée à Thionville et surtout la Maison Ouverte des Services pour l'Allemagne (MOSA), installée à Forbach. La Task Force fournit des solutions juridiques précieuses pour permettre de lever les obstacles que les frontaliers, travailleurs en devenir, parce qu'étudiants, travailleurs en activité ou à la retraite rencontrent quotidiennement. C'est une véritable plus-value pour notre espace de coopération.

J'ai cité parmi les partenaires de la Task Force, la MOSA. Elle est née d'un double constat. La prise de conscience des opportunités offertes par le marché de l'emploi en Allemagne, et pourtant un recul régulier du nombre de travailleurs frontaliers mosellans vers la Sarre, sur le territoire de Forbach en particulier. Le Département de la Moselle a jugé qu'il était nécessaire d'agir pour redynamiser les flux vers la Sarre, mais aussi depuis la Moselle Est. Nous avons su fédérer les intercommunalités autour d'un modèle de maison de services dédiés à l'Allemagne. Mais cette entreprise n'a réussi que grâce à l'implication de nos partenaires sarrois sur ce projet, et à l'accompagnement qui nous a été offert alors par le gouvernement sarrois. En 2018 ce sont plus de

(Président du Conseil Départemental de la Moselle Weiten)

5.000 usagers qui ont recours à ses services, contre un peu plus de 3.000 en 2016, première année de son exploitation.

Dans le même état d'esprit, s'est avec une initiative très particulière que le Département de la Moselle s'engage à créer une Maison des Langues numérique, qui doit permettre de valoriser l'apprentissage des langues auprès des adultes, des parents, des jeunes, les informer sur les offres existantes et les orienter. Ce projet ne peut se faire et ne sera une réussite que s'il s'appuie sur une véritable ouverture transfrontalière, et j'en appelle à votre coopération et à votre soutien. Cette Maison des Langues numérique sera une maison ouverte vers la Sarre et vers la Moselle.

(Beifall des Hauses.)

L'accessibilité à l'emploi et à la mobilité restent un enjeu pour notre bassin de vie transfrontalier. Même si la loi portant nouvelle organisation territoriale de la République française est intervenue pour retirer les compétences liées aux transports aux Départements et les transférer à ses grandes régions, notre département souhaite et a la volonté de rester au cœur et d'être un acteur dans le domaine de la mobilité, notamment pour la gestion du réseau routier dont nous en avons la responsabilité. C'est pourquoi, nous nous sommes engagés auprès de la Sarre pour l'expérimentation de liaisons transfrontalières à l'aide du bus autonome dans le cadre du projet TERMINAL.

De même, notre département soutiendra toujours et suscitera toujours et encore des initiatives qui faciliteront les déplacements au sein de notre espace de coopération. C'est pourquoi, je me suis personnellement investi sur l'avenir de la ligne de Dillingen-Bouzonville-Thionville et qu'en décembre dernier, avec le soutien de Monsieur le Vice-Président Günter HEINRICH, j'ai saisi en France le Ministre des Transports, le Président de la Région Grand-Est et le Directeur général de la SNCF concernant la modernisation, le maintien et le développement de ce tronçon indispensable dans le cadre de la relation ferroviaire entre la Sarre et la Moselle.

(Beifall des Hauses.)

Elle doit également permettre de faciliter les liaisons ferroviaires entre la Sarre et le Grand-Duché de Luxembourg via la Moselle. C'est absolument essentiel pour cette mobilité ferroviaire de proximité à partir des grands couloirs européens de transports ferroviaires.

Il est également indispensable que nous travaillions conjointement à l'attractivité de nos territoires pour gagner en visibilité. Le Département de la Moselle a initié dans ce but une agence d'attractivité pour son territoire : MOSL Attractivité. Dans son programme,

elle intègre pleinement la dimension transfrontalière, et elle est déjà partenaire de projets importants comme celui mené par la Tourismus Zentrale Saarland sur la création d'outils numériques pour le marketing touristique dans la Grande Région. Elle s'inscrit pleinement dans la philosophie que le Département de la Moselle a souhaité développer. MOSL, c'est Moselle sans limites, sans frontières. Construire son développement en partenariat avec ses voisins, voilà ce que nous nous sommes fixés comme objectif. Lors du lancement de la marque MOSL, Monsieur le Président, vous m'avez fait l'amitié d'être présent. Vous êtes toutes et tous, j'en suis convaincu, des ambassadeurs de cette marque MOSL que nous devons porter.

Un autre défi concerne la révolution numérique et son impact sur le modèle économique que nous connaissons. La Moselle connaît et reconnaît les grandes compétences qui existent en Sarre. Je ne citerai ici que le DFKI, le ZEMA ou encore le Max-Planck-Institut. Je sais que la Sarre veut devenir le Hot Spot dans ce domaine. Là encore je pense qu'il est nécessaire que nous puissions travailler ensemble, car la Moselle a des atouts complémentaires, qu'elle peut faire valoir. Au travers de ces collaborations, les ambitions des uns ne seront pas les rêves des autres, mais bien une réalité commune dans une stratégie gagnant-gagnant partagée, car nous avons besoin l'un de l'autre, et de cela nous en avons pleinement conscience en Moselle. La Moselle et la Sarre ont fait le choix de l'action au service de nos concitoyens.

(Beifall.)

Je pourrais également citer notre engagement commun en faveur du développement durable en citant ici le projet GReNEFF qui doit permettre d'établir un standard commun sur les constructions pour réduire les dépenses énergétiques, notamment au profit des bailleurs sociaux.

La richesse et l'intensité de nos coopérations, l'innovation dont nous avons su faire preuve pour concrétiser nos projets, la force des résultats que nous avons obtenus, nous permettent toujours d'être en capacité à répondre aux enjeux communs. Mais force est de constater, que nous devons rester vigilants et veiller à faire reconnaître cet état de fait auprès de nos capitales respectives.

En effet, malgré tout l'engagement déployé et la reconnaissance de l'enjeu du bilinguisme pour la Moselle, je dois encore constater qu'au niveau national des décisions sont prises qui pourraient conduire à une rupture importante dans la continuité de l'apprentissage renforcé de l'Allemand. De même, l'absence d'évolution de la législation, alors que les problèmes sont connus et que les autorités sont saisies, conduit aujourd'hui à des situations individuel-

(Président du Conseil Départemental de la Moselle Weiten)

les particulièrement délicates en matière d'invalidité et de droit social. Le fait frontalier est reconnu, analysé, mais qu'en est-il des actes pour faciliter la levée des externalités négatives encore produites aujourd'hui par la frontière?

Une brèche pourrait être ouverte à deux niveaux différents. Tout d'abord européen, avec la reprise par la Commission dans une proposition du règlement de l'instrument juridique initié par le Grand-Duché de Luxembourg durant sa Présidence du Conseil. Il permettrait l'application d'un droit de part et d'autre de la frontière. C'est une chance, même si sa mise en œuvre appelle encore beaucoup de questions. Au niveau français avec le droit à la différenciation. Ainsi l'Etat a reconnu dans le cadre de la création de la collectivité européenne d'Alsace que cette collectivité se verrait attribuer des compétences nouvelles au titre de la coopération transfrontalière. Ainsi, cette collectivité serait en capacité de recruter du personnel enseignant avec l'Éducation nationale pour favoriser l'apprentissage de l'Allemand. Elle assurerait conjointement avec l'Etat un chef de filât diplomatique dans l'espace de coopération du Rhin Supérieur.

Ce qui est possible pour l'Alsace sera possible pour la Moselle, car il y a au moins autant la collectivité européenne de la Moselle qu'il y a la collectivité européenne d'Alsace. Car sinon, cela constituerait une rupture et une nouvelle frontière entre l'Alsace et la Moselle, qui pourrait conduire à pénaliser notre bassin de vie transfrontalier dans son ensemble. Il faut donc que le Département de la Moselle obtienne en termes de nouveaux leviers d'action la capacité à pouvoir développer et être chef de file des relations entre la France et l'Allemagne, entre la Moselle et la Sarre.

(Beifall des Hauses.)

C'est pourquoi, je formule le vœu de pouvoir m'appuyer sur votre soutien pour faire valoir toute la légitimité de notre revendication qui permettra de déployer des instruments facilitant nos coopérations au quotidien au service de la qualité de vie et du bien vivre ensemble de nos concitoyens.

Il est donc indispensable que nous nous assurions que ce qui se passe ici soit bien compris et bien maîtrisé là-bas, dans nos capitales respectives. Le franco-allemand ici est vivant, tout autant qu'ailleurs, et pour certains domaines même plus qu'ailleurs au regard de ce que nous avons déjà accompli. Il est donc logique et légitime que cela soit reconnu. Si à Paris, si à Berlin ils souhaitent des territoires-pilotes dans la relation européenne et transfrontalière, ici, avec la Sarre et la Moselle, ils auront trouvé ces territoires. Sarrebruck et Metz doivent devenir les capitales de la coopération transfrontalière franco-allemande.

(Beifall des Hauses.)

Les champs d'intervention, où notre force commune de proposition est attendue, ne manquent pas. Les défis à relever sont nombreux, et nous y sommes prêts. La volonté et l'ambition que nous avons su mobiliser par le passé sont intactes et continuent à nous animer.

Il y a de cela quelques semaines, le Département de la Moselle, en partenariat avec le Département de la Meurthe-et-Moselle et l'Institut de la Grande Région, a organisé une conférence intitulée « Réalités Transfrontalières : le Franco-Allemand au quotidien ». Monsieur le Président, vous nous aviez fait à l'époque l'honneur et le plaisir de venir conclure cette matinée à la Maison Robert Schuman. À cette occasion, il a été possible de ressentir, de percevoir combien la coopération dans notre bassin de vie transfrontalier était vivante, mais aussi combien il était nécessaire d'œuvrer toujours et encore pour que le fait transfrontalier, pour que le fait européen soit vécu comme une chance et non pas comme un frein sur le territoire de la Sarre, de la Rhénanie-Palatinat et de la Moselle.

Je peux vous assurer que le Département de la Moselle y est prêt et s'engagera avec ses moyens pour encore une fois faire la preuve d'aboutir à des résultats tangibles et concrets au service de chacun de nos concitoyens.

Dans quelques jours, à l'issue du prochain Sommet des Exécutifs de la Grande Région, la Sarre, Monsieur le Ministre-Président Hans, assurera la Présidence dudit Sommet. Je vous assure que vous trouverez dans le Département de la Moselle un partenaire loyal, efficace, constructif, un allié engagé pour faire de votre présidence une réussite.

Afin d'inscrire cette journée comme le début de nouvelles pratiques, la Moselle serait très honorée de vous recevoir, Mesdames et Messieurs, le 9 mai prochain à Metz, à l'occasion de la symbolique journée de l'Europe, pour poursuivre nos échanges.

Pour conclure, je ne peux que vous renouveler la fierté qui est la mienne, qui est la nôtre, d'avoir pu m'exprimer ici devant vous à cette tribune, et vous faire la promesse, que cette rencontre marque le début de nombreux échanges, de nouveaux échanges qui, je le sais par avance au regard de notre expérience, seront fructueux.

Enfin, je voudrais citer Robert Schuman, le père de l'Europe, le père de nous tous. Il disait : Les dures leçons de l'histoire ont appris à l'homme de la frontière que je suis à se méfier des improvisations hâtives, des projets trop ambitieux, mais elles m'ont appris également que lorsqu'un jugement objectif, mûrement réfléchi, basé sur la réalité des faits et l'intérêt supérieur des - femmes - et des hommes,

**(Président du Conseil Départemental de la Moselle Weiten)**

nous conduit à des initiatives nouvelles, voire révolutionnaires, il importe - même, si elles heurtent les coutumes établies, les antagonismes séculaires et les routines anciennes - de nous y tenir fermement et de persévérer. - Je vous propose ensemble de persévérer pour une collaboration encore plus soutenue entre les territoires de la Sarre, de la Rhénanie-Palatinat et de la Moselle. Rendez-vous, Mesdames et Messieurs, le 9 mai. - Ich bin ein Saarländer. (Die deutsche Übersetzung ist als Anlage beigefügt.)

(Heiterkeit. - Lang anhaltender Beifall.)

**Präsident Toscani:**

Herr Präsident! Lieber Patrick Weiten, ich darf Ihnen im Namen des Hauses für diese visionäre Rede danken. Sie war voller konkreter, weitreichender und spannender Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und der Moselle. Die Rede hat zum Ausdruck gebracht, mit welchem Engagement und mit welcher Energie - persönlich und politisch - Sie sich für die saarländisch-mosellanschen Beziehungen einsetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Rede und im Namen des Hauses auch für die Gegeneinladung. Wir kommen sehr gerne am 09. Mai zu Ihnen in den Conseil Départemental.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist keine Feierstunde. Wir wollen das tun, was die originäre Kompetenz eines Parlamentes ist: Vorschläge debattieren. Deshalb führen wir jetzt eine Debatte über die gemeinsame Resolution und die Rede von Patrick Weiten. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU):**

Herr Präsident Weiten! Herr Präsident des Saarländischen Landtages! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! „Wenn man in denselben Stunden, an denselben Orten und unter denselben Umständen noch einmal erleben könnte, was man bereits erlebt hat, es aber viel besser erleben würde als beim ersten Mal, ohne die Fehler, die Hindernisse und Leerläufe ... das wäre so, wie ein Manuskript voller Streichungen ins Reine schreiben.“

Dieser Gedanke des französischen Nobelpreisträgers Patrick Modiano, den er in seinem ersten - übrigens sehr gut übersetzten Roman - fünf Jahre nach seiner Preisverleihung formuliert hat, ist natürlich ein Wunsch, eine Utopie, gewissermaßen rückwärts gewendet. Denn Fehler, Hindernisse und Leerläufe begleiten unsere tägliche Arbeit und unser Handeln. Sie sind keine Randerscheinungen, sondern zeugen davon, was wir falsch machen und was wir besser machen können.

Und dennoch: Wenn es heute angesichts Ihres Besuchs, Herr Weiten, gestattet ist, auf unsere Zusammenarbeit zurückzublicken, dann ist der Rückblick alles andere als schmerzlich, sondern von Dankbarkeit, Vertrauen und wechselseitiger Hochachtung geprägt. Im Namen der Abgeordneten des Saarländischen Landtages an dieser Stelle ein großes Dankeschön für Ihre Verbundenheit, für Ihr Engagement und Ihre jahrelange Treue zu unserer französisch-deutschen Zusammenarbeit.

(Beifall.)

In der Tat sind es dieselben Orte und dieselben Umstände, die uns verbinden: historisch, kulturell und persönlich.

Tagtäglich erleben wir, wie es ist, in einer Region zu leben, in der Nachbarschaft im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen mehr kennt. Sie haben Reinheim angesprochen. In Reinheim findet eines der schönsten Feste im Saarland statt, das Brückenbogenfest. Brücken, die früher umkämpft waren, gesprengt wurden, dienen jetzt dazu, dass Deutsche und Franzosen gemeinsam feiern. Was kann es Schöneres geben?

Um hier wieder den Blick von Modiano anzunehmen: Ich stelle mir manchmal vor, wie es wäre, wenn wir diese Erinnerungsreise gemeinsam antreten könnten. An die Orte und Begebenheiten zu den Zeiten, in denen all das, was uns heute selbstverständlich ist, als verschrobene Utopie erschienen wäre: Städtepartnerschaften, Schüleraustausche, zigtausende Pendler tagtäglich, gemeinsame Forschungsprojekte, tagtägliche Arbeit zur Erleichterung der Zusammenarbeit und vieles mehr. Herr Weiten, Sie haben ja auch die Juniorversammlung angesprochen, die zukünftig vielleicht hinzugefügt werden kann. Wir greifen diesen Gedanken sehr gerne auf.

Diese Rückreise an die Grenzen und in die Schützengräben würde manche doch recht beschränkte Sicht auf das viel gescholtene Europa und unsere Partnerschaft relativieren. Auch hier gilt der Satz: Zukunft braucht Herkunft und das Bewusstsein um die Vergangenheit.

(Beifall.)

Ich versichere Ihnen: Meine Kolleginnen und Kollegen und ich sind bereit, mit Ihnen gemeinsam weiterzuarbeiten, nicht nur an der steten Vergegenwärtigung dessen, was einmal war, sondern an dem, was sein könnte.

Gestatten Sie mir einen Dank an unseren saarländischen Europaminister Peter Strobel, an unseren Staatssekretär Roland Theis und ihre Mannschaft in Saarbrücken und Brüssel. Unser Saarland ist prägender Partner bei der Verhandlung des Élysée-Ver-

(Abg. Funk (CDU))

trages gewesen, dessen feierliche Unterzeichnung wir am 22. Januar begehen.

Wesentliche Akzente unserer Prioritäten, die auch Ihre sind, Herr Präsident, haben Eingang gefunden. Ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Grenzregionen. Denn wir stehen nicht am Rande der Nationalstaaten, sondern im Zentrum eines Wirtschafts- und Kulturraumes. Dieser Raum muss weiter zusammenwachsen und benötigt dafür unser aller Anstrengungen. Mit großem Wohlwollen und mit Unterstützung betrachte ich die Bemühungen unserer Landesregierung, Regelungen abzubauen, die ganz praktisch und im Konkreten unserem Zusammenleben entgegenstehen. Ich denke jetzt beispielsweise an den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher Hürden in Grenzregionen. Mir ist bewusst, dass es natürlich immer dann Bedenken gibt, wenn bestehende Regelungen auf den Prüfstand kommen. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger dies- und jenseits der Grenze doch gerade dort beherzt anpacken, wo es jeder im alltäglichen Leben merkt.

Gibt es - um auf Patrick Modiano zurückzukommen - Fehler, Hindernisse und Leerläufe? Aber sicher, wie sollte es anders sein? Neben dem größten Fehler der Geschichtsvergessenheit fällt mir gerade im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum Élysée-Vertrag auf, wie leicht man es denjenigen macht, die Großes schon im Kleinen ersticken wollen. Es ist leicht, ein Dickicht an Erwartungen zu züchten, durch das man sich am Ende kaum noch durchkämpfen kann. Selbstkritisch könnte man sagen, dass dies auch eine typisch deutsche Eigenschaft ist. An dieser Pflege, meine Damen und Herren, möchte ich mich nicht - erst recht nicht heute - beteiligen.

Lassen Sie mich drei Punkte herausstellen, die unsere Zusammenarbeit prägen und für die es sich zu kämpfen lohnt. Lassen Sie uns hier im Parlament und mit Ihnen gemeinsam Antworten finden einerseits auf Fragen des alltäglichen Lebens, andererseits auf Fragen, die uns alle übergreifen, die aber nicht minder wichtig sind.

Erstens Sicherheit. Wie gelingt es uns, gemeinsam eine Gemeinschaft zu schaffen, in der offene Grenzen keine ungeschützten Grenzen bedeuten? Ich sehe das als eine ganz entscheidende Aufgabe an. Wir wissen alle - wenn wir es denn wissen wollen -, dass wir nicht nur jetzt, sondern auch zukünftig im Zentrum von Zuwanderung und auch von irregulärer Zuwanderung stehen. Mir reicht es nicht, dass offene Grenzen alleine vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Notwendigkeit oder Bequemlichkeit verteidigt werden. Wir müssen es hinbekommen, dass offene Grenzen kein Passierschein sind. Das kann nur ge-

lingen, indem wir uns in Frankreich, Deutschland und - auch wenn es manche nicht hören wollen - in Europa auf verlässliche Regeln verständigen und diese Regelungen dann auch durchsetzen. Diese Regeln, meine Damen und Herren, können und dürfen nicht zulasten derjenigen gehen, die nicht einfach Häfen schließen können. Ich warne davor, dieses Thema an unserer scheinbar sicheren Binnengrenze zu vernachlässigen.

Zweitens. Lassen Sie uns - das Saarland hat jetzt die Präsidentschaft des Gipfels der Großregion - nicht verharren im Allgemeinen und im Umfeld der Pressemeldungen. Der Erfolg einer solchen Präsidentschaft bemisst sich danach, ob aus der Mitte der Parlamente konkrete Erfolge zu verzeichnen sein werden. Gelingt es uns, Projekte zu formulieren, die unsere Region lebenswerter gestalten? Es wäre ein schönes, ein wichtiges Zeichen, wenn wir diese mit Ihnen und dem Département de la Moselle gemeinsam suchen, finden und dann auch engagiert und mit Leidenschaft vorantrieben würden.

Drittens. Lassen Sie uns an Möglichkeiten denken, gemeinsam! Mit großem Interesse habe ich die Diskussionsrunde mit Herrn Villeroy de Galhau, unserem Wirtschaftsminister Peter Altmaier und anderen hochkarätigen Gästen im Dezember letzten Jahres in Saarbrücken verfolgt. Es mag zwar ein wenig in der Weihnachtsstimmung untergegangen sein, aber nichts weniger als ein neuer An Schub für ein gemeinsames deutsch-französisches Wirtschaftsrecht ging hier von Saarbrücken aus. Das ist keine fachjuristische Spinnerei oder ein Himmelfahrtskommando, man kann es auch einfach mal als eines der ambitioniertesten Projekte bezeichnen, die seit Langem zwischen unseren beiden Ländern in Angriff genommen worden sind.

Auch hier gilt mein Respekt und meine Anerkennung all denen, die dieses für kleine und mittelständische Unternehmen so wichtige Projekt bis zum Élysée-Vertrag getragen haben. Ihr Einsatz überschreitet Grenzen, auch Grenzen dessen, was man für möglich halten kann. Machen Sie weiter so! Wir wollen uns in Brüssel und in Berlin dafür einsetzen, dass nicht nur große Konzerne von unserem gemeinsamen Wirtschaftsraum profitieren, und Schritt für Schritt kommen wir dabei auch voran.

Was könnte man - um im Bild von Modiano zu bleiben - besser machen in der jeweiligen Situation? Viel ist geredet worden von Einlagensicherung, von der Stabilisierung der Eurozone und der finanzpolitischen Instrumente, die die Verhandlungen zum neuen Élysée-Vertrag prägten. Bei diesen sehr komplexen Fachthemen und ihrer recht billigen Verkürzung auf die Frage, ob Deutschland Präsident Macron unterstützt, sind bedauerlicherweise auch wieder einige Klischees aktualisiert und aufgewärmt worden. Allen voran haben die Verhandlungen auf europäi-

(Abg. Funk (CDU))

scher Ebene aber auch gezeigt, wie stark nach wie vor eine - lassen Sie es mich so nennen - finanzpolitische Konfliktlinie zwischen Nord- und Südeuropa verläuft.

Lassen Sie uns auch hier - um bei Modiano zu bleiben - das Manuskript ins Reine schreiben, möglichst ohne Fehler und Unzulänglichkeiten. Dabei sollten wir auch bedenken, dass eine ganze Reihe anderer Ko-Autoren völlig gleichberechtigt und mit eigenen Interessen mitschreibt. Ich betrachte es auch als unsere gemeinsame deutsch-französische Verantwortung, gerade als größte Länder der Eurozone federführend und mit Respekt gegenüber unseren Partnerinnen und Partnern in Europa weiter mitzuwirken.

Große Aufgaben liegen vor uns, meine Damen und Herren, im Großen wie im Kleinen. Einige habe ich hier skizziert, aber wir alle, Sie alle sind aufgefordert und gebeten, diese offene Liste zu erweitern und mit uns an alltagstauglichen Lösungen zu arbeiten. Insofern verstehen Sie, lieber Herr Weiten, den fraktionsübergreifenden Antrag heute auch als klares Zeichen aus der Mitte des Parlaments, dass wir bereit sind, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gehen. Lassen Sie uns gemeinsam an dem großartigen Manuskript unserer gemeinsamen Heimat weiterschreiben. - Merci! Danke!

(Beifall.)

**Präsident Toscani:**

Als Nächste spricht Barbara Spaniol für Landtagsfraktion DIE LINKE.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Monsieur le Président! Mesdames et Messieurs les Vice-Présidents! Chers amis! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich im Namen unserer Fraktion DIE LINKE, aber auch als Vizepräsidentin dieses Hohen Hauses, dass Sie hier bei uns im saarländischen Landtag zu Gast sind. Es ist eine Premiere. Unser Präsident hat das vorhin zu Recht so gesagt. Es sollte aber vielmehr zur Selbstverständlichkeit werden, dass Sie bei uns sind. In unserem gemeinsamen Antrag, in unserer gemeinsamen Resolution, die letztlich eine Hommage an unsere Freundschaft ist, heißt es zu Recht sinngemäß: Das Saarland und das Département de la Moselle sind seit Jahrzehnten gemeinsam Protagonisten einer guten Nachbarschaft und Pioniere einer nachbarschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Zusammenleben über die Grenze hinaus zu vereinfachen.

Die Grenze. Da fragen wir uns: Welche Grenze eigentlich? Ich denke bei diesem Thema immer an die alljährliche Begegnung zum vin d'honneur im Rathaus von Spichern anlässlich des Volkstrauertages, eines schwierigen Tages. Es ist eine gemeinsame

Gedenkstunde, die zum Symbol geworden ist, denn wir gehen heute an diesem Ort von hier nach da - ganz selbstverständlich - über die Grenze, die es gar nicht mehr gibt. Ein Blick in die Historie zeigt sehr deutlich, dass so etwas vor über 100 Jahren undenkbar gewesen wäre.

Im Jahr 1870 waren zwar Deutsche und Franzosen auch hier zusammengekommen, allerdings lagen sie sich bei der Schlacht um die Spicherer Höhen als erbitterte Feinde in den Schützengräben gegenüber. Selbst vor 70 Jahren hätte man sich ein gemeinsames Gedenken noch nicht einmal vorstellen können, denn unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem die Spicherer Höhen wieder hart umkämpft waren, war in keiner Weise absehbar, dass wir heute alljährlich zusammen der Toten der Kriege gedenken würden.

Le nationalisme, c'est la guerre - so hat François Mitterrand es formuliert, und zwar zu Recht, denn Deutsche und Franzosen können diesen Satz aus leidvoller Erfahrung bestätigen. Das darf man gerade im Saarland und in Lothringen, wo diese Kriege getobt haben und sich die Grenzen immer wieder verschoben haben, niemals ausblenden. Niemals wieder, chers amis! Das ist auch heute noch ein Antrieb unserer Freundschaft.

Die deutsch-französische Aussöhnung nahm ihren Lauf und man hört gelegentlich die respektvolle Einschätzung „in unnachahmlicher Weise“. Diese Freundschaft der ehemaligen Erbfeinde hat tatsächlich unsere Region im Besonderen belebt. Aus Grenzübereichen wurde das Herz Europas. Ich denke da an die heute europäische Brücke zwischen Habkirchen auf der einen Seite der Blies und dem französischen Frauenberg auf der anderen Seite. Das ist gelebte deutsch-französische Freundschaft und ist ganz, ganz wunderbar. Der Gang über die Grenze war aber auf Kosten so vieler Menschenleben hart erkämpft. Das Pendeln zwischen Deutschland und Frankreich gehört heute, Gott sei Dank, in unserer Region längst zum Alltag. Sei es zum Arbeiten, sei es zum Einkaufen, zum Essen gehen oder für Ausflüge. Wir kennen das alles und wir genießen es sehr.

Mesdames et Messieurs, meine Damen und Herren, wir haben das Festival PERSPECTIVES, das Festival Primeurs und die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken. Vor mehr als 44 Jahren startete in Saarbrücken zwischen einem deutschen und französischen Nahverkehrsunternehmen der erste grenzüberschreitende Gemeinschaftsverkehr, die Schnellbuslinie zwischen Forbach und Saarbrücken, die Menschen zueinander bringt und zusammenführt. Wer jeden Tag mit dem Bus gemeinsam zur Arbeit fährt, der lernt sich kennen. Auf diese Art und Weise rückt man zusammen. Seit 1997 fährt mit der Saarbahn auch eine Straßenbahn zwischen

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

Deutschland und Frankreich. Das ist gut, weil nur so das grenzüberschreitende Zusammenleben überhaupt erst möglich gemacht wird. Das müssen wir nicht nur bewahren, das sollten wir mit mehr Möglichkeiten und Mobilität im grenzüberschreitenden Verkehr weiter ausbauen und vertiefen.

Es ist die Strecke Dillingen - Bouzonville - Thionville genannt worden. Man muss zudem die Schnellbahnverbindung Saarbrücken - Paris sichern. Das darf man nicht aus den Augen verlieren, denn sie ist so wichtig. Meine Damen und Herren, chers ami, warum sollten wir heute nicht auch mit einem gemeinsamen grenzüberschreitenden Tarifverbund Vorreiter in Europa sein? Auch das ist zumindest ein Ziel, von dem wir träumen können und das wir anstreben. Genauso wie wir mit dem Austausch von Schülerinnen und Schülern, von Auszubildenden, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Vorreiter sein wollen und es zum Teil ja auch schon sind.

Aus unserer Sicht muss ebenfalls ein Abbau von Hürden für das Handwerk und die Unternehmen stärker in den Fokus gelangen. Das diskutieren wir in vielen Runden, wenn es um uns und unsere Nachbarn geht. Weiterhin gehört für mich ganz klar mehr Sprachunterricht dazu. Sie sagten es so schön: la langue du voisin. Man braucht vor allen Dingen mehr Muttersprachlerinnen und Muttersprachler, angefangen in der école maternelle, der Kita, bis hin zu den Schulen. Sprache und Kultur sind eben die Schlüssel. Dafür braucht es mehr Begeisterung, mehr Leidenschaft. Dafür wollen wir gemeinsam eintreten.

Meine Damen und Herren, Mesdames et Messieurs, letztlich sind das alles immer wieder Bausteine im Sinne des großen Robert Schuman: L'Europe ne se fera pas d'un coup, ni dans une construction d'ensemble: elle se fera par des réalisations concrètes - c'est ça - créant d'abord une solidarité de fait. Europa kann nicht auf einen Schlag als Gesamtkonzept entstehen - so hieß es damals richtig -, es entsteht durch Konkretes, mit Solidarität durch Zusammenarbeit im Alltag. In der heutigen Sprache würde man also sagen: Europa von unten. Dies ist eine zutreffende Interpretation von Professor Hudemann, dem ehemaligen Leiter des Frankreichzentrums an der Universität des Saarlandes, berufen an die Sorbonne, von vor einigen Jahren. All das ist hochaktuell in schwierigen Zeiten.

Mesdames et Messieurs, meine Damen und Herren, die Freundschaft unserer beiden Länder ist ein hohes Gut. Sie lebt von konkreten Begegnungen und gemeinsamen Projekten. En ce sens, en toute amitié, une belle journée avec nous à Saarbruck. - Merci beaucoup.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Als Nächster spricht der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Stefan Pauluhn.

**Abg. Pauluhn (SPD):**

Monsieur le président Patrick Weiten! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Gäste! Mesdames et Messieurs! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch von mir ein herzliches Willkommen im Saarland. Ich finde, es ist ein tolles und großes Zeichen der Verbundenheit unserer beiden Regionen, dass wir als saarländisches Parlament Sie, unsere französischen Freunde aus dem Département de la Moselle, gleich zu Beginn dieses Jahres - fast 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages - in Saarbrücken begrüßen dürfen. Das ist ein großer Tag für dieses Parlament und für die gute Nachbarschaft unserer beiden Völker.

Cher Monsieur le Président Weiten, ich bin mir sicher, dass Sie am Ende dieses Tages eine noch stärkere Ahnung davon haben werden, warum viele meiner Landsleute aus dem restlichen Teil unserer Republik das Saarland als das „französischste“ aller Bundesländer bezeichnen. Unsere Lebensart hier an der Saar wird auch das deutsche „saarvoir-vivre“ genannt und es wird geschätzt und geliebt. Frankreich kommt den Deutschen durch das Saarland jeden Tag näher, nicht zuletzt wegen der wechselhaften Geschichte unserer Region, die immer ganz eng mit dem Schicksal unserer beiden Nationen verbunden und verflochten war.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich war noch nicht einmal drei Monate alt, als im Januar 1963 der Élysée-Vertrag unterzeichnet wurde, jener große Vertrag, der die Regierungen unserer beiden Länder zu Konsultationen in allen wichtigen Fragen und zu permanenten Treffen verpflichtet. Ich kann also zur Entstehung dieses Vertrages als Zeitzeuge kaum etwas beitragen. Heute wissen wir aber, dass dieser Vertrag Humus war, ist und bleibt, Nährboden, auf dem aus zwei ehemals verfeindeten Nationen seit nunmehr mehr als 50 Jahren ein brüderschaftliches und schwesterschaftliches Bündnis entstanden ist. Dieser Vertrag bot die Grundlage dafür, für dieses Bündnis, das heute mit Fug und Recht als Motor des europäischen Einigungsprozesses angesehen wird und unverrückbar Bestand hat. Unverrückbar zumindest dann, wenn es auch den europafeindlichen Kräften, den reaktionären Kräften in der Politik nicht gelingt, das schlechtzureden, was seit mehr als 50 Jahren wunderbar funktioniert und unseren beiden Völkern Wohlstand, Frieden und Freiheit bewahrt.

Dieses Symbol deutsch-französischer Freundschaft wird am 22. Januar dieses Jahres, 56 Jahre nach der Erstunterzeichnung in Aachen - Sie erwähnten

(Abg. Pauluhn (SPD))

diese bereits -, durch die beiden amtierenden Staats- beziehungsweise Regierungschefs Macron und Merkel fortgeschrieben. Vor diesem Hintergrund sehe ich unseren heutigen Austausch im Parlament dieses Bundeslandes als einen wichtigen Prolog dieser bevorstehenden Festlichkeit zur Erneuerung dieses Freundschaftspaktes.

Im Geiste der deutsch-französischen Beziehungen des bisherigen und des neuen Élysée-Vertrages sind das Saarland und La Moselle den bekannten Zielen weiterhin verpflichtet, und sie sind sich einig, diese erfolgreiche gutnachbarschaftliche, vertrauensvolle Kooperation in Zukunft noch intensivieren zu wollen. Auch ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihre weitgehenden Vorschläge in diesem Sinne.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sie haben vollkommen recht: Ihr Département und unser Bundesland haben insoweit auch eine Vorbildfunktion und Vorbildcharakter. Ich finde, das wurde in den zurückliegenden Jahrzehnten hervorragend gelebt. Ich bin mir ganz sicher, dass wir das auch künftig tun werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Antwort auf mehr Chaos in der Welt, die Antwort auf einen zunehmenden Nationalismus in der Welt und auch in Europa, die Antwort auch auf mehr Kriege, wenn ich einmal die Handelskriege einbeziehe, die Antwort auf all das kann niemals „weniger Europa“ lauten! Es muss immer heißen: Lassen Sie uns gemeinsam noch mehr Europa wagen!

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Auch wirtschaftspolitisch konkurrieren die europäischen Nationalstaaten heute mit übergroßen nationalstaatlichen Gebilden mit kontinentaler Dimension: USA, China, Russland. Wer angesichts dessen glaubt, die Zukunft und der Erfolg würden im Auseinanderdividieren europäischer Interessen liegen, der irrt gewaltig. Europas Erfolg liegt sicher im Zusammenhalt seiner Staaten und im Zusammenspiel seiner Regionen, auf keinen Fall aber im Exit. Wir in dieser Region können hierfür ein Beispiel geben. Lassen Sie uns dem Rest Europas vorleben, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch zwischen Parlamenten, bestens funktionieren kann und dabei vor allem auch Positives für unsere Bürgerinnen und Bürger, für die Menschen in dieser Region entsteht!

Auch in dieser Erkenntnis hatte Robert Schuman als Vorreiter der deutsch-französischen Verständigung und als einer der Gründerväter der Europäischen Union absolut recht, als er bereits 1950 - die Erinnerung an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs waren noch allgegenwärtig - feststellte: „Europa lässt

sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Wie recht er hatte! Ich finde, diese beiden Sätze, die in ihrer Richtigkeit auch 78 Jahre nach ihrem Ausspruch nichts verloren haben, könnten auch heute noch Präambel oder Überschrift unserer Debatte am heutigen Tage sein.

Und was würde - man kommt nach dem gestrigen Abend nicht umhin, auch darauf in einer europapolitischen Debatte hinzuweisen - Churchill seinen Briten sagen? Jener ehemalige Kriegsminister Großbritanniens und spätere Premierminister, der unmittelbar nach dem Krieg, schon 1946, in einer Rede an die akademische Jugend an der Universität Zürich mit Blick auf das Vergangene sagte: Darum sage ich Ihnen: Lassen Sie Europa entstehen und wachsen!

Was würden heute Valéry Giscard d'Estaing und Willy Brandt oder François Mitterrand und Helmut Kohl - wir erinnern uns an den Händeschluss über den Gräbern von Verdun - jenen politischen Kräften und Parteien sagen, die in ihren Programmen die Abschaffung des politischen Zusammenschlusses Europas oder gar die Auflösung des Europäischen Parlaments fordern? Was wäre Ihre Botschaft an diese Kräfte? Ich denke, sie würden sagen: Es darf, trotz allem, was noch nicht erreicht ist, trotz allem, was auch noch nicht optimal funktioniert, keinen Weg zurück geben. Nicht Weniger ist die Antwort, sondern Mehr. Lasst uns mehr Europa wagen!

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Ich will dieser hochpolitischen Einschätzung eine Geschichte der Kinder dieser Grenze hinzufügen; ich bin selbst eines: Genauso alt wie der Élysée-Vertrag, habe ich als Kind in den späten Sechzigern das Trennende dieser Grenze noch hautnah erlebt. Schließlich wohnte ich und wohne auch heute noch nicht einmal drei Kilometer von dieser Grenze entfernt. Man fuhr damals noch nicht zu Nachbarn. Der Begriff der „Freunde jenseits der Grenzbarrieren“ war noch jung und frisch, man fuhr „ins Ausland“. Für meinen Vater war damals der kurze Weg über die Grenze noch eine große Sache, und für mich war das zumindest sehr aufregend, manchmal sogar beängstigend. Als Jugendlicher habe ich zehn Jahre später die Vorzüge des sich öffnenden Europas erlebt und genossen. In den späten Siebzigern erstmals an die Côte d'Azur. Mit 18 im R 5 zum Frühstück nach Paris, zum Frühstück im Eiffelturm. Heute, als Vater einer zwölfjährigen Tochter, mit ihr wie selbstverständlich schnell mal zum Bäcker nach Bliesbruck oder ab und an ins Cora nach Saargemünd, manchmal sogar ins Super Jump nach St. Avold. Unsere Kinder erleben heute keine Grenze mehr: Nach Saargemünd zu fahren, sei es mit dem

**(Abg. Pauluhn (SPD))**

Fahrrad oder mit dem Auto, das ist ebenso selbstverständlich wie nach Saarbrücken zu fahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte in meinem politischen Tun und Handeln einen Beitrag dazu leisten, dass das genau so bleibt. In dieser Verantwortung sehe ich mich. In dieser Verantwortung sieht sich meine Fraktion, die SPD, und in dieser Verantwortung sieht sich auch, so glaube ich, das ganze Parlament des Saarlandes. Lassen Sie uns gemeinsam genau daran weiterarbeiten! Denn aus unserer heutigen europäischen Identität, aus gleichen Werten und einem kulturellen Pluralismus, sind Bildungschancen und eine Bildungsvielfalt für die heutige junge Generation und für künftige Generationen erwachsen, die Nationalstaatlichkeit und Protektionismus nie und nimmer geschaffen hätten. Neben allen wirtschaftlichen Erfolgen und neben dem Friedensprojekt Europa ist gerade diese Bildungsvielfalt einer freien europäischen Gesellschaft eine dritte herausragende Errungenschaft, die für die Jugend von heute und morgen in den letzten sechs Jahrzehnten gewachsen ist. Wir sollten weiter daran arbeiten.

(Beifall von den Regierungsfractionen, der LINKEN und der Besuchertribüne.)

Sehr geehrter Herr Präsident Weiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beide, Deutschland und Frankreich, brauchen Europa, aber Europa braucht auch Deutschland und Frankreich. In diesem Sinne: Alles Gute für die Zukunft. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der Besuchertribüne.)

**Präsident Toscani:**

Als Nächstes ist die AfD-Landtagsfraktion an der Reihe. - Es spricht ihr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Monsieur le Président Weiten! Mesieurs-dames! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin auch sehr froh, dass wir Herrn Präsident Weiten und seine Delegation heute hier begrüßen dürfen und dass wir nachher gemeinschaftlich eine Resolution, die uns hier im Grenzbereich nach vorne bringen soll, beschließen. Das soll natürlich keine Eintagsfliege sein, das ist eingebettet in Dinge, die vorher waren, und es soll nach Ihrer engagierten Rede, Monsieur Weiten, auch eingebettet sein in die Zukunft.

Es ist hier gerade vom Fraktionsvorsitzenden der SPD von Grenzen gesprochen worden. Ich persönlich habe da einiges erlebt. Ich habe erlebt, dass es hier im Saarland eine sehr harte Grenze zwischen Frankreich und Deutschland gab, die verbarriadiert

war, und dass die Bevölkerung ins Landesinnere evakuiert werden musste, weil ein Krieg bevorstand. Ich habe erlebt, dass im Krieg sich die Grenze nach Frankreich verschoben hat und hier keine Grenze mehr war. Ich habe erlebt, dass nach dem Krieg die Grenze sich nach Osten, zwischen uns und Deutschland, verschoben hat und es im Westen, nach Frankreich, keine Grenze gab. Und ich habe dann erlebt, dass die Grenze wieder nach Frankreich gerückt ist, aber sie war nicht mehr so scharf wie vorher. Ich habe dann Gott sei Dank erlebt, dass diese Grenze zu einer Verwaltungsgrenze geworden ist, die man so im täglichen Leben nur noch sehr selten spürt.

In den vorangegangenen Reden ist sehr viel gesagt worden, das war alles wichtig, aber ein Kernthema, das steht auch in unserem Papier und das hat Präsident Weiten auch angesprochen, ist die Mehrsprachigkeit in unserem Raum, genauer gesagt zunächst einmal die Zweisprachigkeit. Da möchte ich doch etwas Wasser in den Wein gießen. Nach dem Kriege hat Frankreich sofort eine sehr starke Saarlandstrategie gehabt. Wir haben damals in der Volksschule in allen Klassen, von der 1. Klasse bis zur 8. Klasse, sechs Stunden Französischunterricht in der Woche gehabt, praktisch jeden Tag eine Stunde, das war Pflicht. Dann gab es sehr viele Angebote für Jugendliche und Kinder, nach Frankreich zu reisen. Ich selbst war 1954 in Bordeaux in einem sogenannten CREPS-Lager, Centre régional d'éducation physique et sportive, später, 1957, war ich als Nachklang in einem Lager in den Vogesen, wo Moniteurs, also Reisebegleiter ausgebildet worden sind.

Nachdem wir uns für Deutschland entschieden hatten, sind diese Anstrengungen - ich muss sagen: leider Gottes - doch stark zurückgefahren worden. Als Folge davon habe ich persönlich mich vor nunmehr ziemlich genau 50 Jahren entschlossen, dass meine Söhne Französisch lernen sollen. Das konnte ich leider im Saarland nicht bewerkstelligen, also habe ich sie jahrelang nach Frankreich gefahren, nach Schöneck. Damals war Paul Fellingner ein junger Bürgermeister, der das erlaubt hat. Er ist heute, soviel ich weiß, immer noch in der Region als Präsident aktiv. Die Folge davon war, dass meine vier Söhne alle das französische Baccalauréat haben und auch das deutsche Abitur. Das, denke ich, wäre eine wichtige Sache für alle Saarländer und für alle Lothringer oder Mosellaner.

Wie war damals die Sprachsituation hier in diesem Gebiet? Viele Leute meinen fälschlicherweise, Lothringen sei immer schon zweisprachig gewesen, das stimmt natürlich nicht. Drei Departements in Lothringen haben mit der deutschen Sprache nichts am Hut gehabt außer dem Département de la Moselle, das nach dem ersten Weltkrieg so zusammengestellt worden ist, dass die deutschsprachigen Gebiete zu-

(Abg. Dörr (AfD))

sammen in einem Departement waren. Auch in diesem Departement gibt es ein großes Gebiet, das von Hause aus französischsprachig ist, dazu gehört auch Metz. Allerdings haben die Menschen in diesem Gebiet mit der deutschen Sprache eine Erfahrung gehabt zum Beispiel durch die deutsche Zeit von 1870 bis 1918. Die anderen - Charles Stirnweiss, der Bürgermeister von Forbach, hat immer gesagt: die von „doo“, also der germanophone Teil - haben von Hause aus den deutschen Dialekt gesprochen, für die war es auch leichter, auf der deutschen Seite dann Hochdeutsch zu lernen.

Nach dem Krieg war die Situation so, dass große Teile des jetzigen Département de la Moselle richtig gut Deutsch konnten, das Francique, das Platt, sowieso, und die andern hatten es in der Schule gelernt, sodass also Deutsch wirklich präsent war. Im Saarland war durch die Nachkriegszeit doch ein Schub mit dem Französischen entstanden, sodass wenigstens ein großer Teil der Bevölkerung einen grundlegenden Besitz der französischen Sprache hatte, zumindest war die französische Sprache nicht fremd.

Wenn ich die jetzige Situation betrachte, stelle ich wirklich mit Bedauern fest, dass, obwohl die Nationalgrenze verschwunden ist, wir in der Gefahr sind, dass sie sich zu einer rigorosen Sprachgrenze entwickelt. Es wird ja schon einiges gemacht, damit im Saarland Französisch gelernt wird, es werden auch Anstrengungen unternommen. Es ist ein dauernder Kampf; ich verfolge das in der Presse und im Radio. In Frankreich kommen Gesetze, da wird das Deutschlernen mal wieder geschmälert, dann wehrt man sich dagegen, dann wird mal wieder was eingerichtet, aber insgesamt muss man sagen, dass die Bevölkerung sowohl hier in Deutschland als auch in Frankreich das Englische mehr akzeptiert als die Nachbarsprache. Das ist ein Problem, das wir beide haben. Deshalb denke ich, dass, wenn wir wollen, dass sowohl die Saarländer Französisch lernen als auch die Mosellaner Deutsch lernen, das nur mit einem gewaltigen Kraftakt möglich ist. Da wird es nicht ausreichen, dass man ab und zu mal im Kindergarten ein französisches oder ein deutsches Lied singt, sondern das ist ein gewaltiger Kraftakt, zwei Kulturen, zwei Sprachen wirklich einigermaßen zu beherrschen. Das muss unser Ziel sein, da müssen wir uns anstrengen. Da sind in erster Linie nicht die Parlamente gefragt, sondern die Regierungen, die die Mittel in der Hand haben, das zu bewerkstelligen. Ich wünsche uns natürlich auch eine gute Partnerschaft in diesem Bereich und alles Gute für Europa. - Danke schön.

(Beifall von der AfD und der Besuchertribüne.)

**Präsident Toscani:**

Als Nächste spricht für die CDU-Landtagsfraktion die Abgeordnete Helma Kuhn-Theis.

**Abg. Kuhn-Theis (CDU):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich denke, es ist für uns alle heute ein großer Tag. Ich persönlich freue mich sehr, dass es gelungen ist, dass wir heute im Vorfeld der abschließenden Unterzeichnung des Élysée-Vertrages in der nächsten Woche wieder einmal Vorreiter sind, denn was nächste Woche im Großen passiert, zeigen wir heute schon eindrucksvoll im Kleinen, in unserem Petite Europe.

Verehrte Damen und Herren, wir wissen angesichts einer Situation in ganz Europa, die wir alle nicht wollen, Europa steht am Scheideweg. Wir sehen es an den gestrigen Entscheidungen bezüglich des Brexits, und wir haben allen Grund, gemeinsam - die Deutschen und die Franzosen an erster Stelle - mit dafür zu sorgen, dass Europa wieder neuen Schwung bekommt. Es liegt an uns, die Menschen davon zu überzeugen, wie wichtig Europa für uns alle ist und dass wir eine gemeinsame Zukunft haben. Diese liegt nun mal nicht in Deutschland, die liegt nicht in Frankreich oder sonst wo, die liegt in unserem gemeinsamen Europa, verehrte Damen und Herren.

Die deutsch-französische Freundschaft, die deutsch-französischen Beziehungen, unsere beiden Völker haben schon immer dafür gesorgt, dass wir die Basis, das Fundament dieses gemeinsamen Europas bilden. Ich glaube, wir müssen mehr denn je daran arbeiten, dass dieses Fundament weiter gefestigt wird angesichts einer ganz schwierigen Situation, die wir alle kennen, mitten in Europa.

Das deutsch-französische Ehepaar, verehrte Damen und Herren, le couple franco-allemand, ist wie in jeder Ehe etwas in die Jahre gekommen. Man macht es sich bequem, wenn es aber Probleme gibt, auch das ist bei Ehepaaren immer wieder festzustellen, entstehen gewisse Dynamiken. Ich glaube, genau diese Dynamiken brauchen wir jetzt auch bei unserem couple franco-allemand. Das, sehr verehrte Damen und Herren, ist mein Wunsch.

Wir können uns alle daran erinnern, im letzten Jahr - fast genau vor einem Jahr - hatte ich hier in diesem Parlament bei der Diskussion um den Élysée-Vertrag meinen Wunsch geäußert, dass wir heute im Vorfeld der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages eine gemeinsame Sitzung mit unseren französischen Freunden abhalten. Ich danke allen, die es ermöglicht haben, dass dieser Wunsch, den wir alle hatten, heute in Erfüllung gegangen ist. Herzlichen Dank auch an Stephan Toscani und alle, die dabei geholfen haben.

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

(Beifall von der SPD, der CDU und der LINKEN.)

Monsieur le Président Patrick Weiten, Mesdames et Messieurs, chers amis, chers collègues, je vous souhaite la bienvenue au Landtag de Sarre. Quel honneur de vous compter parmi nous. La situation en Europe, chers amis, je l'ai dit, est très difficile et très fragile. Dans ce contexte, notre collaboration franco-allemande est très importante et doit toujours être maintenue et renforcée.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vordner haben bereits vieles gesagt, ich möchte meine Zeit dazu verwenden, den Fokus auf zwei konkrete Projekte zu lenken, die uns vereinen. Aus saarländischer Sicht ist das die Frankreichstrategie, ein sehr ambitioniertes europäisches Projekt, das bis weit über die Grenzen des Saarlandes ausstrahlt, weit über die Grenzen Deutschlands, bis nach Brüssel und nach Paris. Darauf sind wir als Saarländer natürlich alle sehr stolz. Ich möchte aber auch Patrick Weiten dafür danken, dass er es sich zu seiner Aufgabe gemacht hat, nachdem die Frankreichstrategie in der Welt war, dass auf französischer Seite die sogenannte Deutschlandstrategie als ähnliches Projekt entwickelt wurde.

Verehrte Damen und Herren, ich glaube, das ist die Grundlage, die uns verbindet, die es uns ermöglicht, unsere gemeinsame europäische Region zu gestalten. Der Plan liegt vor, auf beiden Seiten der Grenze. Wir haben unsere Visionen beschrieben, wir haben unsere Themen beschrieben, jetzt geht es daran, diese Dinge ganz konkret umzusetzen. Patrick Weiten hat bereits das eine oder andere genannt. Wir stellen immer wieder fest, wenn es darum geht, gemeinsam einen deutsch-französischen Bildungsraum, einen deutsch-französischen Sicherheitsraum und einen deutsch-französischen Wirtschaftsraum zu schaffen, kommen wir auf den Kern, auf das Herzstück dieser beiden Strategien zurück, das sind die Sprachen. Deswegen müssen wir alles daran setzen, es ist hier bereits mehrmals erwähnt worden, dass es uns gelingt, im Saarland die französische Sprache und auf der französischen Seite die deutsche Sprache im Alltag anwenden zu können. Was sich auf dem ersten Blick natürlich gut anhört, aber in der praktischen Umsetzung eine unglaubliche Hürde darstellt.

Wir wissen es alle, alle diejenigen, die sich mit diesen Themen beschäftigen, dass wir noch einiges tun müssen. Deswegen war ich sehr dankbar für die innovativen Ansätze von Patrick Weiten, der den Vorschlag macht - ich habe es mir aufgeschrieben -, „une maison des langues numérique“ aufzubauen. Es ist ein sehr innovativer Vorschlag. Ich glaube, wir sind alle sehr gut beraten, in diese Richtung zu gehen, was das Vermitteln von Sprachen angeht.

Wir sind sehr froh, dass die Stärkung der Regionen auch in Brüssel endlich Gehör gefunden hat. Es ist bereits mehrmals darauf eingegangen worden. Wir müssen in diese Richtung gehen, lieber Patrick Weiten, und müssen gemeinsame Sprachmodule entwickeln, die uns nachher wirklich in die Lage versetzen, von Beginn an die Sprache zu vermitteln. Sie machen es ja schon im Babyalter, was eine einmalige Situation darstellt. Das ist der richtige Weg. Ich sage aber auch, wir brauchen entsprechende Menschen, die das auch umsetzen. Das Département de la Moselle und mein Heimatland - Kreis Merzig-Wadern - sind tief verbunden mit ganz konkreten Projekten. Wir kennen uns seit vielen Jahren, auch im Rahmen der Zusammenarbeit in den Kitas, in den Grundschulen, beim Austausch der Erzieherinnen. Hier müssen wir weiter ansetzen und genau diese Dinge vertiefen. Das ist der richtige Weg.

Ihr Vorschlag, „une maison des langues numérique“ auf beiden Seiten der Grenze einzurichten, ist ein sehr guter Ansatz, der für meine Begriffe zielführend ist.

(Beifall von der SPD und CDU.)

Ein ganz konkretes Thema möchte ich noch ansprechen. Ich hoffe, die Zeit läuft mir nicht davon. - Wir konnten vor einigen Tagen in der Zeitung lesen, dass es unserem Staatssekretär Roland Theis gelungen ist, Gerichtsverhandlungen im Saarland auch in französischer Sprache abzuhalten. Es geht insbesondere darum, den französischen Unternehmen, die sich im Saarland ansiedeln, einen Service anzubieten, sodass sie bei Rechtsstreitigkeiten nicht mehr internationale Gerichte anrufen müssen, sondern das jetzt hier im Saarland gemacht werden kann. Hierzu sind speziell zwei Kammern eingerichtet worden. Wir versprechen uns davon natürlich auch einen Schwung bei der Ansiedlung von französischen Unternehmen. Bisher haben sich rund 100 französische Betriebe im Saarland angesiedelt. Wir gehen davon aus, dass wir durch die Einrichtung der beiden Kammern, durch die Möglichkeit der Verhandlung auf Französisch weiterhin erfolgreich sein werden, gerade bei der Wirtschaftspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch sehr viele Themen, die man hier ansprechen müsste. Was uns eint, ist, dass wir schon immer für eine Stärkung der Grenzregionen geworben haben. Wir sprachen immer von einem Europa der Regionen, bis heute. Unsere Stimmen wurden leider damals nicht so gehört, wie wir uns das vorgestellt haben. Gott sei Dank wurden wir alle nicht müde, immer wieder für dieses Europa der Regionen zu werben. Wir waren alle sehr froh, dass die Europäische Kommission in einem Verordnungsentwurf zu dem European Cross-Border Regions Mechanism einen Vorschlag gemacht hat, der den Grenzregionen und auch uns in der konkreten Zusammenarbeit im

**(Abg. Kuhn-Theis (CDU))**

deutsch-französischen Grenzraum sehr viel Erleichterung bringen wird.

Ich glaube, dass es uns gelingen wird, durch diese neuen Verordnungen, durch die neuen Möglichkeiten, durch die Stärkung der Grenzregionen besser miteinander zu arbeiten. Durch diese neuen Möglichkeiten des Experimentierens können Gesetze auf der einen wie auf der anderen Seite umgangen werden. Ich glaube, das ist der Schlüssel, den wir brauchen, um unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten. Deswegen, lieber Patrick Weiten, müssen wir alles daran setzen, in Berlin und in Paris unsere Stimme zu erheben und dafür zu sorgen, dass wir dort unsere Anliegen vortragen.

Ich sehe, es blinkt, meine Redezeit läuft ab, aber ich muss noch ganz kurz auf eines hinweisen, weil es auch passt. Wir werden nicht müde, als saarländisches Parlament diese Dinge dann auch anzugehen und uns für die deutsch-französischen Projekte einzusetzen. Deswegen werden wir morgen mit dem Europaausschuss mit mir als Vorsitzender an der Spitze in der Assemblée nationale in Paris sein, den ganzen Tag. Wir werden mit dem Vizepräsidenten über gemeinsame Projekte in der deutsch-französischen Zusammenarbeit sprechen. Sylvain Waserman freut sich auf unser Kommen. Wir haben auch die Möglichkeit, morgen an einer Sitzung der Assemblée nationale teilzunehmen. Wir werden auch die Chance nutzen, mit dem Präsidenten der deutsch-französischen Freundschaftsvereinigung, Christophe Arend, Gespräche zu führen und ihm auch unsere Vorstellungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit darlegen. Am Schluss werden wir noch die Station F besuchen, natürlich auch mit Blick auf das Ziel, einen gemeinsamen Hotspot in der Grenzregion zu installieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Frau Kollegin, ich möchte Sie an die Redezeit erinnern.

**Abg. Kuhn-Theis (CDU):**

Darf ich noch zwei Sätze sagen?

**Präsident Toscani:**

Ich bitte, so langsam zum Ende zu kommen.

**Abg. Kuhn-Theis (CDU):**

Ich komme langsam zum Ende. Ich möchte es aber nicht versäumen, noch ein paar Worte an unsere französischen Gäste zu richten.

Monsieur le Président! Comme vous l'avez souligné dans votre discours, nous mettrons tout en œuvre pour travailler ensemble, et vous pouvez compter sur notre soutien pour le bien-être de notre petite

Europe: Pour faciliter l'échange entre nos peuples et pour que la langue ne soit plus une barrière. Chers amis, nous avons beaucoup de travail devant nous. Je me réjouis déjà de notre collaboration. Vive l'amitié franco-allemande. Merci beaucoup. - Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Es liegt eine weitere Wortmeldung der SPD-Landtagsfraktion vor. - Ich erteile das Wort der Abgeordneten und Ersten Vizepräsidentin Isolde Ries.

**Abg. Ries (SPD):**

Herr Landtagspräsident Toscani! Monsieur le Président Weiten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Chers amis! Die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Kooperation über Staatsgrenzen hinweg ist inzwischen politisches Alltagsgeschäft. Das haben wir eben gehört. Aber das Zusammenwachsen von Regionen über Staatsgrenzen hinweg ist kein Selbstläufer. Es sind viele kleine Mosaiksteinchen, die man bewegen muss, um ein gemeinsames Zusammenleben zu fördern, und Schritt für Schritt gelingt uns das.

Wir haben in den letzten Jahren vieles bewegen können. Es lohnt sich, Grenzen einzureißen. Es lohnt sich, Grenzen zu überwinden. Es ist richtig, wir brauchen auf der einen Seite Staatsverträge und wir brauchen auch die vielen Fördergelder der EU. Aber die größte Antriebsfeder für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind die Menschen diesseits und jenseits der Grenze. Sie, Herr Präsident, haben es anfangs gesagt: Europa wächst aus den Herzen der Menschen. Das ist richtig so. Wenn man sich nämlich kennt, wenn man zusammen arbeitet, zusammen lebt, hüben und drüben der Grenze Kultur genießt, essen geht, dann führt das zu Vertrauen und Verständnis zwischen den Nachbarn. Es hat einmal ein kluger Mensch gesagt: Menschen, die sich kennen, schießen nicht so schnell aufeinander.

Wir sind die Grenzregion mit den größten Pendlerströmen. Herr Präsident Weiten hat gesagt, es ist nach Frankreich gerade ein bisschen rückläufig. Wir sind aber auch die Grenzregion mit den meisten Städtepartnerschaften. Das bindet Freundschaften. Deshalb greife ich auch Ihren Vorschlag auf, den Sie gemacht haben, indem Sie sagten, eigentlich sollten alle Schulen mit Schulen in Frankreich Partnerschaften eingehen und umgekehrt. Ich denke, das ist ein lohnendes Ziel. Das sollten wir aufgrund der heutigen Veranstaltung wirklich aufnehmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben alleine im Saarland mehr als 20 deutsch-französische Einrichtungen. Auf zwei möchte ich

(Abg. Ries (SPD))

ganz kurz eingehen, vor allem auf den Eurodistrict Saar-Moselle, dessen Präsidentin unsere Oberbürgermeisterin Charlotte Britz ist. Dort haben sich insgesamt acht deutsche und französische Gemeindeverbände seit 2010 im Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit, also Eurodistrict Saar-Moselle, zusammengefunden. Er vertritt die Interessen von 600.000 Menschen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Vereinen und betreut auch zahlreiche Projekte im Bereich Tourismus, Wirtschaftsentwicklung und Verkehr. In der aktuellen Förderperiode sollen jetzt zwei grenzüberschreitende Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder - der Kurztitel ist „Babylingua“; Sie haben es gerade auch angesprochen - eingerichtet werden, und zwar in Brebach in der Wiedheckschule und in L'Hôpital. Ich finde, das ist der richtige Weg, weil der Spracherwerb - das haben wir jetzt von allen, die hier gesprochen haben, gehört - so früh wie möglich beginnen sollte. Deshalb ist „Babylingua“ des Eurodistricts genau der richtige Weg.

Die Mobilität - das hat sich der Eurodistrict auf die Fahne geschrieben - soll für die Jugendlichen bei der Ausbildung und beim Beruf verbessert werden. Da haben wir ja kleine, zarte Pflänzchen. Da hängt es in der Tat teilweise am Spracherwerb, aber es hängt auch an einer anderen Mobilität, nämlich am grenzüberschreitenden ÖPNV. Grenzüberschreitendes Ticketing-System soll deshalb über den Eurodistrict eingeführt werden. Anhand der Buslinie „Moselle Saar“ soll das erst einmal erprobt werden. Das ist das, was Sie gesagt haben: die erste grenzüberschreitende Buslinie, die von St. Avold bis Saarbrücken alle Orte verbindet. Diese Buslinie - Herr Präsident Weiten, Sie waren ja beim Startschuss im April des letzten Jahres dabei - ist nun schneller, hat erweiterte Taktzeiten, erweiterte Fahrzeiten und eine dichtere Taktung. Das ist alles richtig. Viele haben gesagt, es ist ein Meilenstein, was die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Stärkung der Großregion betrifft.

Sie selbst, Herr Weiten - ich zitiere Sie -, haben damals gesagt, sie ermöglicht Tausenden von Personen auf der Achse Saarbrücken-St. Avold, mit dem ÖPNV zur Arbeit, zum Ausbildungsort oder zu Freizeiteinrichtungen zu gelangen. Solche Maßnahmen, Herr Präsident Weiten, brauchen wir mehr. Das ist eine wichtige Maßnahme.

Sie haben auch noch gesagt, wir haben die erste grenzüberschreitende Straßenbahn. Auch das ist richtig. Wir haben die Saarbahnstrecke im Antrag mit aufgeführt. Allerdings kämpfen wir ständig um den Erhalt der Saarbahnstrecke. Wir haben da auch große Hürden. Die Strecke ist sehr teuer. Wir müssen kämpfen, dass der Fahrplan nicht ausgedünnt wird, dass Fahrdienstleiter nicht auf französischer Seite abgeschafft werden und es weniger Anbin-

dung gibt. Und wir kämpfen gegen erhöhte Streckengebühren, die immer wieder aufschlagen und uns dann ein Weiterführen der Saarbahn fast unmöglich machen würden.

Vor allem junge, aber auch ältere Menschen brauchen einen gut ausgebauten ÖPNV. Wir müssen umdenken, wir dürfen nicht immer nur die Fahrgastzahlen sehen, sondern wir haben hier ein ganz anderes Ziel. Wenn man Deutschland und Frankreich zusammenführen will, wenn Menschen sich begegnen sollen, gerade Jugendliche und ältere Menschen, so muss man beachten, dass das oft nicht mit dem Auto geht. Wir brauchen also einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr. Denn der Austausch scheitert oft am nicht vorhandenen ÖPNV.

Die Angebotsdichte gerade im grenzüberschreitenden Bus- und Schienenverkehr, aber auch im Güterverkehr ist verbesserungswürdig. Das ist keine Frage. Eine Anbindung mit der Saarbahn zum Beispiel zwischen Forbach und Saarbrücken würde 113 Millionen Euro auf deutscher Seite und nochmals 58 Millionen Euro auf französischer Seite kosten. Das ist viel Geld, aber ein lohnendes Ziel. Wir sollten es nicht aus dem Auge verlieren, wir sollten die Bundesregierung und Paris einbinden und uns in Brüssel verstärkt dafür einsetzen. Denn nicht nur die regionalen Fernverbindungen sind von Bedeutung, sondern gerade der Nahverkehr und der kleine Grenzverkehr erhalten immer größere Bedeutung. Für das grenzüberschreitende Zusammenleben, für das Entdecken der Kultur, für das Einkaufen und Arbeiten und auch für die Wirtschaft brauchen wir eine intakte Infrastruktur. Dies wäre ein lohnendes Ziel. Ein besserer Takt im ÖPNV ist also notwendiger denn je. Als Vorsitzende der Kommission 3 im Interregionalen Parlamentarierrat habe ich mir auf die Fahnen geschrieben, hier verstärkt tätig zu werden.

(Beifall.)

Wir müssen noch viel intensiver zusammenarbeiten. Es wurde genannt: Wir haben keinen Mangel an Handlungsbereichen. - Das ist richtig. Ich möchte noch eine Organisation erwähnen, die Sie, Herr Präsident, ebenfalls erwähnt haben. Es ist die Task Force Grenzgänger. Ich möchte von einer ganz besonderen Erfolgsgeschichte berichten. Vor Jahren gab es Probleme im grenzüberschreitenden Taxiverkehr. Die Deutschen durften nicht mit dem Taxi nach Frankreich fahren und die Franzosen nicht nach Deutschland. Es gab unheimlich viele Argumente, warum das alles nicht geht. Die französischen Taxis beispielsweise haben ein rotes Licht auf dem Autodach als Zeichen, dass sie besetzt sind. Es wurde gesagt, dies könnte in Deutschland als Symbol für einen Rettungswagen missverstanden werden und so weiter. Ich habe kurzerhand alle deutschen und französischen Taxiunternehmen im Grenzbereich in

**(Abg. Ries (SPD))**

den saarländischen Landtag eingeladen. Die Task Force Grenzgänger hat ein Formular entwickelt. Und siehe da, alleine durch das Kennenlernen der Menschen, die die gleiche Arbeit verrichten, haben wir es erreicht, dass es keine Probleme mehr gibt, und so ist es bis heute. Genau dies hat Aristide Briand gemeint, als er sagte: Reden wir europäisch, handeln wir europäisch, reden wir miteinander. - Dann kann man einiges umsetzen.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Toscani:**

Frau Kollegin, ich darf Sie so ganz langsam an das Ende der Redezeit erinnern, das konkret schon erreicht ist.

(Heiterkeit.)

**Abg. Ries (SPD):**

Wenn sich die Menschen kennen, dann können Probleme viel schneller gelöst werden. Ich könnte hier noch eine Menge Projekte erwähnen, wir haben zum Beispiel eine Zusammenarbeit des SHG-Klinikums mit dem Centre Hospitalier de Forbach, auch der Feuerwehr-Rettungsdienst wurde angesprochen. Hier bin ich sehr engagiert. Wir im Grenzbereich leben Europa, seine Realitäten und Qualitäten, aber auch seine Mängel, die wir immer wieder feststellen. Die deutsch-französische Kooperation und der Austausch sollten deshalb keine Eintagsfliege bleiben. Herr Weiten, Sie haben gesagt: Lasst es uns an den Anfang einer Debatte stellen. Ich sage: Cet échange parlementaire ne doit pas rester un feu de paille. Ich möchte mit einem Zitat von François Mitterrand schließen, der einmal gesagt hat: „Die deutsch-französische Freundschaft versteht sich nicht von selbst, sie ist weder natürlich noch automatisch.“ - Lasst uns in diesem Geiste weiterarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Das Wort hat nun der Ministerpräsident des Saarlandes Tobias Hans.

**Ministerpräsident Hans:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ausgesprochen froh für die saarländische Landesregierung, dass heute hier eine Premiere stattgefunden hat, indem Präsident Patrick Weiten erstmals als gewählter französischer Politiker eine Rede vor dem saarländischen Landtag gehalten hat. Ich finde, stärker und angemessener könnte ein Signal in diesen sehr ereignisreichen deutsch-französischen Beziehungstagen gar nicht sein. In diesem Sinne, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Patrick, darf ich Sie

mit Ihrer Delegation im Saarland für die saarländische Landesregierung sehr herzlich willkommen heißen. Soyez tous et toutes les bienvenus en Sarre!

(Beifall des Hauses.)

Da wir jetzt erfahren haben, dass Französisch ebenfalls auf die Redezeit angerechnet wird, werde ich auf Deutsch weitersprechen, wenn es genehm ist.

(Heiterkeit.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der heutige Akt dieses fraktionsübergreifenden Antrags, dieser Resolution geht weit über reine Symbolik hinaus, denn heute wird nicht nur der saarländische Landtag, sondern bald auch der Départementalrat in der Moselle diesen Antrag beschließen. Es ist ein Beweis der inhaltlichen Geschlossenheit, der nicht größer sein könnte, denn es geht hier um nichts anderes als um die gelebte deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit. Das ist in den Reden der Kolleginnen und Kollegen sehr deutlich geworden. Ich finde, darauf können und müssen wir als Saarländerinnen und Saarländer auch stolz sein.

Wir haben alle gestern am Fernsehen verfolgt, was im britischen Unterhaus stattgefunden hat. All dies geschieht zu Beginn eines Jahres, das für das Saarland von Risiken wie Chancen geprägt ist. Ich sage sehr deutlich, für die deutsch-französische Grenzregion muss auch im Jahr der Europawahl 2019 unumstößlich feststehen - egal wie die Situation in Europa insgesamt ist -, dass die deutsch-französische Freundschaft für uns Saarländerinnen und Saarländer unverhandelbar ist. Deswegen ist es ein gutes Signal, dass wir heute hier zusammenkommen und dass wir am 09. Mai auch in Metz zusammenkommen werden. Ich freue mich darauf. Es ist ein Zeichen unserer tiefgreifenden Freundschaft und unseres tiefgreifenden Bekenntnisses zu Europa im Saarland wie in der Moselle.

(Beifall des Hauses.)

Ich finde es auch richtig, dass wir vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages in Aachen in dieser Debatte schon über wesentliche Inhalte, um die es bei der Unterzeichnung gehen wird, detailliert gesprochen haben. Am 30. Januar wird ein weiteres wichtiges Datum für uns stattfinden: Wir übernehmen als Saarland die Präsidentschaft über den Gipfel der Großregion. Unser Ziel ist es, ich habe das mit Jean Rottner in Straßburg schon besprochen, diese beiden Jahre unter saarländischem Vorsitz zu nutzen, unsere intensive Zusammenarbeit in der Großregion nochmals zu unterstreichen und sie vor allem den Bürgerinnen und Bürgern nochmals näherzubringen. Von der Opposition in diesem Hause ist angesprochen worden, dass noch nicht alles bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen ist,

**(Ministerpräsident Hans)**

dass wir natürlich bei der Erreichung der Zweisprachigkeit im Saarland noch einen Weg vor uns haben. Wir sind am Anfang dieses Prozesses, wir müssen ihn aber umso vehementer vorantreiben und den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, dass es nur gemeinsam und nur mit gemeinsamer Sprache funktioniert, wenn wir nicht am Ende auch in Deutschland irgendwann Debatten haben wollen über einen Exit aus dieser gemeinsamen europäischen Strategie. Das darf nicht passieren.

Wir alle wissen, dass es im März zu einem Brexit kommen wird. Das darf aber nicht der Anfang einer Entwicklung sein. Es muss uns allen ein Warnschuss sein, damit wir noch intensiver die Vorzüge eines gemeinsamen Europas kommunizieren. Was bietet sich dafür mehr an als unsere großartige Freundschaft hier in der Region zwischen dem Saarland und der Moselle? Auch deshalb freue ich mich, dass Sie heute hergekommen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall des Hauses.)

Am 22. Januar wird der Élysée-Vertrag von Bundeskanzlerin Merkel und Emmanuel Macron unterzeichnet. Er wird unterstreichen, dass es eine einzigartige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gibt, die fortgeführt werden und auf neue Beine gestellt werden soll sowie eine neue Kontinuität erhalten soll. Damit soll sie die deutsch-französische Beziehungen sichern. Natürlich wäre es auch schön gewesen, wenn man die Unterzeichnung in Saarbrücken gemacht hätte. Ich weiß, dass viele hier im Haus das insgeheim ein wenig gehofft haben.

Aber wir haben eine Woche vor der Unterzeichnung in Aachen guten Grund, stolz auf das zu sein, was wir uns in der Region erarbeitet haben, denn das, was tatsächlich an konkreten Beispielen von Ihnen, Herr Präsident, und den Kolleginnen und Kollegen genannt worden ist, ist Beweis dafür, dass tatsächlich gegenseitig am Bild des anderen gearbeitet wird. Es wird gegenseitig daran gearbeitet, dass wir unsere Freunde als Freunde begreifen und diese Zusammenarbeit als ausgesprochen positiv wahrnehmen.

Kürzlich ist in Frankreich eine Studie des IFOP-Instituts im Auftrag der Deutschen Botschaft erhoben worden. Herausgekommen ist, dass das Bild der Deutschen in Frankreich zu 84 Prozent gut oder sehr gut ist. Liebe Freundinnen und Freunde aus der Moselle, ich glaube, es ist Ergebnis der großartigen Arbeit in der Moselle für die französisch-deutschen Beziehungen, dass dieses Bild der Deutschen mittlerweile so ist. Das ist Erfolg unserer gelebten deutsch-französischen Zusammenarbeit. Dafür herzlichen Dank namens der gesamten Landesregierung.

(Beifall des Hauses.)

Ich glaube, deswegen ist es nicht verwunderlich, dass Robert Schuman von jedem Redner in Deutsch oder Französisch zitiert worden ist. Er ist einer der Väter oder der Vater der deutsch-französischen Zusammenarbeit und ein Kind unserer Region. Ich sage aus voller Überzeugung, es gibt in Europa keinen anderen Raum, in dem tatsächlich enger als im Saarland die Geschicke durch unsere gemeinsame Geschichte miteinander verbunden sind. Man muss darauf verweisen, dass die Grenze noch vor wenigen Jahren eine wirklich blutige Bruchstelle in Europa war. Das ist in der Debatte deutlich geworden. Dass diese Bruchstelle mittlerweile zu einer europäischen Nahtstelle geworden ist, geht wirklich nur, wenn man sich mag und aufeinander zugehen will.

Deswegen ist der neue Élysée-Vertrag ein Auftrag für uns, das in den nächsten Jahren noch weiter so zu leben und ihn eben nicht nur zu einem Vertrag zwischen zwei Hauptstädten oder zwischen zwei Regierungschefs zu machen, sondern zu einem Vertrag der Menschen, der partizipativ gelebt wird. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass es uns gelingt, das in die beiden Länder Deutschland und Frankreich hineinzutragen. Ich glaube, das ist heute ein Auftakt und ein Symbol dafür.

(Beifall des Hauses.)

Dass es uns ernst mit der deutsch-französischen Freundschaft ist, zeigt auch, dass wir uns genau wie unser französischer Nachbar intensiv in die Konsultationen über diesen neuen Vertrag eingebracht haben. Wir haben unter dem Vorsitz des Saarlandes in der Ministerpräsidentenkonferenz die Abstimmung mit der Bundeskanzlerin koordiniert. Wir haben die Länderbeteiligung auf diese Art und Weise sichergestellt. Deswegen trägt der neue Vertrag auch die Handschrift der Länder und damit die Handschrift einer Grenzregion wie der unsrigen.

Wir haben in der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe von Bundesrat und Senat den saarländischen Vorsitz genutzt, um eine Parlamentserklärung miteinander abzustimmen, weil sich auch künftig die beiden Kammern - der Bundesrat und der Senat - regelmäßig abstimmen wollen und einbringen werden, wenn es um deutsch-französische Fragen geht.

Schließlich wird im Nachgang zur Unterzeichnung des neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages auch die Assemblée nationale und der Bundestag ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen, indem sie ähnlich dem Élysée-Vertrag neue Strukturen kontinuierlicher Zusammenarbeit der Parlamente einrichten wollen. Das ist etwas, was auch auf unsere Grenzregion zurückgeht, nämlich auf den Vorsitzenden der französisch-deutschen Freundschaftsgruppe zwischen Assemblée Nationale und Bundestag Christophe Arend, den Abgeordneten

**(Ministerpräsident Hans)**

aus unserer Region. Er war es, der das vorangetrieben hat.

Als ich beim Premierminister im Matignon war, war in der Tat bekannt, dass in unserer Region - in der Moselle - eben diese deutsch-französische Zusammenarbeit noch stärker gelebt wird als andernorts in Frankreich. Es muss uns als Kinder der Großregion an dieser Stelle zufrieden stimmen, dass die maßgeblichen Impulse für die Entwicklung dieses neuen deutsch-französischen Vertrages auch aus dieser Region kommen und die Beteiligung der Menschen in dieser Region sichergestellt worden ist. Es muss für uns als saarländisches Parlament der Anspruch sein, dass das so ins Land getragen wird.

(Beifall des Hauses.)

Auch wenn mehr saarländisch-mosellanische Handschrift im Freundschaftsvertrag sicherlich kaum möglich ist, ist der Élysée-Vertrag trotzdem wie ein Buch, in dem allerdings nur die ersten Seiten beschrieben sind. Die folgenden Seiten beziehungsweise der Rest des Buches muss von den Menschen geschrieben werden. Er muss in der Region gelebt und fortgeschrieben werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass hier im Grenzraum Saar-Moselle - um bei diesem Bild zu bleiben - besonders viele Seiten bereits geschrieben wurden, nämlich durch politische Beziehungen, durch menschliche Begegnung sowie durch Kontakte und Partnerschaften.

In diesem gemeinsamen Grenzraum ist das Überqueren der Grenze selbstverständlich und etwas Alltägliches geworden. Stefan Pauluhn hat es schön beschrieben, wie sich das entwickelt hat. Genauso ist es normal, dass man als in Frankfurt Lebender nach Mainz geht, wenn auch nicht zum Fußball schauen, sondern vielleicht zum Einkaufen oder um Freunde zu treffen. Es ist selbstverständlich, dass man zum Beispiel von Brandenburg nach Berlin fährt, um dort zu arbeiten. So selbstverständlich ist es mittlerweile auch, wenn man zwischen Forbach oder Metz und Saarbrücken oder sonstwo im Saarland pendelt. Wir können stolz darauf sein, dass das zur Identität dieser Region gehört.

Viele Menschen in Deutschland sind auch wirklich neidisch, wenn sie erfahren, dass wir morgens zum Bäcker in den Nachbarort können, dass wir schneller in Südfrankreich sind als mancher Franzose, dass wir mit dem TGV tatsächlich schneller in Paris sind als der eine oder andere, der vielleicht in Frankreich nach Paris unterwegs ist. Wir sind schneller in Paris als in Berlin. Das gehört zur saarländischen Identität dazu. Das ist gelebter Alltag in dieser Großregion. Damit sind wir Vorbild, weil wir über die Jahre hinweg Fragen lösen konnten, die in anderen Grenzregionen noch als große Probleme bestehen. Auch deshalb muss unsere Grenzregion mit Leben gefüllt werden. Daran arbeiten wir: der saarländi-

sche Landtag, die saarländische Landesregierung und - wie ich mit Freude erfahren habe - auch das Département de la Moselle. Dafür vielen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Dennoch ist neben allem Positiven quasi amtlich von der EU-Kommission festgestellt worden, dass es zu viele Nachteile für die Grenzräume in der Europäischen Union gibt. Immerhin sind 40 Prozent der Europäischen Union Grenzräume. In diesen Grenzräumen leben 30 Prozent aller Menschen in der Europäischen Union. Bildlich gesprochen sind damit die Grenzräume der größte EU-Mitgliedsstaat. Deshalb müssen wir für diese Leute etwas tun. Deswegen müssen wir diese Nachteile abbauen. Das muss unser Ansatz sein. Ja, wenn vom gemeinsamen Rechtsraum, von einer gemeinsamen Verwaltung, von Kindertageseinrichtungen, von Angeboten für Senioren sowie über Partizipation von Jugendlichen und Senioren gesprochen wird, dann klingt das für manche wie ein Bild in ferner Zukunft. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir diese Leute, die in den Grenzregionen leben, und vor allem die, die in unserer Grenzregion leben, in ihren Bedürfnissen ernst nehmen, dann müssen wir dort Schritt für Schritt vorankommen. Deswegen arbeiten wir so vehement daran, dieses wirtschaftliche Potenzial, das es gibt, zu heben. Alle Ministerien der saarländischen Landesregierung haben deutsch-französischen Bezug und setzen auf diese deutsch-französische Zusammenarbeit.

Im Sozialministerium - das ist angesprochen worden - gibt es die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, nicht nur ambulant, sondern auch stationär. Das sind dicke Pflöcke, die einzurammen sind. Ich denke an die Zusammenarbeit im Umweltministerium, was die Biodiversität und die regionale Identität anbelangt. Bliesbruck-Reinheim ist angesprochen worden. Die Task Force Grenzgänger ist angesprochen worden. Sie wird von Anke Rehlinger maßgeblich vorangetrieben, weil nämlich die Integration in den Arbeitsmarkt gerade für junge Menschen wichtig ist. Wir bringen eine gemeinsame Berufsausbildung auf den Weg. Wir arbeiten in Bildungsfragen zusammen und haben echte deutsch-französische Abschlüsse an den Schulen. Wir haben wie selbstverständlich das Deutsch-Französische Gymnasium in Saarbrücken und wir wollen es bei allem Bekenntnis zur Internationalität weiterhin fördern.

Und natürlich ist es auch wichtig, dass in Fragen der inneren Sicherheit zusammengearbeitet wird. Das betrifft in besonderem Maße das Innenministerium, wenn wir gemeinsame Streifen auf den Weg bringen. Wir wissen, dass Europa auch in der Grenzregion nur dann Erfolg haben wird, wenn wir eines Tages auch eine gemeinsame sichere Außengrenze haben werden. Nur dann können wir erfolgreich für

**(Ministerpräsident Hans)**

dieses Projekt werben. Deswegen ist, auch wenn wir selbstverständlich ein Europaministerium haben, diese Zusammenarbeit ein Kernanliegen der gesamten saarländischen Landesregierung. Wir werden alles daran setzen, den Umfang unserer guten Zusammenarbeit noch auszuweiten mit Schulpartnerschaften, mit Schülerbegehnungen, mit Sprachprogrammen, aber eben auch in den Bereichen, die ich eben angesprochen habe.

Ich glaube, wir müssen an dieser Stelle noch besser werden. Wir fordern uns zu Recht die Mittel der Europäischen Union ein. Es ist gut, dass die Europäische Union 140 Millionen Euro INTERREG-Mittel zwischen 2014 und 2020 in die Großregion investiert hat, aber gerade, weil wir so erfolgreich waren, müssen wir noch bestehende Lücken endlich schließen, und das wird auf allen Ebenen, in allen Bereichen durch die saarländische Landesregierung vorangetrieben. Wir sind froh, dass wir Sie hier als Partner haben, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Ich bin froh, dass auch im Élysée-Vertrag die Augen vor diesen Problemen nicht verschlossen werden, das Thema grenzüberschreitender Verkehr - Patrick Weiten hat es ja angesprochen, die TGV-Anbindung ist für uns unglaublich wichtig, aber eben auch die kleineren Verbindungen, die diese Nahtstelle ausmachen, Busanbindungen sind genannt worden - muss vorangetrieben werden. Deswegen ist es so wichtig, dass wir dieses eigenständige Kapitel im Freundschaftsvertrag für die Grenzregionen haben. Es ist wichtig, dass wir unsere Gestaltungsspielräume hier noch weiter nutzen und dass klar ist, dass unsere Region zu einem Modellprojekt werden kann, zu einer Modellregion, zu einem Élysée-District zwischen Deutschland und Frankreich, weil wir vorhaben, gemeinsame Infrastrukturen zu schaffen.

Das ist ein großartiges Projekt, das ist ein großes Vorhaben. Es verdient die Unterstützung aller und ich bin sicher, dass es auch von den Menschen als das wahrgenommen wird, was es ist, nämlich ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der gesamten Region, im Saarland, aber auch in der Moselle. Deswegen arbeiten wir daran, weil es ein Projekt für die Menschen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Weil das Recht auch für die Menschen da sein muss, halte ich tatsächlich die Anpassung auf rechtlicher Ebene für das dringendste Problem, das wir haben. Ein Grenzraumrecht, das ja derzeit auf europäischer Ebene diskutiert wird, sollte gerade hier, in der deutsch-französischen Grenzregion, sofort umgesetzt werden. Der Justizminister Peter Strobel -

bezeichnenderweise ist im Saarland der Justizminister auch der Europaminister - hat deshalb eine Initiative und eine gut besuchte Veranstaltung im Saarland organisiert. Wichtig ist, wenn wir diese Ko-Administration wollen für Kitas, für Bus- und Bahnverkehr und andere öffentliche Dienste, dann müssen wir hier auch andere Bereiche im rechtlichen Rahmen optimieren. Man sollte da vielleicht das Centre juridique franco-allemand einmal fragen, was man da im Bereich des Privatrechts, im Bereich der Wirtschaftskammern machen kann.

An saarländischen Gerichten wird ja bald auf Französisch verhandelt. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal. Aber das geht natürlich noch nicht weit genug, denn wenn wir hier tatsächlich weiterkommen wollen, ist es an der Zeit, dass auch das öffentliche Recht deutsch-französischer und damit flexibler für die Menschen hier in der Grenzregion wird.

Ich glaube, wir müssen an dieser Stelle einen starken Fokus setzen. Nur so machen die wichtigen Projekte, wie zum Beispiel das Testfeld für autonomes Fahren, das bei uns selbstverständlich deutsch-französisch organisiert ist, Sinn, und nur so macht auch eine gemeinsame Initiative zur künstlichen Intelligenz - quasi der Jumbo der IT, den wir auf deutsch-französischer Ebene haben -, Sinn. Das alles macht so nur Sinn, wenn wir auch in Fragen des Rechts weiterkommen. Deswegen halte ich das für einen ganz konkreten nächsten Schritt, den wir angehen.

Wir legen heute einen Grundstein für diese Zusammenarbeit, für diese wichtigen Schritte. Heute ist ein guter Tag, weil er die Geschlossenheit des Hauses beim Thema Europa noch einmal deutlich gemacht hat. Heute ist ein guter Tag für unsere Nachbarschaft zwischen der Moselle und dem Saarland, weil wir sicherlich nicht zum letzten Mal heute hier in diesem Hohen Hause miteinander diskutiert haben, aber auch Konkretes beschließen. Heute ist ein guter Tag für die deutsch-französischen Beziehungen, weil es eben nicht reicht, wenn man zwischen Élysée-Palast und Bundeskanzleramt diskutiert, sondern weil es auch das Leben hier in unseren Distrikten angeht. Heute ist ein guter Tag für Europa, weil Väter wie Robert Schuman für Europa eingetreten sind. Sie sind genau für dieses gelebte und praktizierte Europa eingetreten, und das ist ein Projekt, das von allen Bürgerinnen und Bürgern im Saarland Tag für Tag gelebt wird. Deshalb bedanke ich mich für diese gute Debatte auch im Namen der gesamten Landesregierung. Nochmals herzlich willkommen, merci beaucoup.

(Lang anhaltender Beifall des Hauses.)

**Präsident Toscani:**

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zur Abstimmung über die gemeinsame Resolution, die von allen Fraktionen eingebracht wurde. Es ist der Antrag Drucksache 16/695 - neu. Wer für die Annahme der Drucksache 16/695 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/695 - neu - einstimmig angenommen ist. Alle Fraktionen haben zugestimmt.

(Beifall des Hauses.)

Dieses einstimmige Votum unterstreicht die Bedeutung, die diese grenzüberschreitenden Beziehungen für unser Parlament haben. Ich glaube, wir haben heute Morgen einen gemeinsamen, einen besonderen Moment in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unserer Regionen erlebt. Die französische Delegation wird nun den Plenarsaal verlassen und ein politisches Gespräch mit den europapolitischen Sprechern der Fraktionen aller im Landtag vertretenen Parteien führen. Ich bedanke mich vorab an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Moselle: Danke für Ihren Besuch, herzlichen Dank!

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen weiter in unserer Tagesordnung. Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse und zur Haushaltsstabilisierung (Drucksache 16/653)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Finanzminister Peter Strobel das Wort.

**Minister Strobel:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor rund zehn Jahren hat die Föderalismuskommission II die Schuldenbremse auf den Weg gebracht, die dann im Grundgesetz verankert worden ist. Heute wollen wir die Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in saarländisches Landesrecht und damit die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für eine tragfähige und zukunftsfeste Haushaltswirtschaft umsetzen.

(Vizepräsident Heinrich übernimmt den Vorsitz.)

Das Saarland hat unter dem Konsolidierungshilfegesetz zwischen 2011 und 2019 einen beeindruckenden Weg der Haushaltssanierung zurückgelegt. Der sogenannte saarländische Weg, den wir gemeinsam

mit Mitarbeitervertretungen, Gewerkschaften, Beschäftigten, im Grunde mit allen Saarländerinnen und Saarländern, gegangen sind, war ein harter Weg, aber wir wissen, es war der richtige Weg. Die 260 Millionen Euro jährliche Konsolidierungshilfen waren kein Geschenk, sondern sie waren die Basis, sie waren ein Baustein der Strategie, um uns dahin zu bringen, dass wir ab 2020 in der Lage sind, die grundgesetzliche Schuldenbremse aus eigener Kraft einhalten zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können heute feststellen, dass wir das geschafft haben. Ich möchte an das Jahr 2010 erinnern. Wir haben 2010 ein strukturelles jahresbezogenes Defizit von 1,25 Milliarden Euro gesehen. Wir werden im Jahr 2020 ein strukturelles jahresbezogenes Defizit von 0 Euro haben. Das ist eine Leistung, die zu würdigen ist. Es ist die Gesamtleistung der Saarländerinnen und Saarländer. Das will ich an dieser Stelle noch einmal sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Warum wollen wir die Schuldenbremse im saarländischen Landesrecht verankern? Artikel 109 des Grundgesetzes - die Schuldenbremse - verpflichtet die Länder, ihre Haushalte ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Die grundgesetzliche Schuldenbremse kennt dabei keine konjunkturellen Schwankungen oder außergewöhnliche Notsituationen. Gegen die können wir uns aber rüsten, wenn wir das Ganze landesgesetzlich regeln. Das tun wir mit dem heute vorgelegten Gesetz. Die Umsetzung in Landesrecht ist auch nicht zwingend notwendig. Sie schafft uns aber Spielräume, in Krisensituationen auch dann Herr der Lage zu bleiben. Wir schaffen uns die Möglichkeit, in Krisenzeiten Kredite zu finanzieren. Die Kredite müssen natürlich unmittelbar nach Krisenende wieder zurückgeführt werden. Das ist eine rein kurzfristige Finanzierung, die wir dort machen können.

Unabhängig von der Schuldenbremse haben wir ab 2020 die Vorgaben aus dem Sanierungshilfegesetz zu beachten. Wir haben die Mindesttilgung von 400 Millionen Euro im Fünfjahreszeitraum verpflichtend einzuhalten, und zwar unabhängig von äußeren Einflüssen, also auch in Zeiten konjunktureller Abkühlung oder in Krisensituationen. Um diese Tilgungsverpflichtung von jährlich 80 Millionen Euro auch dann einhalten zu können, wenn die Konjunktur sich abkühlt, haben wir dieses Gesetz heute eingebracht. Wir schaffen uns eine Konjunkturausgleichsrücklage, die in guten Zeiten gespeist wird und aus der wir entnehmen können, wenn es notwendig wird.

Die fortlaufende Einhaltung der Vorgaben aus der grundgesetzlichen Schuldenbremse und dem Sanierungshilfegesetz werden insbesondere durch die

**(Minister Strobel)**

Einrichtung zweier Kontrollkonten festgeschrieben, über deren Stand dem Landtag und dem Rechnungshof berichtet wird. Das schafft ein großes Maß an Transparenz gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber und der Öffentlichkeit.

Die Umsetzung der Schuldenbremse sowie der Haushaltsstabilisierung erfolgen im Rahmen eines Artikelgesetzes. Ein Artikelgesetz ist notwendig, um die Transparenz und Übersichtlichkeit zu wahren, weil zahlreiche bestehende Gesetze wie zum Beispiel die Landeshaushaltsordnung oder die Verfassung berührt sind und weitere Aspekte geregelt werden müssen wie zum Beispiel die Einführung von Sondervermögen.

Der Gesetzentwurf schafft zwei neue Sondervermögen: das Sondervermögen Konjunkturausgleichsrücklage sowie Zinsausgleichsrücklage. Zweck der Konjunkturausgleichsrücklage ist - wie bereits erwähnt - die Absicherung der Tilgungsverpflichtung nach § 2 Abs. 3 des Sanierungshilfegesetzes beziehungsweise die Vorsorge für einen konjunkturellen Abschwung. Mit dem Sondervermögen Zinsausgleichsrücklage ermöglichen wir es, dass vorübergehende Zinsminderausgaben, die wir im momentanen Zinstief erzielen, in Zeiten höherer Zinssätze genutzt werden können. Damit gewinnen wir zukünftig Zeit, um den Haushalt an geänderte Rahmenbedingungen allmählich auch anpassen zu können. Wir schaffen also eine Vorsorge für Zinsmehrausgaben, die in späteren Haushaltsjahren entstehen, wenn der derzeitige Durchschnittszins überschritten wird. Dem Sondervermögen ist dabei die Differenz zwischen den real zu erwartenden Zinsausgaben des kommenden Haushaltsjahres und den auf Basis des normierten Zinssatzes ermittelten normierten Zinsausgaben zuzuführen. Dem Sondervermögen können Mittel entnommen werden, wenn die tatsächlichen Zinsausgaben über die normierten Zinsausgaben gestiegen sind.

Zusammenfassend gesagt: Das Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse im saarländischen Landesrecht und zur Begleitung des Sanierungshilfegesetzes macht den Landeshaushalt und seine Rahmenbedingungen zukunftsfest. Der Gesetzentwurf stabilisiert die Haushaltsführung und gibt dem Haushaltsgesetzgeber die notwendige Flexibilität. Denjenigen, die die grundgesetzliche Schuldenbremse ablehnen, möchte ich sagen, dass dieses Gesetz, das wir heute vorlegen, uns Spielräume verschafft, in Krisenzeiten von den starren Regelungen der grundgesetzlichen Schuldenbremse abzuweichen. Insofern bitte ich herzlich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke dem Herrn Minister für die einleitenden Worte und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Herr Kollege Jochem Flackus.

**Abg. Flackus (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, ich möchte aufgreifen, was Sie gerade zum Schluss gesagt haben. Selbstverständlich erkennen wir an, dass mit diesem Gesetzentwurf die puristische Form aus dem Grundgesetz abgemildert wird. Das ist vollkommen richtig. Das ist von uns auch so anerkannt. Heute geht es ja um das Thema Überweisung in den Haushaltsausschuss. Dort werden wir im Zweifel in Form einer Anhörung diskutieren.

Ich will gleichwohl sagen, dass das Gesetz der Logik der Schuldenbremse folgt. Das ist auch klar. Diese Schuldenbremse haben wir in der Vergangenheit immer abgelehnt. Sie haben das gerade eben selbst noch einmal deutlich gesagt. Wir werden das auch weiter ablehnen. Da wird sich nichts daran ändern.

Gleichwohl, ich habe das gerade angedeutet, haben wir uns mit dem Entwurf sehr eng auseinandergesetzt. Wir haben uns auch mit der Politik der Schuldenbremse und ihren Wirkungen auseinandergesetzt. Ich will noch einmal von unserer Seite deutlich machen: Wir sind nicht gegen eine Begrenzung der Schulden. Das sind wir nie gewesen. Es ist völlig klar, dass ein Verhältnis zwischen Staatsverschuldung und vorhandenen Schulden hergestellt werden muss. Aber diese Schuldenbremse und das Gesetz sind quasi eine passive Zukunftsgestaltung. Sie ist nur passiv.

Wir plädieren viel stärker für eine aktive Zukunftsgestaltung. Die wichtigsten Elemente sind dabei die Investitionen in die Infrastruktur. Ich will ein kleines Beispiel nennen. Es trifft für Gesamtdeutschland zu, das seit 2009 die Schuldenbremse im Grundgesetz hat. Am Sonntag konnte man in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung lesen, dass in Deutschland mehr Funklöcher vorhanden sind als mittlerweile in Albanien. Stichwort Infrastruktur. Der geschätzte Wirtschaftsminister Altmaier hat ja unlängst öffentlich bekundet, er telefoniere nicht mehr mit seinen Kollegen vom Auto aus, weil das mobile Netz in Deutschland so schlecht sei - um nur ein Beispiel zu nennen. Wir meinen aber mit Infrastruktur auch Bildung, Forschung und Daseinsvorsorge. Wir meinen natürlich auch Themen wie Nachhaltigkeit und ökologischer Umbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden heute also nicht über irgendein Gesetz, sondern über Änderungen an wichtigen Stellen in unserer Verfassung. Ich möchte aufgrund der Kürze der Zeit wenige Bei-

**(Abg. Flackus (DIE LINKE))**

spiele nennen. Das erste Beispiel ist Art. 108 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, der komplett gestrichen wird. Darin stand bisher die goldene Regel der Finanzpolitik. Man darf so viele Kredite in der Höhe aufnehmen - laienhaft formuliert -, wie man investiert. Das hat der Bund gestrichen und das haben wir jetzt auch in unserer Verfassung gestrichen. Ich will gerade hier vor den Kolleginnen und Kollegen noch einmal deutlich machen, was das bedeutet. Wir werden damit weitere Einschnitte in das Budgetrecht des Parlamentes haben, weiter Kompetenzen verlieren und abgeben. Das ist das Ergebnis der Schuldenbremse. Das ist die Bedeutung dieses Gesetzes. Das finden wir nicht gut, damit das völlig klar ist.

Ich will mal eine Frage stellen: Wer bestimmt am Ende, was in unserem Haushalt steht und was nicht? Im Dezember hat der Stabilitätsrat ein Papier vorgestellt, das sage und schreibe 23 Seiten hat, wonach in Zukunft bewertet wird, ob ein Haushalt nach den Kriterien der Schuldenbremse aufgestellt und bewertet ist oder nicht. 23 Seiten! Ich bin kein großes mathematisches Genie. Aber die Formeln, die ich dort auf vielen Seiten gesehen habe - - Ich rate euch: Kuckt euch das mal an - flapsig gesagt. Das versteht kein Mensch mehr.

Die Begriffe, die wir in Zukunft in der Haushaltsdebatte auf dem Tisch haben werden, sind beispielsweise Sanierungshilfegesetz, Stabilitätsrat, Kontrollkonten. Darum geht es in § 6 des Gesetzes zur Umsetzung der grundsätzlichen Schuldenbremse und zur Haushaltsstabilisierung. Kreditaufnahmekonten, Konsolidierungsverfahren, Konjunkturbereinigungsverfahren, das werden unsere Themen sein. Die Ex-Post-Konjunktur-Komponente wird ermittelt werden. Es gibt eine Notfallregelung. Man könnte ironisch anmerken, das reicht hoffentlich und es kommt nicht noch der Internationale Währungsfonds, um über den saarländischen Haushalt zu kucken. Ich übertreibe etwas, aber ich will nur mal sagen, worüber wir auch diskutieren.

Das zweite Beispiel, Herr Minister, in Artikel 3 - neu - die Notlagenverordnung. Das ist im Prinzip eine gute Geschichte. Da sind explizit Naturkatastrophen genannt. Beispielsweise bei Starkregen oder dergleichen könnten wir arbeiten. Aber was ist mit wirtschaftlichen Notlagen? Ich nenne einmal ein großes Leitwerk als Stichwort. Ich will jetzt keine Namen nennen, aber wir alle diskutieren ja auch häufig über Firmenschicksale. Wer definiert denn für uns in dem Moment die Systemrelevanz? Ist das dann eine Notlage oder nicht? Wer gibt uns grünes Licht? Berlin, der Stabilitätsrat? Wir wissen es nicht. Ich halte es für einen wichtigen Punkt, dass wir Kompetenz und Bewertungsrechte abgeben. Es ist doch wohl klar, dass wir gestalten wollen!

Das dritte Beispiel ist das Verfahren zur Konjunkturbereinigung. Da gibt es in den Bundesländern sehr unterschiedliche Sichtweisen. Herr Minister, Sie wissen es: Der Bund hat sich das EU-Kommissionsverfahren zu Eigen gemacht. Rheinland-Pfalz hat sehr stillbildend gearbeitet, wie ich finde. Der frühere Finanzminister Deubel, den ja viele kennen, hat am Anfang das Bundesverfahren protegirt und ist dann ganz davon weggekommen. Er hat jetzt ein Verfahren vorgeschlagen - darüber kann man sich in der Anhörung vielleicht einmal informieren -, das sehr stark auf das Land zugeht.

Lassen wir uns also wissenschaftlich beraten. Wir sagen beispielsweise, ein Quotensystem wäre gut. Oder auch die Einführung einer Steuer- und Sozialquote. Das alles halten wir für richtig. Das werden wir im Verlauf der Gesetzesberatung auch sicher diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann muss man sich natürlich noch einmal die Ergebnisse der Schuldenbremse ansehen. Ich habe den Bund schon angeführt - 18. Platz im Breitbandausbau. Wir diskutieren ja heute auch noch über den Automobil-Standort. Da steht im Antrag der Koalitionsfraktionen zu Recht drin, wir müssen 5G ausbauen. Wenn man aber sieht, wo Deutschland insgesamt steht, dann muss man das ja alles relativieren.

Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber wir haben in der Haushaltsdebatte über den Investitionsstau im Land diskutiert und das schlechte Wirtschaftswachstum im Saarland, weit abgehängt vom Bundesdurchschnitt. In der Regierung wächst ja die Einsicht - nicht überall, aber immerhin -, dass das nicht gut ist. Das will ich ausdrücklich positiv vermerken. Der Ministerpräsident by himself hat in der Haushaltsdebatte gesagt, wir sitzen auf einem Pulverfass, weil wir nicht investieren. Und er hat beim Neujahrsempfang noch einmal darauf hingewiesen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Investitionen und Wachstum gibt, eine volkswirtschaftliche Grundweisheit sozusagen. Das finden wir richtig und gut.

Ich möchte nur einmal darauf hinweisen: Oxford Economics hat unlängst eine Mega-Studie über Studien zu Schuldenbremsen gemacht. Über 100 Studien sind ausgewertet worden. Das Ergebnis ist beeindruckend: Konsolidierung ist nicht gleich Wachstum. Konsolidierte Haushalte führen also nicht zwangsläufig dazu, dass man mehr wirtschaftliches Wachstum generiert. Aber Investitionen und Wachstum hängen eng zusammen - logischerweise. Wer nicht investiert, hat keine Wertschöpfung. Das kann man eigentlich auch nachvollziehen. Und: Wer nicht investiert, generiert zunehmend soziale Probleme. Auch das können wir, glaube ich, alle bestätigen und erleben wir auch.

**(Abg. Flackus (DIE LINKE))**

Ich will noch auf etwas hinweisen, was in der Diskussion vergessen wird. Der Staat ist ein Marktteilnehmer! Auf dem Markt müssen Staaten sich weitgehend so verhalten wie Investoren aus der Wirtschaft. Die haben auch dieselben Effekte.

Jetzt freuen wir uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf 2020, weil dann ja bei uns alles besser wird. Wir haben aber nach wie vor Konjunkturprobleme - es zeichnet sich auch immer mehr ab, dass die zunehmen -, wir haben auch die aktuellen Probleme mit wichtigen Unternehmen, schließlich hat das Saarland selbst einen Rückgang an Auslandsaufträgen von 2,5 Prozent gehabt, was sicherlich mit dem Brexit und anderen Dingen zu tun hat.

Deshalb möchte ich am Ende nur noch einmal den Hinweis geben: Bei den Verhandlungen, die Sie gerade mit dem Bund führen, Herr Ministerpräsident, zum Thema Daseinsvorsorge, wird alles das, was da in den Papieren steht - Kommunen, Investitionen, die Diskussion einer Altschuldenregelung -, für uns immer wichtiger. Es wird jeden Tag wichtiger, vor allem dann, wenn die Wirtschaft sich weiter eintrüben sollte.

Ich will am Ende auch noch mal darauf hinweisen, dass das der Moment für unsere Vertreter in der Bundesregierung ist, etwas zu tun. Wir haben ja schon häufiger darüber diskutiert. Wir haben drei Minister, die auf Bundesebene Einfluss haben. Wir erwarten, dass auch an dieser Stelle, wo mit dem Bund verhandelt wird, wie es finanzpolitisch insgesamt weitergeht, diese Vertreter etwas für das Land rausholen.

In diesem Sinne werden wir das im Ausschuss alles weiterdiskutieren, auch unter Berücksichtigung der negativen Seiten, und dies sollten wir auch in der Anhörung tun. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe für die CDU-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Stefan Thielen auf.

**Abg. Thielen (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich heute den Landtag des Saarlandes betreten habe, habe ich als Erstes Schulden getilgt. Schusselig, wie ich manchmal bin, habe ich gestern meinen Geldbeutel nicht dabei gehabt und habe in der Kantine anschreiben lassen.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Es war nur ein höherer einstelliger Betrag, trotzdem kennen Sie es wahrscheinlich: Wenn man irgendwo Schulden gemacht hat, hat man kein gutes Gefühl.

Man weiß, da ist irgendwas, und das beschäftigt einen dann, sogar bei einem so kleinen Betrag.

(Abg. Eder-Hippler (SPD): Wir gehen davon aus, dass du das heute Morgen schon bezahlt hast!)

Sie sind getilgt, es war sogar ein zinsloses Darlehen, wofür ich der Landtagsverwaltung beziehungsweise den Helferinnen in der Kantine sehr dankbar bin.

Aber es gibt ja auch größere Summen, die sollten einem vielleicht etwas mehr Sorge bereiten. Ich habe gestern den neuen Weltschuldenbericht gelesen, da ist die Rede von 244 Billionen Dollar Schulden auf der Welt. Das sind Summen, die kann man sich fast gar nicht vorstellen. 244.000 Milliarden Dollar Schulden! Ich könnte an der Stelle einen alten Kollegen bemühen, den früheren haushaltspolitischen Sprecher der Unionsfraktionen im Bundestag, Franz-Josef Strauß, der einmal sehr schön vorgerechnet hat, was für eine Menge an Geld das ist, wie viele Güterwaggons man mit dieser Menge Geld füllen könnte. Das alles möchte ich sein lassen. Ich möchte nur auf eines hinweisen: Seit gestern, als ich in der Kantine habe anschreiben lassen, sind auf der Welt 36 Milliarden Dollar Schulden neu hinzugekommen - öffentliche Schulden, Schulden von Privatleuten, Schulden von Unternehmen.

Wir sollten uns ernsthafte Sorgen machen, was das Schuldenmachen angeht, denn weltweit verdichten sich die Anzeichen, dass die Probleme, die damit zusammenhängen, wachsen. Wir haben eine hohe Verschuldung in den Entwicklungsländern, insbesondere in China wird schon von einer Schuldenblase gesprochen. Wir sehen die italienische Haushaltspolitik, wo von Extremisten von links und von rechts auch mehr Schulden aufgenommen werden, als gesund ist. Ich glaube, das kann man wirklich so sagen. Wir sehen aber auch, dass es in den USA einen Haushaltsstillstand gibt, der auch damit zusammenhängt, dass der Haushalt überschuldet ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles das sind Bedrohungen für unseren Wohlstand, die uns gebieten zu handeln.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Es wäre nicht das erste Mal, dass Schulden die Welt in den Abgrund reißen. David Graeber hat vor einigen Jahren in seinem Buch „Debt: The first 5000 years“ sehr schön dargestellt, dass Schulden seit Anbeginn der Menschheit immer etwas waren, was unterschwellig passiert ist und was unzählige Kriege auf der Welt hervorgerufen hat. Auch wenn wir heute auf unsere Vergangenheit zurückblicken und die deutsch-französische Freundschaft feiern, bleibt festzuhalten, dass der Zweite Weltkrieg unter anderem aus Schuldenproblemen entstanden ist. Frankreich und England haben sich im Ersten Weltkrieg hoch verschuldet, genauso Deutschland nach dem

(Abg. Thielen (CDU))

Krieg, als man uns hohe Schulden auferlegt hat für Reparationszahlungen. All das hat wieder zum nächsten Krieg geführt. Und - ich will es nicht verschweigen - auch die Weltfinanzkrise vor einigen Jahren war eine Schuldenkrise und hat fast zum Ende der Europäischen Union geführt.

Für mich sagt dies alles, dass es geboten ist, noch einmal Leitlinien einzuziehen, wie wir mit Schulden umgehen und dass wir uns hiermit sehr genau beschäftigen müssen. Die zentrale Frage dabei ist für mich am Ende: Wo fängt es an? Welcher Euro ist der, der im Endeffekt zu viele Schulden bedeutet? Ist es die Klientelpolitik, wenn eine Partei hier, die andere dort - da nehme ich uns keineswegs aus - versucht, bestimmten Bevölkerungsgruppen etwas Gutes zu tun? Ist das der Grund, dass zu viel ausgegeben wird? Das kann der Fall sein. Liegt es vielleicht daran, dass man sich an externen Entwicklungen orientiert, wenn die Beamtenbesoldung in Bund und Ländern steigt, dass man dies zur Richtschnur nimmt? Oder sind es vielleicht die Investitionen, wo man meint, man muss immer etwas mehr machen, und dabei vielleicht mehr tut, als es ein gesundes Maß wäre?

Ich kann die Frage nicht klar beantworten. Jede Antwort darauf mag aber für jede Ausgabe zu ihrer Zeit genau richtig und geboten sein. Wer zieht die Kontrolle ein? Wer gibt uns als Parlament hier Grenzen? Wenn ein Privatmann oder ein Unternehmen zur Bank geht, dann sagt der gute Banker klipp und klar, an welchem Punkt die Schuldentragfähigkeit erreicht ist. Das ist bei uns als Staat nicht der Fall. Wir haben niemanden, der uns sagt, dass wir zu viele Schulden machen. Zumindest gibt es niemanden, der es uns verwehren kann außer wir selbst. Wir sind der Souverän und die Einzigen, die eine Grenze ziehen können. Ich denke, das gebietet, dass wir das auch tun und ganz klare Leitlinien setzen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich möchte auch ganz klar hier sagen, dass ich selbst auch immer wieder in die Falle tappe, zu sagen, dass wir hier und dort mehr machen müssen, dass die Schuldenbremse vielleicht doch nicht der richtige Weg ist und vielleicht doch mehr Investitionen notwendig sind. Ich habe aber viel mit Kollegen diskutiert, ich habe gelesen und mir klar gemacht, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wirklich ein historischer Erfolg, den man erreicht hat, und ein Meilenstein der deutschen Politik ist. Dass sich Bund und Länder hierauf in einer Zeit geeinigt haben, in der die Lage einfach nicht so gut war wie heute, und dass man sich daran hält, ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir dürfen dabei ein paar Sachen nicht vergessen. Erstens ist doch der Sanierungspfad, den wir als Land in den letzten Jahren beschritten haben, nur durch die Schuldenbremse möglich geworden. Das war eine klare Auflage, die dafür gesorgt hat, dass wir Sanierungshilfen bekommen haben. 2009 haben im Bundesrat drei Länder gegen die Schuldenbremse gestimmt. Interessanterweise haben nachher zwei dieser drei Länder Sanierungshilfen bekommen. Ich muss ehrlich sagen, ich bin stolz, dass das Saarland nicht zu den Ländern gehört hat, die auf der einen Seite dagegen gestimmt haben, aber auf der anderen Seite dann gern das Geld genommen haben. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Das wollen wir hier so nicht umsetzen.

(Beifall bei der CDU-Fraktion.)

Ich gehe gern auf die Kritik an der Schuldenbremse ein, auch auf das, was Sie genannt haben, Herr Kollege Flackus. Ich möchte zwei ganz große Punkte herausgreifen. Das eine - das hört man immer wieder - ist, dass die Politik angeblich keine Politik im Sinne des Volkes macht. Es wird dann gesagt, die Schuldenbremse ist nicht das, was die Leute eigentlich wollen. Die Politik betreibt so ein intellektuelles Thema, welches sie selbst beschäftigt. - Das ist aber nicht der Fall, davon bin ich überzeugt.

Man kann mal schauen, welche demokratischen und nicht demokratischen Länder die Schuldenbremse eingezogen haben. Sie, Herr Flackus, haben ja einige zitiert. Das erste Land war interessanterweise ein kleines, demokratisches Land, die Schweiz. Die Schweiz hat in einer direkten Volksabstimmung als Erstes die Schuldenbremse eingezogen. 85 Prozent der Bevölkerung haben für die Schuldenbremse gestimmt. Auch andere Bundesländer, die plebiszitär darüber abstimmen lassen haben, weil es ihre Verfassung gebietet, haben die Schuldenbremse eingeführt. Das ist zum Beispiel Hessen, wo 71 Prozent der Bevölkerung für die Schuldenbremse gestimmt haben, weil die Leute doch viel genauer wissen, was gut für sie und ihre Kinder ist. Es ist eben nicht gut, seinen Kindern Berge von Schulden zu hinterlassen. Das wollen wir nicht und deswegen werden wir die Schuldenbremse auch bei uns einführen.

(Beifall bei der CDU-Fraktion.)

Der andere Punkt, den Sie genannt haben, sind die wirtschaftlichen Aspekte, die gegen die Schuldenspirale sprechen und die man beachten muss. Das eine, was absolut zu beachten ist, ist das Thema einer Schuldenspirale, in die man gerät. Man hat irgendwann keine Handlungsmöglichkeiten mehr, um auf eine zu hohe Verschuldung zu reagieren, weil zum Beispiel die Zinsen weggaloppieren können. Es gibt zwei Elemente. Das eine ist die technische Vergeblichkeitsfalle, in die man gerät. Das bedeutet, dass es faktisch nicht mehr notwendig oder möglich ist.

(Abg. Thielen (CDU))

Aber was ich für viel gefährlicher halte, ist die psychologische Vergeblichkeitsfalle, in die wir als Politiker dann hineingeraten. Es ist ein Problem zu sagen, dass wir sowieso so verschuldet sind und es deshalb auf das Bisschen nicht mehr ankommt. Das habe ich alles schon in Gemeinderäten erlebt und ich kann nur sagen, wenn wir jetzt eine gute Zeit haben, dann müssen wir genau deshalb die richtigen Leitplanken ziehen. Das machen wir hier und heute, indem wir den ersten Schritt gehen, um dieses Gesetz in die weitere parlamentarische Beratung einzubringen.

Ein weiteres wichtiges Element haben Sie auch angesprochen. Sie sagten, wenn es keine Investitionen gibt, leidet die wirtschaftliche Entwicklung darunter. Das ist vielleicht richtig, aber man muss auch sagen, dass zum Beispiel genaue Berechnungen von Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart vorliegen, die klar dargelegt haben, dass es eine Obergrenze gibt, ab der man wirtschaftlich keinen Erfolg mehr hat, wenn man diese überschreitet. Die liegt bei 80 bis 90 Prozent. Wir sind zum Glück weit davon weg. Dennoch ist es so, dass eine zu hohe Überschuldung auch zu wirtschaftlichen Problemen führen kann.

Herr Flackus, Sie haben es angesprochen: Der Staat ist ein Marktteilnehmer. Deswegen müssen wir vorbereitet sein, dass der Staat antizyklisch eingreifen kann, wenn Industrie, Unternehmen und die Bevölkerung nicht mehr so auf den Markt zugreifen. Das ist der Grund, warum wir uns jetzt beschränken müssen. Wir müssen uns in den Zeiten, in denen es gut läuft, an die Schuldenbremse halten, weil wir dadurch Möglichkeiten haben, danach wieder zu agieren. Ich glaube, im Endeffekt geht es nicht um die Frage, ob man eine Schuldenbremse hat oder nicht, sondern darum, wie man sie umsetzt.

Ich bin überzeugt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Die Schuldenbremse, so wie wir sie im Saarland einführen, ist kein starres Instrument. Sie ist flexibel und wird unseren Anforderungen durchaus gerecht werden. Gerade die beiden größten Gefahren, die wir jetzt im Haushalt sehen, werden mehr als genug mit bedacht. Das eine ist das Thema Konjunktur, weswegen wir ja die Konjunkturausgleichsrücklage schaffen. Das ist doch der Weg in die antizyklische Politik, die wir machen wollen! Das ist doch die Politik, die seit 50 Jahren in Deutschland festgeschrieben wird, aber nie so umgesetzt wurde, wie es das Stabilitätsgesetz vorsieht. Das andere ist die Zinsausgleichsrücklage, die ein wichtiges Element ist. Hier, denke ich, sind wir auf einem noch weiteren Weg. Wenn die Konjunkturrücklage das Netz ist, dann ist die Zinsausgleichsrücklage der doppelte Boden, wenn es den seltenen Fall einer Stagflation gibt, wenn wir höhere Zinseinnahmen nicht mehr mit gleichzeitiger höherer Wirtschaftskraft kompensieren können. Das ist im höch-

sten Maße verantwortungsvolle Politik, meine Damen und Herren, und dazu stehen wir auch.

(Beifall bei der CDU-Fraktion.)

Was bleibt hier noch festzuhalten? Ich habe ein kleines Problem mit dem Wort „Schuldenbremse“, weil es sich anhört, als würde die Politik hier gelähmt werden. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass es ein Missverständnis ist, das das Wort nahelegt, an dem man aber nicht festhalten sollte, weil die Schuldenbremse die Politik eben nicht lähmt, sondern dass sie uns, ganz im Gegenteil, beflügelt. Sie gibt uns klare Leitlinien und stellt uns die wichtigen Fragen. Welche Aufgaben sind es denn wirklich, die der Staat notwendigerweise selbst machen muss und welche werden vom Markt gemacht? Welche Ausgaben, die wir tätigen, tun am meisten für das Gemeinwohl und - da bin ich wieder am Anfang - welche müssen wir gegebenenfalls gegenüber unserer Klientel zurückstellen? Die dritte, ganz wichtige Frage: Welche Ausgaben sind es denn, die im Endeffekt am besten für die Zukunft sind? Diese Fragen müssen wir uns stellen. Das mag dann in Teilen auch neoliberal sein, wenn wir die Frage stellen: Staat oder Markt - was ist der richtige Weg? Dazu stehe ich aber und lasse mich auch gerne in diese Richtung beschimpfen, weil es einfach die wichtigen Fragen sind, die man sich hier stellen muss.

Es bleibt festzuhalten, dass das hier vorliegende Gesetz für mich eine entscheidende Grundlage für solide und stabile Staatsfinanzen im Saarland ist. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen und insbesondere auch um eine weitere positive Begleitung dieses Gesetzes. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU-Fraktion.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe für die AfD-Landtagsfraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist von meinen Vordnern ausführlich über das Für und Wider der Schuldenbremse geredet worden, aber Tatsache ist ja wohl, dass die Schuldenbremse grundgesetzlich festgelegt worden ist. Das heißt, es geht heute gar nicht darum. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es heute nur darum, dass wir als Saarland von unserem Recht und unseren Möglichkeiten Gebrauch machen, die doch sehr strengen Bestimmungen der grundgesetzlichen Regelung etwas abzumildern und abzufedern. Dagegen kann man im Grunde überhaupt nicht sein, denn das ist ja eine Mög-

(Abg. Dörr (AfD))

lichkeit für uns selbst, wieder zu Handelnden zu werden. Die aufgeführten Gelegenheiten, bei denen das geschieht, sind auch einleuchtend. Gut ist auch geregelt, dass man zuvor eine Rücklage bilden muss.

Insgesamt erscheint das also doch als ein ordentliches Konzept. Hinzu kommt, dass wir im Ausschuss die Gelegenheit haben werden, über die Feinheiten zu reden. Ich denke, dass wir letztlich zu einem guten Ergebnis kommen werden. Aus diesem Grunde wird die AfD-Fraktion dieser Gesetzesvorlage zustimmen.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender. - Für die SPD-Landtagsfraktion rufe ich nun Frau Kollegin Elke Eder-Hippler auf.

**Abg. Eder-Hippler (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, tatsächlich stellt sich heute nicht die Frage, ob man die Schuldenbremse liebt oder sie hasst. Die Frage lautet vielmehr, wie wir in Zukunft mit der Schuldenbremse umgehen können. Denn Artikel 109 GG besagt nun einmal, dass ab dem Jahr 2020 die Länder ihre Haushalte nicht mehr durch Einnahmen aus Krediten ausgleichen dürfen. Machen wir also heute gar nichts, haben wir es auch in der Zukunft ganz einfach: Dann dürfen wir nämlich künftig auch gar nichts mehr machen. Dann dürfen wir keinerlei Schulden machen, gleichgültig, welche Situation sich in der Wirtschaft oder auch in der Umwelt ergibt. Der Fall der Naturkatastrophen wurde schon erwähnt; wir würden ihnen hilflos gegenüberstehen, weil wir eben keine Schulden machen dürften. Alleine schon dieser Fall stellt, so finde ich, Grund genug dar, diesem Gesetz zuzustimmen.

Details dazu werden wir sicherlich im Ausschuss beraten können. Da gibt es ja einen ganz interessanten Ansatz: In Baden-Württemberg, Herr Kollege Flackus, definiert man Investitionen als Tilgungsleistung. Das kommt Ihnen vielleicht entgegen.

Ich habe allerdings ein Problem mit Ihrer Aussage bezüglich der Streichung dieses Satzes, wonach Kredite in Höhe der Investitionen aufgenommen werden dürfen. Gewiss, wir könnten diesen Satz auch im Text stehen lassen, er nützt uns aber nichts. Denn dieser Satz gilt einfach nicht mehr. Das Grundgesetz hat Vorrang vor unserer saarländischen Verfassung. Selbst wenn also der Satz enthalten wäre, dass wir Schulden in Höhe der Investitionen aufnehmen dürfen, so würde dieser Satz nicht mehr gelten, weil er einen glatten Verstoß gegen Artikel 109 GG darstellen würde. Das Grundgesetz gilt nun einmal auch im und für das Saarland.

Lassen wir es also dabei. Wir sollten diesen Gesetzesvorschlag, so wie er vorgelegt ist, annehmen und in den Ausschuss weiterleiten, wo wir gerne heiße Diskussionen über den Entwurf führen können. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/653. Ich weise darauf hin, dass in dem Gesetzentwurf eine Änderung der Verfassung des Saarlandes enthalten ist, daher gilt gemäß Artikel 101 der Verfassung des Saarlandes das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit. Wer für die Annahme des Gesetzes Drucksache 16/653 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/653 in Erster Lesung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen der CDU, der SPD und der AfD, enthalten hat sich die Landtagsfraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### **Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Saar (Drucksache 16/656)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort.

**Ministerpräsident Hans:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Hochschulen bilden gemeinsam mit den in ihrem Umfeld angesiedelten hochrangigen Forschungseinrichtungen den leistungsstarken Motor für den Wissenschafts- und Innovationsstandort hier an der Saar. Die Triebfeder für erstklassige Forschung ist hierbei der dynamische Austausch unter den Wissenschaftlern über institutionelle Grenzen hinweg.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass Hochschulen und außerschulische Forschungseinrichtungen mit möglichst geringen Reibungsverlusten Kooperationsmodelle realisieren können, die den gegenseitigen wissenschaftlichen Transfer fördern. Mit diesem Artikelgesetz sollen einzelne dienst- und hochschulrechtli-

**(Ministerpräsident Hans)**

che Vorschriften so ausgestaltet werden, dass ein möglichst umfangreiches, flexibel einsetzbares Instrumentarium zur Verfügung steht, um gemeinsame Berufungen zu erleichtern, den Personalaustausch zu fördern und wissenschaftliche Karrieren abzusichern.

Auf dieser Basis können den besten Forschern attraktive Beschäftigungsverhältnisse am Wissenschaftsstandort Saar geboten werden. Eine solche personalrechtliche Flexibilität ist übrigens auch im Hinblick auf den ausstehenden Ausbau des CISPA Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit von besonderer Bedeutung: Wenn wir mehr als 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hier am Standort brauchen, müssen wir auch die für sie geeigneten Bedingungen schaffen.

Ein Baustein zur Förderung des Personalaustauschs besteht darin, dass im Besoldungsgesetz künftig eindeutig geregelt werden soll, dass einem Wissenschaftler, der von seiner Hochschule beurlaubt wird, um an einer staatlichen oder an einer staatlich geförderten Forschungseinrichtung tätig zu werden, die Zeiten an dieser Forschungseinrichtung für sein künftiges Ruhegehalt angerechnet werden. Dies gilt, sofern von der Einrichtung ein entsprechender Versorgungszuschlag entrichtet wurde.

Flankierend zu gemeinsamen Berufungen soll eine spezifische Beurlaubungsregelung in das Saarländische Hochschulgesetz aufgenommen werden, die auch längerfristige Kooperationen rechtlich absichert. Um die Expertise von Hochschullehrern, die für eine Tätigkeit an einem angegliederten Forschungsinstitut beurlaubt wurden, in den Gremien zur Selbstverwaltung der Hochschule weiterhin nutzen zu können, sollen sie qua Gesetz Mitglieder der Hochschule bleiben.

Für konkret definierte Anforderungsprofile soll die sogenannte Bewährungsprofessur, das Tenure-Track-Modell, Eingang in das saarländische Hochschulrecht finden. Sie hat sich als Modellprojekt bei der TU München bereits bewährt. Dieses neue, forschungsorientierte Personalinstrument, das vielversprechenden jungen Wissenschaftlern bei entsprechender Bewährung den Übergang von einer B 2- auf eine B 3-Professur zusagt und ihnen damit frühzeitig aussichtsreiche Karriereperspektiven eröffnet, soll wesentlich zur Profilschärfung und strategischen Weiterentwicklung der Universität des Saarlandes beitragen.

Um die dienst- und hochschulrechtlichen Rahmenbedingungen für unsere Wissenschaftler weiter optimieren zu können, bitte ich, dem Gesetzentwurf in Erster Lesung heute zuzustimmen und ihn in den zuständigen Ausschuss zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Technologie zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Regierung, Drucksache 16/656. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/656 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Technologie ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/656 in Erster Lesung mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Modernisierung des Saarländischen Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung (SUVPMoDG) (Drucksache 16/682)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Reinhold Jost das Wort.

**Minister Jost:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf dient in erster Linie der Anpassung des Landesrechts an die Vorgaben der UVP-Änderungsrichtlinie 2014/52/EU. Hierzu sind Änderungen im Saarländischen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und in der dazugehörigen Verordnung über Zuständigkeiten und Aufgaben auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeitsprüfung nötig. Im Wesentlichen redaktionelle Folgeänderungen ergeben sich in weiteren Landesgesetzen, nämlich dem Saarländischen Umweltinformationsgesetz, der Landesbauordnung, dem Saarländischen Landesplanungsgesetz, dem Saarländischen Wassergesetz, dem Landeswaldgesetz, dem Saarländischen Naturschutzgesetz und dem Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Saarland.

Was ist die Umweltverträglichkeitsprüfung beziehungsweise die strategische Umweltprüfung? Die UVP-Richtlinie 2011/92/EU ist im deutschen Recht umgesetzt als unselbstständiger Teil verwaltungsbehördlicher Verfahren, die der Entscheidung über die im jeweiligen Fachrecht, zum Beispiel im Bundesimmissionsschutzgesetz, geregelte Zulässigkeit von Vorhaben, also einzelnen Projekten bestimmten Umfangs wie etwa dem Bau eines Flughafens oder der Errichtung einer Industrieanlage oder dem Bau einer Fernstraße, dienen. Es sollen dabei die mögli-

(Minister Jost)

chen Umweltauswirkungen des geplanten Vorhabens und möglicher Alternativen ermittelt und bewertet werden, damit die so gewonnenen Erkenntnisse in die Entscheidungsfindung über die Zulässigkeit des Vorhabens einfließen können.

Bei den untersuchten Umweltauswirkungen handelt es sich um mögliche Beeinträchtigungen folgender Schutzgüter des § 2 Abs. 1 des Bundes-UVPG: erstens Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit, zweitens Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, drittens Flächen, Böden, Wasser - Oberflächengewässer und Grundwasser -, Luft, Klima und Landschaft, viertens kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie fünftens die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Die ebenfalls im Bundes-UVPG geregelte Strategische Umweltprüfung - SUP - hat ihre europarechtliche Grundlage in der SUP-Richtlinie 2001/42/EG. Die SUP ist ein Verfahren, mit dem die Umweltaspekte bei strategischen Planungen und dem Entwurf von Programmen untersucht werden.

Hierbei geht es auch um die positiven Wirkungen der Umweltverträglichkeitsprüfung. Die UVP wirkt sich, wie eine 2008 durchgeführte Evaluation des Bundesgesetzes bestätigt hat, nicht nur positiv auf die Qualität der Zulassungsverfahren aus, sondern trägt im Ergebnis auch dazu bei, dass Umweltbelange in stärkerem Maße bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Dies liegt unter anderem daran, dass die Zusammenstellung und Aufbereitung der Entscheidungsgrundlage in Verfahren mit UVP transparenter, systematischer und strukturierter erfolgt als in Verfahren ohne UVP.

Die Frage, die sich anschließt, ist: Warum haben wir ein eigenes Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz? Da die Zulassung der Vorhaben der Anhänge I und II der UVP-Richtlinie entsprechend der Kompetenzordnung des Grundgesetzes sowohl - in der Mehrzahl der Fälle - im Bundesrecht als auch - in geringerer Zahl - landesrechtlich geregelt ist, sind sowohl der Bund als auch die Länder berufen, die Vorgaben der UVP-Richtlinie jeweils eigenständig gesetzlich zu regeln. Entsprechendes gilt für die Pläne des Artikels 3 der SUP-Richtlinie.

Dabei stellt sich die Frage: Was bedeutet die Modernisierung des UVP-Rechts inhaltlich? Änderungen des UVPG sind unter anderem notwendig bei den Bestimmungen über die Durchführung der UVP-Vorprüfung und der UVP selbst, insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung des Flächenschutzes, des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, der Energieeffizienz und von Unfall- und Katastrophenrisiken. Neue und detailliertere Vorgaben, die der Umsetzung in das deutsche Recht bedürfen, enthält die UVP-Änderungsrichtlinie ferner für die Erstellung des UVP-Berichts und für die Durchführung der Öff-

entlichkeitsbeteiligung. Zur Information der Öffentlichkeit werden nach neuem Recht verstärkt elektronische Instrumente eingesetzt und es wurden hierzu bereits zentrale Internetportale des Bundes und der Länder - das sogenannte UVP-Portal, im Saarland beim Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung angesiedelt - eingerichtet. Damit wird die Transparenz der UVP erhöht und die Transparenz der Verwaltungsverfahren, deren integraler Bestandteil die UVP ist, sichergestellt.

Das erste Verfahren, das im UVP-Portal vorgestellt wurde, ist der von der RAG beantragte Grubenwasseranstieg. Es wird beim Oberbergamt unter dem Titel „Bergrechtliche Planfeststellungsverfahren mit UVP zum Heben und Einleiten von Grubenwasser am Standort Duhamel in die Saar als Folge des Ansteigenlassens des Grubenwasserspiegels auf -320 m NN in den Wasserprovinzen Reden und Duhamel" geführt. Genau zur richtigen Zeit konnte auf neuer rechtlicher Grundlage die für dieses Zulassungsverfahren angemessene, vielfach geforderte Transparenz im Sinne einer verbesserten Öffentlichkeitsbeteiligung geschaffen werden.

Die erforderlichen Anpassungen des UVP-Rechts wurden - wie schon bisher - ganz überwiegend im Bundesrecht vorgenommen. Die betreffenden Änderungen des Bundes-UVPG aufgrund des UVP-Modernisierungsgesetzes vom 20. Juli 2017 sind inzwischen in Kraft getreten. Auf dessen Bestimmungen soll im Saarländischen UVPG für seinen Anwendungsbereich - eine begrenzte Anzahl von Zulassungsverfahren und Plänen nach Landesrecht - künftig noch umfassender als bisher dynamisch verwiesen werden. Dies wird künftig den landesgesetzgeberischen Aufwand in Folge von Richtlinienänderungen und europäischer Rechtsprechung begrenzen und ist mit Blick auf die europarechtliche Verpflichtung des Landesgesetzgebers, den Umsetzungen im Bundes-UVPG inhaltlich zu folgen, nicht nur unbedenklich, sondern löst darüber hinaus unser Problem, bei Ausschöpfung der Umsetzungsfristen durch den Bund diese regelmäßig selbst nur unter Schwierigkeiten einhalten zu können. Den Anwendern wird zudem künftig der nahezu vollständige Gleichklang der Regelungen in Bund und Land den Vollzug erleichtern.

Zwar gehen wir beim Vollzugaufwand zusammen mit dem Bund davon aus, dass sich EU-rechtlich zwingender Mehraufwand und Vereinfachungen des UVP-Rechts die Waage halten werden. Ob aber der bestehende Gebührenrahmen künftig noch einen hinreichenden Kostendeckungsgrad gewährleistet, werden wir natürlich im Auge behalten. Das sind wir, denke ich, der Mittelbewirtschaftung unseres Landes schuldig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf in Erster Lesung zuzustim-

(Minister Jost)

men und die Überweisung in den zuständigen Ausschuss zu beschließen. Dort können und werden wir natürlich gerne weitere inhaltliche Fragen noch tiefer gehend, als das jetzt in der Ersten Lesung möglich ist, behandeln. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke dem Herrn Minister. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Regierung Drucksache 16/682. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den zuständigen Ausschuss ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE bei Enthaltung der AfD-Landtagsfraktion mehrheitlich angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gesetzesänderung zur Neugliederung der Landkreise im Saarland (Drucksache 16/694)**

Zur Begründung des Antrages erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der AfD, Herrn Josef Dörr, das Wort. - Der ist im Augenblick aber nicht zugegen.

(Zurufe von den Regierungsfractionen: Dann sollten wir den Punkt absetzen. - Dann muss jemand anders den Antrag begründen. Dazu ist aber offensichtlich keiner in der Lage. - Ziehen Sie den Punkt zurück!)

Herr Kollege Hecker bitte.

**Abg. Hecker (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich muss mich für diesen Vorfall entschuldigen. Ich kann Ihnen im Moment nicht sagen, wo der Fraktionsvorsitzende ist. Ich weiß im Moment auch nicht, wie wir gemäß Geschäftsordnung damit umgehen können.

(Mehrere Zurufe von den Regierungsfractionen. - Abg. Pauluhn (SPD): Begründen Sie den Antrag doch einfach. Oder sind Sie nicht dafür, die Landkreise neu zu ordnen?)

Lieber Herr Pauluhn, selbstverständlich ist das ein Thema, das wir schon länger in unseren Wahlpro-

grammen, in unseren Landesprogrammen haben. Aber das ist nicht das Thema, auf das ich mich vorbereitet habe, sondern der Fraktionsvorsitzende hat sich darauf vorbereitet. Offensichtlich hat er nicht damit gerechnet, dass wir im Zeitablauf so schnell zu dem Thema kommen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wo er momentan ist. Deswegen will ich jetzt auch nicht zu viel reden, weil ich davon ausgehe, dass er jeden Moment kommt. Ich würde die Kollegen bitten, ihre Redebeiträge zu dem Antrag zu leisten. - Vielen Dank.

(Anhaltendes Sprechen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Tagesordnungspunkt ist aufgerufen. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen vor. Ich rufe Herrn Kollege Raphael Schäfer für die CDU-Landtagsfraktion auf.

(Abg. Schäfer (CDU): Ich ziehe diese zurück. - Sprechen und Unruhe.)

Sie ziehen die Wortmeldung zurück.

(Zurufe. - Abg. Dr. Jung (SPD): Ich ziehe die auch zurück.)

Sie ziehen die auch zurück. Es liegt noch eine Wortmeldung vom Kollegen Georgi vor.

(Abg. Georgi (DIE LINKE): Wird auch zurückgezogen.)

Die Wortmeldung des Kollegen Georgi wird auch zurückgezogen.

(Zurufe: Abstimmung!)

Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung zunächst über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/694. Wer für die Annahme der Drucksache 16/694 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Drucksache 16/694 abgelehnt ist. Dagegen gestimmt haben die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die DIE LINKE-Landtagsfraktion, zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion.

(Abg. Dörr (AfD) betritt den Plenarsaal. - Sprechen und Unruhe. - Abg. Dörr (AfD): Ich war als Fraktionsvorsitzender der AfD unten bei der französischen Delegation. - Zurufe: Zu spät!)

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Dörr, wir haben gerade eben über den Tagesordnungspunkt abgestimmt. Wir haben ein eindeutiges Ergebnis, damit ist der Tagesordnungspunkt abgehandelt.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

(Vizepräsident Heinrich)

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Schulträgerschaft (Drucksache 16/693)**

Zur Begründung des Antrages erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz. Die Schulträgerschaft ist eine wichtige Sache, aber sie ist nicht in Granit gemeißelt. Wir hatten schon verschiedene Schulträgerschaften im Saarland. Ich nenne als Beispiel das Theodor-Heuss-Gymnasium in Sulzbach, es war schon staatliches Gymnasium, städtisches Gymnasium und ist jetzt Gymnasium des Regionalverbandes.

Ich bin persönlich der Meinung, dass die Schulträgerschaft dorthin gehört, wo die Schule steht, um möglichen oder schwierigen bürokratischen Entscheidungen zu begegnen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Vor kurzem ist am Rathaus in Sulzbach ein Parkplatz angelegt worden. Der Bauausschuss des Regionalverbands musste hin, weil der Schule, die dem Regionalverband unterstellt ist, dort ein paar Quadratmeter gehören. Das ist überflüssig. Wäre die Schulträgerschaft bei der Stadt Sulzbach gewesen, dann hätte der Stadtrat von Sulzbach das regeln können. Das war so nicht der Fall.

Ich denke, insgesamt ist das eine schlechte Lösung, dass die Landkreise oder der Regionalverband Schulträger von fast allen Schulen außer den Grundschulen sind. Für die Stadt Saarbrücken ergibt sich das Kuriosum, dass so eine große Stadt, die Landeshauptstadt und Universitätsstadt ist, nur für ihre Grundschulen zuständig ist. Sie ist nicht für die Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Förderschulen und so weiter zuständig. Ich denke, das ist nicht in Ordnung.

Zur Zeit des Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine hat der Wissenschaftsminister Breitenbach das auch schon vorgehabt und hat es den Bürgermeistern vorgeschlagen. Wie er mir berichtet hat, war man nicht verantwortungsfreudig genug, um den Vorschlag anzunehmen, deshalb ist die Sache damals nicht durchgeführt worden. Ich denke, das ist eine gute Sache und bitte Sie, dem zuzustimmen.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Frank Wagner.

**Abg. Wagner (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag der AfD-Landtagsfraktion geht es um eine Änderung des Schulwesens. Es geht erneut um die Änderung der Schulträgerschaft. Zu diesem Thema - genau zu diesem Thema - gab es bereits am 08. März 2018 eine Aussprache und auch eine Abstimmung. Dieser Antrag zielt erneut darauf ab, dass die Gemeinden die Schulträgerschaft der Gemeinschaftsschulen und der Gymnasien übernehmen. Dies soll wohl aber nicht für die in Trägerschaft der Landkreise oder des Landes befindlichen beruflichen Schulen und Förderschulen gelten. Ich habe mich gestern wirklich intensiv mit Ihrem Antrag beschäftigt, mir auch das entsprechende Gesetz angeschaut und dabei festgestellt, dass nicht auf die beruflichen Schulen und auch nicht auf die Förderschulen eingegangen wird. Von daher wurde hier leider wieder nicht ordentlich gearbeitet. Ich kann auch nicht genau nachvollziehen, was mit dieser Änderung genau vonstattengehen soll.

(Abg. Thul (SPD): Was will uns der Autor damit sagen?)

Ein konkreter Umformulierungsvorschlag für bestimmte gesetzliche Vorschriften wird nicht vorgelegt. Es wird lediglich Bezug genommen auf die Paragraphen 37 ff. Schulordnungsgesetz. Erneut hat man das Vorhaben nicht konkretisiert. Wichtig ist es mir heute aber, auf die aktuelle Diskussion im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit einzugehen, weil sich auch hier Chancen und Möglichkeiten ergeben. Im Bildungsbereich lohnt es sich, über neue Lösungen und Wege nachzudenken. Es gibt mit Sicherheit die eine oder andere Stellschraube, an der sich zu drehen lohnt. Dies sollte aber in Ruhe und auch mit der nötigen Weitsicht geschehen. Die bisherige Struktur der Schulträgerschaft hat sich in den vergangenen Jahren bewährt.

Im Anschluss an die Diskussion, die wir im vergangenen Jahr hier hatten, hat sich das Innenministerium umfangreich mit der Frage der Zulässigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Schulträgerschaft befasst. Im Schulordnungsgesetz ist unter § 39 auch die Gründung eines Schulverbandes geregelt. Ich zitiere den Absatz 1: „Gemeinden und Gemeindeverbände können im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen als Schulträger obliegenden Aufgaben Schulverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.“ - Ein solcher Zweckverband wäre wohl rechtlich auf freiwilliger Basis für das ganze Saarland möglich. Eine solche Kooperation könnte die äußeren Schulangelegenheiten betreffen, wie beispielsweise den Hausmeisterdienst, das Sekretariat, den Reinigungsdienst, aber auch gemeinsam organisierte Baumaßnahmen verbessern

(Abg. Wagner (CDU))

und Synergieeffekte erzielen. Von daher lohnt es sich, sich das mal genauer anzuschauen.

Allerdings möchte die AfD-Fraktion mit dem heutigen Antrag die Trägerschaft der Schulen im Schwerpunkt an die Kommunen verlagern, das haben Sie sehr genau an einigen Beispielen dargestellt. An dieser Stelle wäre es sinnvoll gewesen, sich einen genauen Überblick über die Schulen und deren Aufgaben vor Ort zu verschaffen, was alles damit verbunden ist, mal vor Ort hinzugehen und wirklich mit der Schulverwaltung und dem übrigen Personal in den Austausch zu gehen und sich genau darstellen zu lassen, was das bedeuten würde. Mit Ihrem Vorstoß zur Änderung der Schulträgerschaften steuern Sie in eine völlig falsche Richtung. Bei genauerem Hinsehen und einer zielgerichteten Recherche hätten Sie schnell bemerkt, dass Ihr Vorhaben zum Scheitern verurteilt ist.

Zum Ist-Stand: 1996 hat die Schulträgerschaft im Bereich der weiterführenden Schulen und der Förderschulen G und L auf Wunsch der kommunalen Seite eine neue Regelung erfahren. Die Kommunen sind für die Grundschulen zuständig und die Landkreise für die Gymnasien, die Gemeinschaftsschulen, die beruflichen Schulen, aber auch die Förderschulen in den Sonderschwerpunkten geistige Entwicklung und Lernen. Jetzt darüber nachzudenken, das Rad vollkommen zurückzudrehen, ist kontraproduktiv.

Wie auch im letzten Jahr möchte ich das Ganze kurz am Beispiel der Kommune Wadern darstellen. Wadern besteht aus 14 Stadtteilen mit insgesamt 16.000 Einwohnern. Dort gibt es drei Grundschulen, eine Gemeinschaftsschule, ein Gymnasium, eine berufliche Schule und auch eine Förderschule. Hinweis von mir: Gerade im Bereich der Grundschulen gibt es dort Probleme. Es herrscht ein großer Sanierungsstau und es muss investiert werden. Die Kommune ist mit den Gremien im Austausch, auch mit den zuständigen Ministerien, um dort Verbesserungen zu erzielen. In dieser Zeit einer solchen Kommune noch zuzumuten, das Gymnasium und auch die Gemeinschaftsschule in Trägerschaft zu übernehmen, wäre unverantwortlich.

Zur Regelung im Bereich der beruflichen Schulen und auch der Förderschule erfahre ich aus Ihrem Abänderungsantrag eigentlich gar nichts. Eben haben Sie im Prinzip wieder genau das Gleiche gesagt, was im letzten Jahr schon dargestellt wurde. Da hätte ich zumindest erwartet, eben weil es im letzten Jahr debattiert wurde, dass Sie sich im Nachgang einmal genau überlegen, wie es im Detail aussehen könnte, und dann die entsprechenden Passagen in Ihrem Abänderungsantrag auch genau formulieren und mit Beispielen unterlegen. Das zumindest hätte ich erwartet. Von daher kann ich an dieser Stelle wieder nur sagen, dass das im Prinzip eine

Missachtung des Parlamentes ist und Sie sich nicht an das halten, was wir im vergangenen Jahr intensiv hier besprochen haben.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz darauf eingehen, wie vielfältig die Aufgaben sind und welche Strukturen vorgehalten werden müssen. Dies sind eine umfangreiche Bauabteilung, eine Schulabteilung und natürlich auch andere Bereiche, die in den weiterführenden Schulen sehr wichtig sind, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und so weiter, also Fachbereiche, die wir vor allem bei den Landkreisen finden. Wie ich bereits eben erwähnte, wurde das Schulordnungsgesetz im Jahr 1996 verändert, im Jahr 2012 gab es eine weitere Anpassung. Unter anderem ist die Zusammenarbeit zwischen Land und kommunalen Schulträgern im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft festgeschrieben. Auch die Befugnisse der kommunalen Träger wurden deutlich erweitert. Hier ist man schon mit der Zeit gegangen. Die Schulentwicklungsplanung wird eng miteinander abgestimmt. Es gibt auch die Möglichkeit, Schulen zusammenzulegen.

Gerade im Bereich der weiterführenden Schulen macht hier die mittlere Verwaltungsebene der Landkreise Sinn. Dadurch gibt es in vielen Landkreisen ein breites Portfolio an verschiedenen Schulen der einzelnen Schulformen. Themen wie Klassenmehr- bildung, aber auch der Bereich Ganztags, Nachmittagsbetreuung sind auf dieser Verwaltungsebene ebenfalls deutlich einfacher im Handling. Die Schulträgerschaft der Landkreise erlaubt eine abgestimmte Schulentwicklungsplanung nach Bedarf, jeweils angepasst an die Region und die entsprechenden Schulen. Dadurch werden Doppelungen vermieden und eine möglichst optimale und bedarfsgerechte Versorgung mit allen Schulformen wird gewährleistet.

Des Weiteren hat man die wichtigen Fachbereiche Sozialarbeit, Jugendhilfe, Schulpsychologie und das gesamte Gesundheitswesen unter einem Dach beheimatet. Hier findet schon jetzt eine gute Vernetzung zwischen Schule und den einzelnen Fachbereichen statt. Das wäre auf der kommunalen Ebene sehr schwierig. Wie ich bereits anfangs erwähnte, ist die Verlagerung der Schulträgerschaften auf die kleinste Verwaltungsebene Kommune völlig un- zweckmäßig. Dies wäre ein Rückschritt. Die Überschuldung der Kommunen zwingt sie, Personal einzusparen, interkommunale Zusammenarbeit zu suchen, Doppelstrukturen abzubauen.

Jetzt noch die weiterführenden Schulen zu betreiben, wäre das genaue Gegenteil der Politik der finanziellen Konsolidierung der Kommunen. Wir halten daher an dem bestehenden Gesetz fest und sehen keine Notwendigkeit, dass es hier zu einer neuen Anpassung kommt. Ich hoffe, dass ich Ihnen gerade mit diesen Beispielen klargemacht habe, dass

**(Abg. Wagner (CDU))**

es sich nicht mehr lohnt, jetzt noch ein drittes oder viertes Mal darüber zu diskutieren. Wir lehnen daher den vorliegenden Abänderungsantrag ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich rufe für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Frau Barbara Spaniol auf.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche auch, es wirklich kurz zu machen. Wir hatten im letzten Jahr einen Gesetzentwurf vorliegen, der zum Ziel hatte, dass die Städte und Gemeinden für alle Schulen, Grundschulen ebenso wie die weiterführenden und beruflichen Schulen und Förderschulen, Schulträger werden. Heute haben wir einen Antrag vorliegen, der ein Gesetz ändern soll. Das geht eigentlich überhaupt nicht. Es muss immer ein Gesetzentwurf eingebracht werden, um an der Stelle etwas zu ändern.

Aber man wundert sich, man reibt sich die Augen, weil jetzt plötzlich von der Zielsetzung, wie es sie im letzten Jahr gab, eigentlich nicht mehr die Rede ist. Jetzt heißt es, die Gemeinden, die Gemeindeverbände - das sind nämlich die Städte und die Kreise - sollen jetzt ihre schulischen Angelegenheiten selbst regeln, was immer das konkret bedeuten soll. Das erschließt sich mir nicht. Man hat irgendwie das Gefühl, es gibt jetzt ein Rollback. Vorher sollte noch alles zu den Kommunen kommen, jetzt sind doch wieder die Kreise im Spiel. Irgendwo wird es einem nicht klar, was hier gewollt ist. Dabei ist die Diskussion wichtig, weil es auch schon eine Zeit lang geht. Man muss durchaus darüber diskutieren, wie künftig die Schulträgerschaft ausgestaltet wird. Es wäre auch aus unserer Sicht sinnvoll und wünschenswert, dass es vielleicht eine Lösung aus einem Guss gibt.

Die spannende Frage bleibt aber: Welche Ebene sollte allein die Aufgabe des Schulträgers für alle Schularten übernehmen? Es gibt gute Argumente, dem Land diese Aufgabe zu geben, schließlich ist Bildung Ländersache. Wir haben immer wieder einen Dissens, wenn es auf der einen Seite um das Personal geht und auf der anderen Seite einen gewissen Ausbau, um eine Nachmittagsbetreuung oder eine Gebundene Ganztagschule zu ermöglichen. Da gibt es ein ständiges Hin und Her. Ich würde so etwas befürworten.

Es gibt aber auch Argumente dafür, die Zuständigkeit allein an die Kreise oder allein an die Städte und Gemeinden zu geben. Das ist richtig. Es gibt aber in dieser Frage bekanntlich sehr viele Befindlichkeiten und Begehrlichkeiten auf allen Seiten. Es gibt den Landkreistag, der im letzten Jahr gefordert hat, den Städten und Gemeinden die Trägerschaft der

Grundschulen sozusagen nicht weiter zu überlassen und das auf die Landkreise und den Regionalverband zu verlagern. Auch mein Landrat aus dem Saarpfalz-Kreis hat sich dafür ausgesprochen, dass die Schulträgerschaft komplett an die Kreise geht. Es gibt überall ein Für und Wider. Das muss man in der Debatte fairerweise auch sagen. Es gibt immer gute Argumente für die eine oder die andere Richtung. Es gibt auch den Vorschlag des bisherigen Neunkircher Oberbürgermeisters, dem Land die komplette Trägerschaft über alle allgemeinbildenden Schulen zu geben. Dann kommt noch der Ministerpräsident. Der hat im letzten Jahr gesagt, das müssen wir angehen, wir bilden Zweckverbände von Kommunen und Kreisen, also noch einmal eine neue Facette in der Diskussion. Das zeigt doch ganz klar, wie vielfältig die Argumentation ist und wie vielfältig auch die künftige Ausgestaltung sein könnte. Hier weiß man bei Ihnen wirklich nicht genau, woran man ist, was Sie genau wollen, ob das jetzt mit der Kommunalwahl zusammenhängt. Eigentlich war das Thema im letzten Jahr am Kochen. Es ist auch richtig, dass man dann eine Initiative macht. Aber jetzt sind wir hier mittendrin. Da kann man das nicht so übers Knie brechen.

Es wäre vielleicht auch nicht zielführend, den Städten und Gemeinden sofort zusätzliche Aufgaben zu übergeben, ohne die Finanzierung vorher zu klären, ohne dass ihre finanzielle Situation sich grundlegend verbessert. Wir wissen, wie es den Kommunen geht. Wir sehen hier noch ganz viele ungeklärte Fragen. Die Diskussion ist in Ordnung, aber ich meine, nicht auf diese Art und Weise, zuerst einen Gesetzentwurf mit einer anderen Zielrichtung, dann das Jahr darauf einen Antrag zur Änderung eines Gesetzes. Das lässt wirklich viele Fragen offen, vor allem werden die Antworten heute wohl auch nicht gegeben werden. - Danke schön.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Ich rufe nochmals für die AfD-Landtagsfraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wagner hat mir erklären wollen, welche Aufgaben eine Schule hat. Ich bin ihm sehr dankbar, aber ich habe fast 40 Jahre eine Schule geleitet und habe mit anderen Schulleitern in der täglichen Arbeit zu tun gehabt. Glauben Sie mir, ich weiß ganz genau, was in den Schulen vorgeht. Ich war auch lange genug im Kreistag und in der Regionalversammlung, wo ich praktisch Teil des Trägers war. Ich weiß auch ganz genau, was der Träger machen muss, und ich habe auch alle die Probleme gesehen, die

**(Abg. Dörr (AfD))**

zum Beispiel der Regionalverband Saarbrücken hatte. Als die Gymnasien und die Förderschulen dem Regionalverband zugeschlagen wurden, mussten umfangreiche Verträge mit den Gemeinden abgeschlossen werden, wie viel von der Turnhalle oder der Schwimmhalle oder welchen Teil vom Hausmeister wer bezahlen muss. Das hat sich zum Teil über Jahre hingezogen. Das ist eine sehr komplizierte Sache. Das Einfachste wäre, wenn die Städte und Gemeinden Schulträger wären.

(Abg. Renner (SPD): Das geht aus Ihrem Antrag nicht hervor. Unbelehrbar!)

Das mit den Gemeindeverbänden ist ein Irrtum, das ist einfach aus dem Schulordnungsgesetz zitiert, das hat mit dieser Sache hier dann doch nichts zu tun. Das gebe ich zu. Es geht hier um die Städte und Gemeinden. Sie sollen die Schulträger werden.

(Abg. Renner (SPD): Aha!)

Herr Wagner, Sie haben gesagt, das wäre eine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden. Das stimmt überhaupt nicht.

(Abg. Renner (SPD): Das geht doch so alles nicht!)

Es ist ganz einfach so, dass die Kosten, die dem Landkreis, in diesem Fall Merzig-Wadern oder sonstwem - zum Beispiel dem Regionalverband Saarbrücken - entstehen, auf die Gemeinden umgelegt werden.

(Abg. Wagner (CDU): Aber es geht doch um die Struktur!)

Es kann zum Beispiel so sein, dass im Kreis Merzig-Wadern in Merzig investiert wird. Dann bezahlt Wadern trotzdem, weil es auf die gesamten Städte und Gemeinden umgelegt wird, wobei es gerechter wäre, wenn die Stadt, in der die Schule steht, die Investitionen vornimmt und auch bezahlt. Sie haben natürlich bei Folgendem recht: Sobald eine Änderung der Schulträgerschaft erfolgt, gibt es größere oder kleinere Ungerechtigkeiten. Ich nenne ein Beispiel: In Völklingen wurde vom Regionalverband Saarbrücken ein neues Gebäude hingestellt, das nachher an die Stadt übergeht. Die Stadt hat in den ersten fünf Jahren keine Reparatur zu tätigen. Sonstwo steht aber ein einigermaßen marodes Gebäude. Der Gemeinde oder Stadt fällt nachher die Aufgabe zu, es zu renovieren. Da muss natürlich ein Ausgleich ausgehandelt werden. Das ist aber auch zu machen. Mit anderen Worten: Die Entscheidung und die Trägerschaft gehören nach unserer Auffassung dorthin, woher auch die Schüler kommen. Das ist bei den Städten und Gemeinden besser aufgehoben, denn da kennen sich die Entscheidungsträger besser aus. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen. - Ich rufe für die SPD-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Jürgen Renner auf.

**Abg. Renner (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann es kurz machen. Es ehrt die Abgeordneten Wagner und Spaniol, dass sie in der Sache auf den hier vorgelegten Antrag eingehen. Ich muss aber auch sagen, Herr Dörr, das Schauspiel, das Sie in diesem Landtag bieten, ist des Hauses einfach unwürdig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das war schon beim vorhergehenden Antrag so, bei dessen Behandlung Sie nicht im Saal waren. Ihr Fraktionskollege Hecker hat eine Verlegenheitsbegründung, falls man es so nennen kann, abgegeben. Das ist auch bei diesem Punkt wieder so. Sie stellen sich hin und sagen, wir hatten das schon alles und so weiter. Es ist wie mit dem Wetter: Manchmal scheint die Sonne, manchmal regnet es, es schneit, ist bewölkt, heiß oder sonnig. In dieser Art und Weise verhackstücken Sie die wichtigen Themen dieses Landes. Sie können sich selbst ja zur Lachnummer machen, das ist Ihnen unbenommen. Es ist Ihnen auch unbenommen, hier Unsinn zu beantragen, aber Sie sollten nicht das Haus insgesamt zur Lachnummer machen. Dagegen verwahre ich mich in der Tat.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Schulträgerschaft ist bereits am 21. März besprochen worden. Damals war das Thema im Plenum. Sie haben damals schon beantragt, dass die Trägerschaft für die Schulformen an die Gemeinden gehen soll. Jetzt haben Sie einen Antrag vorgelegt, in dem Sie schreiben, die Gemeinden, Gemeindeverbände sowie die Städte sollten die Schulträger für die Grundschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sein. Eben in der Begründung sagen Sie wieder etwas anderes. Sie müssen sich einmal überlegen, ob Sie das, was Sie denken, auch konsequent zu Papier bringen. Ihr Vortrag jedenfalls war nicht konsistent. In der Sache selbst verweise ich auf das Protokoll der 13. Sitzung des Landtages vom 21. März 2018. Damals haben wir ausführlich darüber diskutiert. Dem ist nichts hinzuzufügen. - Ich bitte darum, den Antrag abzulehnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/693. Wer für

(Vizepräsident Heinrich)

die Annahme der Drucksache 16/693 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/693 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Abgelehnt haben die Koalitionsfraktionen und die Landtagsfraktion DIE LINKE. Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Auf- und Ausbau eines Sonderschulsystems für sonderbegabte Kinder analog dem Fördersystem für behinderte Kinder (Drucksache 16/632)**

Zur Begründung des Antrages der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich anfangen möchte, möchte ich doch noch ein Wort zu Herrn Renner sagen. Herr Renner, Sie fallen hier grundsätzlich auf, indem Sie persönlich sind und indem Sie persönlich Leute diffamieren.

(Abg. Renner (SPD): Ich diffamiere nicht!)

Sie sagen zum Beispiel, ich könnte zu einer Lachnummer werden, aber in meinen Augen sind Sie das schon, und zwar schon länger. Sie würden sich besser einmal etwas zurückhalten.

(Abg. Renner (SPD): Nein! Von Ihnen nehme ich keine Weisungen und schon gar keine Zurechtweisungen an! - Weitere Zurufe von der SPD. - Unruhe.)

Was meine Abwesenheit betrifft - -

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Dörr, sprechen Sie doch bitte zu dem Tagesordnungspunkt, der aufgerufen ist.

**Abg. Dörr (AfD):**

Meine Abwesenheit eben ist ganz einfach dadurch begründet, dass wir Gäste im Hause haben und ich der Vertreter der AfD in diesem Ausschuss bin.

(Erneute Zurufe von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Dörr! Beziehen Sie sich in Ihren Ausführungen jetzt bitte auf den aufgerufenen Tagesordnungspunkt!

(Abg. Renner (SPD): Unmöglich!)

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident, ich bitte dann auch darum, bei allen anderen Rednern darauf zu achten, dass sie immer genau beim Tagesordnungspunkt sind.

(Sprechen bei den Regierungsfractionen.)

Wir beantragen, dass genauso, wie es ein Schulwesen oder ein Förderschulwesen für behinderte Kinder gibt, ein Förderschulwesen für sonderbegabte Kinder eingerichtet werden soll. Wir sagen absichtlich nicht hochbegabte Kinder, denn das ist ein Schlagwort.

(Zuruf des Abgeordneten Thielen (CDU).)

Herr Thielen, wollen Sie weiterreden? - Nein? Also lassen Sie mich zu Ende reden. Ich rede hier normalerweise nicht so lange wie Sie, dann lassen Sie mir die paar Minuten, wenn es geht.

Diese sonderbegabten Kinder sollen natürlich auch besonders gefördert werden. Der Begriff Hochbegabung greift zu kurz. Es gibt viele Sonderbegabungen, nicht nur im kognitiven Bereich, sondern es gibt auch handwerklich, sportlich oder musisch sonderbegabte Kinder. All diesen Kindern müssen wir gerecht werden, was wir im Augenblick noch nicht tun. Es gibt zugegebenermaßen Initiativen wie etwa das Sommercamp oder auch Beratungen und Untersuchungen. Viele Dinge sind schon aufgeführt worden.

(Abg. Renner (SPD): Sie haben keine Ahnung.)

Das alles ersetzt in keiner Weise ein geordnetes Schulsystem, das darauf Wert legt. Wenn im Bereich Sonder- oder Förderschulen für behinderte Kinder ungefähr 5 Prozent der Kinder unterrichtet werden, dann muss das Land auch die Kinder fördern, die später einmal für eine gedeihliche Zukunft unseres Landes sorgen werden, nämlich unsere zukünftigen Führungs- und Spitzenkräfte auch in der Wirtschaft. Das Land muss also auch ein Förderschulwesen schaffen, in dem 5 Prozent als sonderbegabte Kinder unterrichtet werden. Das ist keine einfache Sache. Ich war damals wesentlich am Aufbau des Förderschulwesens für behinderte Kinder beteiligt.

(Abg. Renner (SPD): Oh nein, nicht schon wieder!)

Das hat über Jahrzehnte gedauert, aber jetzt ist dieses Förderschulsystem da und funktioniert sehr gut. Es ist für die Kinder ein Segen. Wie gesagt, wir brauchen das auch für sonderbegabte Kinder. Da die Aufgaben sehr vielfältig und groß sind, muss man unbedingt damit anfangen. Man könnte damit beginnen festzustellen, welche Eltern von welchen Kindern an einer solchen Schule interessiert wären und welche Kinder fähig wären, eine solche Schule zu besuchen. Da müssen natürlich die Schulen, die wir haben, und auch die Eltern helfen. Das wäre ein

(Abg. Dörr (AfD))

Anfang. Es wäre festzustellen, welche Lehrer bereit sind, eine besondere Ausbildung zu machen, um diesen Kindern helfen zu können.

Das wird natürlich nicht ohne Geld gehen. Aber wir haben selbst beschlossen, dass der Haushalt die Schulen betreffend verhältnismäßig gut ausgestattet ist. Die Schüler-Lehrer-Relation ist verhältnismäßig gut im Vergleich zur übrigen Bundesrepublik. Wenn das Geld nicht reicht oder wenn man für den Anfang das Geld schon sonst wo verplant hat, dann haben wir eine feste Größe. Das haben wir schon ein paar mal gesagt, das sage ich jetzt wieder. Wir glauben, man sollte diese unselbige, weltanschaulich-ideologisch bedingte Inklusion in unseren Gemeinschaftsschulen sofort beenden und nicht davon träumen, mit multiprofessionellen Teams dort irgendetwas ändern zu können. Dieses Geld sollte man vielmehr verwenden, um ein Schulsystem für sonderbegabte Kinder aufzubauen. Sie werden das ablehnen. Das macht aber nichts. Wir werden das auch wieder bringen.

(Heiterkeit bei den Regierungsfractionen.)

Glauben Sie mir, ich war lange genug Lehrer. Ich weiß, dass man Dinge öfter sagen muss, bis manche sie verstanden haben.

(Lautes Sprechen bei den Regierungsfractionen.)

Daraus mache ich mir gar nichts. Wir sind nicht hierher gewählt worden, um Ihnen, Herr Renner, und Ihnen, Herr Thul, zu gefallen. Wir sind vielmehr hierher gewählt worden, damit wir etwas Vernünftiges für unsere Leute draußen im Land tun und vor allen Dingen für unsere Kinder. Wir werden uns dafür einsetzen. Wir werden, wenn es sein muss, dasselbe immer wieder sagen. Immer wieder! - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD. - Lautes Sprechen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen. - Ich eröffne die Aussprache und erteile für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Frau Kollegin Barbara Spaniol das Wort.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bekannt hat die AfD zum wiederholten Mal einen Antrag vorgelegt, der die Abschaffung der Inklusion, eine Stärkung der Förderschulen und ein System zur Förderung sonderbegabter Kinder zum Ziel hat. Herr Kollege Dörr, ich weiß nicht, ob das so goutiert wird, wie Sie sich das vorstellen. Ich kenne die Reaktionen aus der Lehrerschaft. Im Grunde gibt es jetzt schon negative Auswirkungen aufgrund dieser Diskussion, die so schräg und zum wiederholten Male im Plenum läuft, und es ist eigentlich jetzt schon alles zu spät. Das goutiert wirklich niemand mehr. Die

Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen wollen nicht, dass man so über Bildung diskutiert.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich fasse es zusammen. Im Oktober hieß es: Ideologisch motivierte Inklusion endlich stoppen und Schaffung eines schulischen Systems für sonderbegabte Kinder. Im September hieß es: Ideologisch begründete Inklusionsversuche stoppen. Im Januar hieß es: Keine ideologisch motivierte Inklusion.

Kollegen der AfD, Ihre Botschaft ist angekommen. Es ändert aber wie gesagt nichts daran, dass die überwiegende Mehrheit dieses Hauses und der Lehrerinnen und Lehrer dazu eine andere Auffassung hat. Ich glaube, viele Eltern können Sie für diese Position auch nicht gewinnen, wie Sie sich das vorstellen.

Es ist auch nicht besonders zielführend, immer wieder mit ein und demselben Thema anzukommen, wenn sich inhaltlich nichts geändert hat. Auch das ist ein Punkt. Richtiger wird Ihr Ansinnen dadurch mit Sicherheit nicht. Für das Protokoll: Diese Anträge werden wir auch beim nächsten und beim übernächsten Mal ablehnen. Da machen wir das genauso.

In aller Kürze. Ich habe es hier schon so oft gesagt: Die Inklusion ist keine Ideologie, sondern die logische Folge der UN-Behindertenrechtskonvention, welche die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zum Menschenrecht erklärt hat. Wie oft müssen wir das denn noch erklären? Das war ein Paradigmenwechsel, weg von der Integration und hin zu einer echten Teilhabe, zur Inklusion. Es gilt, das nicht infrage zu stellen. Das ist ein Menschenrecht, das umgesetzt werden muss. Das ist eine Querschnittsaufgabe.

(Beifall von der LINKEN.)

Es gibt bekanntlich sowieso eine Wahlfreiheit zwischen Regelschule und Förderschule. Es wird niemand gezwungen, sein Kind mit einer Behinderung in einer bestimmten Form irgendwo beschulen zu lassen. Wir sind schon sehr viele Schritte weiter, das ist wirklich eine Argumentation aus einer vergangenen Generation.

Auch besonders begabte Kinder und Jugendliche - Sie sprechen von sonderbegabten Kindern - müssen natürlich gefördert werden. Darin sind wir uns ganz klar einig. Aber das geschieht doch alles bereits! Es gibt ein flächendeckendes Netzwerk für die Beratung in der Begabtenförderung. Auch das haben wir hier sehr oft erörtert. Es gibt Fördergruppen und Sonderakademien. Es gibt längst Strukturen für hochbegabte Schülerinnen und Schüler und für Sonderbegabte, wenn wir sie so nennen wollen. Ich weise darauf hin, dass es sehr missverständlich sein kann, die Förderung dieser Hochbegabten oder

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

Sonderbegabten in einem Beschlussantrag in einen Zusammenhang mit der Inklusion zu stellen. Das kann den Eindruck erwecken, man möchte das eine gegen das andere ausspielen. Ich glaube, das darf man, wenn man bildungspolitisch seriös argumentieren will, nicht machen.

Ich komme zum Schluss. Die Prämisse und das, was im Vordergrund steht, muss für uns sein: Kein Kind darf verloren gehen. Dazu muss es die Schulen geben, die unterstützt werden. Die brauchen Ressourcen. Wir haben das hier schon zigfach erläutert. Wir alle wissen, was zu tun ist. Aber eines können wir heute ganz klar sagen: Wir werden auch jetzt und in den kommenden Sitzungen in den kommenden Jahren diese immer wiederkehrenden Anträge ablehnen, weil wir mit ihnen schulpolitisch in unserem Land nicht weit kommen. - Danke schön.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke Ihnen, Frau Kollegin. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/632. Wer für die Annahme der Drucksache 16/632 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/632 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion. Abgelehnt haben die Koalitionsfraktionen und die LINKE-Landtagsfraktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Mittagspause. Ich habe den Auftrag mitzuteilen, dass aus organisatorischen Gründen mit Rücksicht auf unsere Gäste aus Frankreich die Küche für uns ab 13.15 Uhr zur Verfügung steht. Deshalb unterbrechen wir die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.48 Uhr bis 14.15 Uhr unterbrochen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen zu den Punkten 10, 13 und 14 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Automobilindustrie schützen (Drucksache 16/692)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Autoland**

**Saarland - jetzt und in Zukunft! (Drucksache 16/700 - neu)**

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie schützen - neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien schaffen (Drucksache 16/701)**

Zur Begründung des Antrages der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

**Abg. Müller (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, vor allem meine Damen und Herren von CDU und SPD! Unser Antrag hat Sie zu einem umfangreichen Gegenantrag veranlasst. Das zeigt mir, dass Sie wissen oder zumindest ahnen, dass Sie in der Falle sitzen.

Vor ziemlich genau 20 Jahren wurde unter Rot-Grün eine europäische Richtlinie beschlossen - Richtlinie 1999/94/EG, und zwar ohne Gegenwehr der deutschen Vertreter -, wonach nach mehreren Jahren die Abgaswerte für Pkw gelten sollten, die jetzt bewirken, dass die deutsche Autoindustrie zerstört wird, wenn wir nicht sofort zur Notbremse greifen und sie auch ziehen!

An die damalige Diskussion kann ich mich in den wesentlichen Punkten noch recht gut erinnern. Fachleute haben damals eindringlich erläutert, dass mit solchen Abgasgrenzwerten nur noch französische, italienische und japanische Klein- und Kleinstfahrzeuge gebaut und zugelassen werden dürften. Es gibt nun einmal physikalische Gesetze und Gesetze der Thermodynamik, die besagen, dass man - salopp formuliert - mit einem Rasenmähermotor keinen Mittelklassewagen bewegen kann, und einen größeren erst recht nicht.

Die Diskussion war damals recht lebhaft. Seriöse Journalisten, von denen es damals zumindest gefühlt noch mehr gab als heute, haben die drohenden Folgen beschrieben. Ja, Frau Rehlinger, Sie haben sie beschrieben. Vielleicht können Sie sich nicht daran erinnern, ich kann mich sehr gut erinnern. Sie haben die drohenden Folgen beschrieben und zur Diskussion gestellt. Weil der beschlossene beziehungsweise damals zu beschließende Unsinn erst in vielen Jahren zur Wirkung kommen sollte, haben sich die meisten dafür nicht interessiert. Links-grüne Kurzsichtigkeit und Verantwortungslosigkeit konnten sich durchsetzen, die gegen die deutschen Interessen gerichtete Politik sogenannter europäischer Freunde wurde festgeschrieben.

(Abg. Müller (AfD))

An dieser Stelle möchte ich der Gesamtheit der saarländischen Wähler ein Kompliment machen. Grün war hier immer schwach und das ist gut so. Nur leider sind die anderen Parteien inzwischen weitgehend „vergrünt“. Neben der von Links-Grün damals eingeleiteten und noch laufenden Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft mit ständig steigenden Strompreisen soll jetzt die deutsche Automobilindustrie zerstört werden. Vom Ende der deutschen Automobilindustrie spricht inzwischen auch die IG Metall, und zwar im entsprechenden Ausschuss in Berlin. Weiter darüber hinaus im Augenblick noch nicht. Ich warte mal darauf, wie es weitergeht.

Inzwischen müssen Gerichte aufgrund der verantwortungslosen Gesetzeslage Fahrverbote für Autos aussprechen, die vor drei bis vier Jahren als besonders umweltfreundlich galten und ganz legal zugelassen wurden, und zwar nicht nur für drei oder vier Jahre, sondern für unbegrenzte Zeit! Was denn sonst! Damit verbunden sind schwere Wertverluste für Millionen unserer Bürger, die sich mit hohen Ersparnissen gute Autos gekauft haben, deren Wert jetzt verfällt und mit denen sie jetzt in vielen Städten auf Veranlassung der links-grünen Ideologen nicht mehr fahren dürfen.

In einer selbstbewussten Demokratie, die wir hier zurzeit leider nicht sind, wäre schon das Grund genug, die Regierung so schnell wie möglich abzuwählen. Dieser Prozess läuft, er dauert nur etwas lange. Dieser Prozess dauert bei uns etwas länger - man weiß ja, wie duldsam die Deutschen sind -, weil sich viele unserer Bürger so viel Verantwortungslosigkeit und Treulosigkeit ihrer politischen Führung immer noch nicht vorstellen können, auch bei anderen Themen.

Zu den Fahrverboten kommt aber noch der jetzt anlaufende Prozess der Arbeitsplatzvernichtung in unserer Autoindustrie, auch hier im Saarland. 1.600 angekündigte Entlassungen bei Ford in Saarlouis, 400 gestrichene Arbeitsplätze bei Bosch in Homburg, weitere bei Eberspächer sowie bei weniger bekannten Zulieferern.

Meine Damen und Herren, nach Kohle und Stahl haben Unternehmer, Ingenieure, Kaufleute, Facharbeiter und andere die saarländische Automobilindustrie aufgebaut, die ganz wesentlich zu unserer Wirtschaftskraft, zu Exporterfolgen und zu unserem relativen Wohlstand beiträgt. Jetzt wird diese auch für uns Saarländer so wertvolle und wertschöpfende Industrie böswillig und bösartig angegriffen. Um die Böswilligkeit und Bösartigkeit dieser grünextremistischen Politik zu tarnen, werden Gesundheitsgefahren erfunden, die es bei den gesetzten Grenzwerten überhaupt nicht gibt.

Diese Erkenntnis kann inzwischen beim nicht nur von uns so bezeichneten Regierungsrundfunk nicht

mehr übergangen werden. Bei aller journalistischen Verzerrung und Regierungsfreundlichkeit haben die Herrschaften in den Funkhäusern nämlich die Gefahr ihrer Lächerlichkeit erkannt und sie beginnen damit, sich von der grünextremistischen Politik zu distanzieren. Untrügliches Zeichen dafür ist eine ARD-Sendung zum Thema vom 08. Januar 2019, vor acht Tagen, in der der Grenzwerte-Hokuspokus und die Dieselfahrverbote als sehr teurer Irrtum bezeichnet werden. Ein Zitat von einer anderen Stelle: Die Grenzwerte sind festgesetzt gemäß Vermutungen aufgrund von Annahmen, die auf Spekulationen beruhen. - Diese absolut treffende Ironie stammt von dem nicht mehr so leicht kontrollierbaren Kabarettisten Dieter Nuhr, ebenfalls verbreitet über ARD am 21.12.2018.

Zu diesen willkürlichen und unwissenschaftlichen Grenzwerten kommen noch die Messmethoden. Das hat kürzlich dazu geführt, dass in einer deutschen Großstadt NOx-Werte über den Grenzwerten gemessen wurden, während der Autoverkehr wegen einer Sportveranstaltung ruhte. Vielleicht haben ja die Sportler zu heftig ein- und ausgeatmet. Das muss es sein, ein neues Betätigungsfeld für Links-Grün. Gleichzeitig verkündet die Ministerin Svenja Schulze von der SPD stolz, dass sie mit Brüsseler Institutionen weitere Verschärfungen vereinbart hat. Es ist unglaublich, meine Damen und Herren, es ist unglaublich, was für ein Personal hierzulande in höchste Ämter gelangt!

(Unruhe.)

Wenn man weiß oder wissen sollte, dass eine aufzubauende Elektromobilität als Ersatz für die Verbrennungsmotoren höchstens ein Zehntel des aktuellen Autoverkehrs gewährleisten könnte, wird klar, dass hier grünideologische Industrie- und Arbeitsplatzvernichter am Werk sind. Sekundiert wird ihnen von europäischen Freunden und Freundinnen wie zum Beispiel Miriam Dalli vom Umweltausschuss des Europaparlaments aus der großen Autonation Malta. Was den Umgang mit den offen angestrebten Arbeitsplatzvernichtungen betrifft, so empfehle ich Ihnen sehr, die Texte unter „Miriam Dalli Berichterstattung“. Das dort zu lesende Wunschdenken von Schreibtischtätern und Schreibtischtäterinnen wird Ihnen hoffentlich die Augen öffnen.

Was bedeutet das nun alles für die saarländische Politik? Sie können wie bisher untätig dem entgegensehen, was da kommt: Wertverluste, Arbeitsplatzverluste, Verarmung Tausender oder vielleicht Zehntausender Saarländer mit allen Begleiterscheinungen. Sie können sich zunehmend zuerst der Lächerlichkeit preisgeben und dann der Wut des Volkes. Oder Sie können und müssen sich ab sofort dem entgegenstellen, was sogar schon in den staatlichen Medien als sehr teurer Fehler beschrieben und bezeichnet wird. Die Grenzwerte müssen geän-

**(Abg. Müller (AfD))**

dert werden, sonst kommt die Vernichtung unserer Autoindustrie.

Das Saarland ist ein Teilstaat der Bundesrepublik Deutschland. Es kann und muss die Initiative ergreifen, wenn andere dazu nicht fähig oder nicht willens sind. Wir haben dazu die Möglichkeit: formell über den Bundesrat, in dem wir drei Stimmen haben, und informell über ihre Parteien, CDU und SPD. Herr Ministerpräsident und Frau Rehlinger, tun Sie also, was notwendig ist, bevor der Schaden noch sehr viel größer wird. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD-Fraktion.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Herrn Abgeordneten Hans Peter Kurtz das Wort.

**Abg. Kurtz (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir einen eigenen Antrag gestellt haben, der sich wirklich mit der saarländischen Automobilindustrie befasst, wie sie derzeit aufgestellt ist und wie sie sich in Zukunft entwickelt. In dem Antrag der AfD-Fraktion geht es nämlich bei Weitem nicht um die Probleme der Menschen, die in der saarländischen Automobilindustrie beschäftigt sind und sich den weltweiten Herausforderungen stellen müssen, sondern hier geht es eindeutig um Ideologie.

Was Sie, Herr Müller, eben hier abgeliefert haben,

(Abg. Müller (AfD): Grüne Ideologie!)

hat überhaupt nichts mit damit zu tun, in welcher Situation sich die Automobilindustrie weltweit befindet. Und noch schlimmer sind die Vorschläge, die Sie hier machen, wenn man überhaupt einen Vorschlag heraushören kann. Sie stippeln uns auf gut Saarländisch noch auf, mit den drei Vertretern im Bundesrat unsere Stimme zu erheben. Würden wir dies tun, würde dies den Untergang der saarländischen Automobilindustrie bewirken. Denn das würde bedeuten, dass man die anderen machen lässt, was sie machen. Wir machen weiter wie bisher. Das geht nicht. Deshalb haben wir einen eigenen Antrag „Autoland Saarland - jetzt und in Zukunft!“ gestellt.

Da geht es darum, sich den Anforderungen in der Automobilindustrie, die sich weltweit im Umbruch befindet, zu stellen. Andere Länder - ich komme nachher noch darauf zurück - sind vielleicht sogar bei den Transformationsprozessen schon einen Schritt weiter als wir. Da können wir nicht einfach so tun, als gäbe es diese Entwicklung nicht. Wir handeln hier im Saarland. Wir sind uns der Situation bewusst. Im Saarland sind sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur in der Herstellung

von PKWs, sondern auch in der Zulieferindustrie beschäftigt. Das ist ganz klar die Situation.

Wir haben insbesondere in der Frage der Diesels-technologie einen deutlichen Vorbehalt gegen die Automobilhersteller. Das hat Auswirkungen auf diesen Prozess. Aber es nützt doch niemandem, wenn wir jetzt das Verursacherprinzip umdrehen und so tun, als könnte es genauso weitergehen wie in der Vergangenheit. Die Ankündigungen, dass bei Ford in Saarlouis 1.600 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, haben uns Ende des Jahres alle sehr getroffen. Das trifft uns wirklich ins Mark der Automotive-Industrie hier im Land. Das ist dramatisch, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Aber wir dürfen jetzt auch nicht die falschen Dinge aufzeigen. Hat das etwas mit der Diskussion um den Diesel zu tun? Oder hat es vielleicht etwas mit dem Profitstreben des Konzerns zu tun? Hat es vielleicht etwas mit dem bevorstehenden Brexit in Großbritannien zu tun? Mir kann niemand vormachen, dass man diesen Menschen, die jetzt Angst um ihren Arbeitsplatz haben, dadurch helfen könnte, indem man auf den Brexit noch einen Dexit setzt. Das ist die falsche Lösung. Da werden wir - da können Sie uns noch so oft beschimpfen - nicht mitmachen. Für uns zählt nicht die Ideologie. Wir handeln im Interesse der Betroffenen und für die saarländische Automobilindustrie, und das ist gut so.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es geht jetzt um die Diskussion, für das auslaufende Produkt C-Max ein neues, zukunftsorientiertes Produkt zu finden, das vermarktet werden kann. Gerade in einer Produktionsstätte wie dem Automobilwerk Ford geht es nicht um die Art des Antriebes - ob Verbrennungsmotor oder nicht -, sondern um die Produktion von Automobilen, die man nicht nur hier bei uns, sondern auch weltweit verkaufen kann.

Wir brauchen also Produkte, die auf dem Markt eine Zukunft haben und den geforderten ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Der Landtag tut gut daran - das betone ich noch einmal ganz klar -, die enormen Anstrengungen und Aktivitäten der Landesregierung in der heimischen Automobilindustrie zu unterstützen, sowohl die Zulieferer als auch die Produzenten, wie jetzt zum Beispiel beim Ford-Werk mit dem Industrie-Supplier-Park. Wir brauchen den intensiven Dialog mit den jeweiligen Geschäftsführungen vor Ort und den Unternehmenszentralen. Wir können nicht alles von hier aus steuern. Wir müssen uns auch in den Konzernzentralen einbringen. Der Dialog muss geführt werden, auch mit den zuständigen Betriebsräten und der IG Metall, damit gemeinsam im Sinne der betroffenen Unternehmen und Beschäftigten die Autoindustrie im Saarland zukunftsfähig aufgebaut wird.

(Abg. Kurtz (SPD))

Wenn Sie hier behaupten, Herr Müller, wir wären in dieser Sache untätig gewesen, dann weiß ich nicht, wo Sie die letzte Zeit waren, als wir hier die Debatten zum Beispiel über Halberg Guss hatten. Übrigens auch eine Gefährdung der saarländischen Stahlindustrie, die mit dem Diesel überhaupt nichts zu tun hatte. Vielleicht erinnern Sie sich noch?

(Abg. Müller (AfD): Natürlich.)

Wir haben dieses Problem mit dem Engagement der Landesregierung, insbesondere der Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger, gelöst. Das hat dazu geführt, dass wir dort einen Eigentümerwechsel hatten und die Produktion, nachdem das alles runtergefahren war, mittlerweile wieder zu 90 Prozent läuft. Das ist für uns doch ein Beispiel, dass nicht Ideologisierung den Menschen weiterhilft, sondern Unterstützung. Das hat im Fall von Halberg Guss ganz gut geklappt. An dieser Stelle noch einmal: Danke, Anke.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es gibt noch ein weiteres Beispiel, das ich nennen kann. ZF, ein traditioneller Getriebehersteller, im Moment noch gebraucht für Benzin und Diesel, hat die Zeichen der Zeit erkannt und festgestellt, dass auch er sich dem Prozess des Wandels, der Transformation nicht entziehen kann, und er hat auch gesehen, dass er hier im Land die notwendige Unterstützung dafür hat. Er hat sich bereit erklärt, hier im Saarland, in Saarbrücken, mit einem Volumen von 800 Millionen Euro in die Zukunft zu investieren. Das ist nicht einfach so gekommen; von nichts kommt nichts. Der ZF-Konzern ist davon ausgegangen - und das hat er 2012 auch so mitgeteilt -, dass durch die Entwicklung in der Automobilindustrie weg zu anderen Antriebstechniken die Produktion des Achtgang-Getriebes in Saarbrücken nur noch bis zum Jahr 2025 laufen kann. Er hat angekündigt, dass es entgegen sonstiger Praxis dann auch kein Nachfolgemodell mehr geben wird. Das hätte bedeutet, dass nach 2025 8.000 Menschen am Standort Saarbrücken ihren Arbeitsplatz verloren hätten.

Man hat zusammengesessen, man hat miteinander diskutiert, hat Zukunftsfelder beredet. Der Betriebsrat war beteiligt, die IG Metall war beteiligt, das Wirtschaftsministerium war auch beteiligt. Herausgekommen ist, dass ZF im Konzern der Standort für hybride Technik ist. Für die, die es nicht kennen, will ich es erklären: Hybridtechnik bedeutet, das Getriebe fährt, wenn es Strom hat, elektrisch. Wenn man weitere Strecken zurückzulegen hat, fährt es konventionell mit Diesel. Das ist übrigens für mich auch die Zukunftstechnik. Das heißt, ich kann in einer Stadt umweltfreundlich mit Strom fahren, bei einer weiteren Strecke fahre ich dann mit einem herkömmlichen Brennstoff, ich habe dann einen deut-

lich geringeren Kraftstoffverbrauch als bei ausschließlich konventionellen Methoden.

Wir haben es hinbekommen, dass diese Hybrid-Getriebe in Zukunft innerhalb des ZF-Konzerns in Saarbrücken gebaut werden. Das sichert langfristig, über das Jahr 2025 hinaus, die Arbeitsplätze hier im Saarland bei der Firma ZF. Hier hat die Politik mitgearbeitet, hier hat das Wirtschaftsministerium mit unterstützt. Wenn Sie sich also hierhin stellen und so etwas sagen, ohne überhaupt eine Ahnung davon zu haben, dann ist das nicht nur dreist, Herr Müller, sondern auch unverschämte und es ist nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Automobilindustrie im Saarland.

(Heftige Zurufe des Abgeordneten Müller (AfD). - Zuruf aus den Regierungsfractionen. - Abg. Müller (AfD): Ich schreie so laut, wie ich will!)

**Vizepräsidentin Ries:**

Nein, Herr Müller, Sie schreien nicht so laut, wie Sie wollen! Wir haben hier eine Debatte, an die hat sich jeder zu halten, auch Sie.

**Abg. Kurtz (SPD):**

Dabei müssen wir uns schon damit auseinandersetzen, mit welcher Antriebskraft in Zukunft Automobile betrieben werden. Da reicht es nicht aus, den Diesel gesundzubeten, es ist aber auch nicht damit getan, ihn zu verteufeln. Wir müssen in dieser Frage in der Ökonomie, aber auch in der Ökologie weiterdenken. Denn einerseits - das hört sich widersprüchlich an, ist es aber nicht - hat die Debatte um den Diesel kurzfristig dazu geführt, dass viele Menschen sich den Diesel nicht mehr kaufen, sie kaufen sich einen Benziner. Das ist für die Umwelt kontraproduktiv, denn nachgewiesenermaßen stößt der Diesel 15 Prozent weniger CO<sub>2</sub> aus als der Benziner. Man kann nachlesen: Seit die Diskussion um den Diesel läuft, gibt es einen erkennbaren Anstieg der CO<sub>2</sub>-Werte in unserer Umwelt. Deshalb kann man den Diesel nicht verteufeln.

Der zweite Punkt betrifft die Elektromobilität. Die Elektromobilität wird auch für meine Begriffe in manchen Bereichen zu sehr als Heilsbringer angesehen. Wenn der Pkw elektroangetrieben auf der Straße fährt, sind zwar die unmittelbaren Emissionswerte nicht so hoch. Aber bei unserem Energiemix, in dem wir noch 75 Prozent konventionelle Energieerzeugung haben, ist bei einem Vergleich der CO<sub>2</sub>-Werte, wenn man mitberechnet, wie der Strom hergestellt wird, der Elektromotor im Moment nicht wesentlich besser als der Diesel.

Es gibt aber auch andere Dinge wie zum Beispiel die Frage von Wasserstoff und von Brennzellen. Hier hat man die Situation, dass man mit Wasserstoff sehr viel einfacher elektrische Energie herstel-

(Abg. Kurtz (SPD))

len kann, ohne die Anlage zu benutzen. Deshalb ist unser Ziel - das haben wir auch beschrieben und das ist wahrscheinlich auch das, was die LINKEN in ihrem Antrag meinen -, dass man neue Verfahrensweisen nutzt, um den ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden. Das heißt, dass man auch am Diesel weiterarbeitet, dass man die Elektromobilität verbessert, dass man mehr regenerativen Strom produziert und dass man an der Frage Wasserstoff und Brennzellen weiter arbeitet.

Dass ich hier nicht nur theoretisch diskutiere, darf ich an einem Beispiel klarmachen, das mich selbst betrifft. Ich habe mir im November ein Fahrzeug gekauft und habe mich auch dafür interessiert, wie hoch die CO<sub>2</sub>-Angaben für die einzelnen Automobile sind. Ich habe dann gesehen, dass der Diesel da bedeutend besser ist als der Benziner. Ich habe mich aber auch darum gekümmert, wie es mit den Stickoxid-Werten aussieht. Das Problem des Diesels besteht ja darin, dass er so hohe Stickoxid-Werte hat. Auch hier habe ich mich sachkundig gemacht und habe ein Fahrzeug gefunden entsprechend der Euronorm 6 mit AdBlue-Technologie, wo Harnstoff beigegeben wird, damit die Stickoxide auf die gesetzliche Norm gesenkt werden. Ich habe auch ein entsprechendes Fahrzeug bekommen. Leider konnte ich nicht die Marke weiterfahren, die ich vorher gefahren habe.

Man sieht, es gibt also nicht, wie Sie fälschlicherweise behaupten, einen ideologischen Druck aus dem Ausland, sondern wir sehen, dass andere Volkswirtschaften, andere Hersteller aus anderen Ländern in der Frage eines umweltfreundlichen Pkw-Antriebs schon etwas weiter sind. Und man muss der deutschen Automobilindustrie zu Recht vorwerfen, dass sie versucht hat, sich folgendermaßen aus der Situation herauszuretten: Anstatt technologisch daran zu arbeiten, dass die Grenzwerte erreicht werden, haben sie versucht zu schummeln, sind erwischt worden, und das ist nicht gut. Nicht, dass sie erwischt worden sind, sondern dass sie geschummelt haben! Hier muss nachgebessert werden.

(Beifall bei der SPD.)

Das kann nicht zulasten derjenigen gehen, die betrogen worden sind, zulasten der Automobilbesitzer, sondern wer den Schaden verursacht hat, muss auch zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb geht das zulasten der Automobilindustrie.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, das Feld ist sehr breit. Wir lehnen - weil es nur ideologischer Schamass ist - den Antrag der AfD ab. Wir lehnen auch den Antrag der LINKEN ab, weil wir der Meinung sind: Das, was Sie fordern, ist in unserem Antrag schon drin.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Lachen bei der LINKEN und Zurufe.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Zur Begründung des Antrages der Landtagsfraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Oskar Lafontaine das Wort.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja richtig heiter, an dieser Debatte teilzunehmen. Ich will zunächst einmal auf die Ausführungen des Abgeordneten Müller von der AfD eingehen, der den Antrag begründet hat.

Der Antrag der AfD ist nicht unbedingt Schamass, Herr Kollege Kurtz, sondern er ist von zu unüberbietender Allgemeingültigkeit, denn dort steht: „Die Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um weitere Arbeitsplatzverluste in der Automobilindustrie zu verhindern“. Ja, wer ist da eigentlich dagegen? Wie gesagt, Schamass ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck,

(Heiterkeit)

Allgemeinplätze oder Unverbindlichkeiten, die uns zunächst nicht weiter bringen würden, treffen es eher.

Nun haben Sie, Herr Kollege Müller, eine Philippika gegen die Entscheidungen der letzten Jahre gehalten. Sie haben gesagt, dass sei alles linksgrün-versifft.

(Heiterkeit.)

Da wollte ich Ihnen sagen, dass Sie im klassischen Sinn eine rechtsbraun-versifftete Rede hier gehalten haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Denn „versifft“ heißt ja verschmutzt, das werden Sie wissen.

(Abg. Müller (AfD): „Versifft“ habe ich nicht gesagt, Herr Lafontaine! - Sprechen.)

Dann eben rechtsbraun-verschmutzt. - Diese Rede ist rechtsbraun-versifft, da Sie eine Rede gehalten haben, die sich gegen alle Grenzwerte gerichtet hat

(Abg. Müller (AfD): Gegen die geltenden Grenzwerte! - Sprechen.)

Ja, gegen die geltenden, meinewegen. Ich bemühe mich ja, auf Ihre Argumente einzugehen. Aber das ist nun wirklich im wahrsten Sinne des Wortes versifft, also verschmutzend, und von dieser Verschmutzung müssen Sie loskommen. Da Sie kein einziges kritisches Wort an die Automobilwirtschaft gerichtet haben, setzen Sie sich dem Verdacht aus,

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

dass Sie - wo wir gerade bei rechtsbraun-versifft sind - hier Industrieinteressen vertreten und Arbeitnehmerinteressen nur vorschieben. Wir als Parlament sind aber angehalten, die Industrie zu kritisieren, wenn sie sich falsch entwickelt hat.

Ich war zufällig gestern auf dem Dorotheen-Friedhof in Berlin, wo ich die Gräber von Brecht, Hegel und eben auch John Heartfield gesehen habe. Bei Ihrer Rede musste ich an seine berühmte Grafik „Der Sinn des Hitlergrußes“ denken, bei der hinter Hitler ein anonymer Mann steht, der Geld in die Hände von Hitler gelegt hat. Ich bin ein Gegner anonymer großer Parteispenden. Deshalb musste ich an diese berühmte Grafik denken, als ich Ihrer Rede zugehört habe.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und der LINKEN.)

Es ist nicht zulässig, dass man die Grenzwerte überhaupt in Frage stellt. Selbst wenn man auf die Begründung der AfD eingeht - ich will das aus Jux mal tun - und sagt, der Klimawandel ist nicht unbedingt menschengemacht, dann wäre dem immer noch entgegenzuhalten, dass wir hier in den Straßen bestimmte Schadstoffkonzentrationen haben. - Das ist wirklich unstrittig. Ich habe auch noch keinen AfD-Politiker gehört, der das bestritten hat. - Dort bewegen sich Menschen, es werden auch Babys im Kinderwagen gefahren. Es hat noch keiner ernsthaft versucht zu bestreiten, dass im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung die Grenzwerte nach Möglichkeit immer niedriger angesetzt werden müssen, um die Menschen zu schützen. Deswegen war Ihre Rede - ich wiederhole es nochmal - rechtsbraun-versifft.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und der LINKEN.)

Dabei haben Sie ja in der Begründung wenigstens einen Hinweis auf die Dieseltechnik gegeben. Ich möchte mich dem anschließen, was der Kollege Hans Peter Kurtz hier sehr qualifiziert vorgetragen hat. Man muss nämlich bei der Dieseltechnik tatsächlich achtgeben, dass nicht die Industrieinteressen - deswegen sprach ich davon - die Automobilwirtschaft in die Richtung zugunsten der einheimischen Industrie oder der eigenen Interessen drängen. Ich weiß noch, als früher zum Beispiel die Kernenergie gegen die CO<sub>2</sub>-Belastung gewettert hat, weil sie gehofft hat, dass sie dadurch besser ins Geschäft kam. Das ist jedem bekannt, der früher daran beteiligt war.

Wer das ganze Spiel durchschauen will, dem empfehle ich die Lektüre eines Buches von Naomi Klein, der Umweltaktivistin, die dargestellt hat, wie auch Umweltverbände oft im Interesse von Konzernen stehen. Sie versuchen dann, mit den Konzernen die Debatte in eine bestimmte Richtung zu lenken. Ich bin durchaus der Meinung, dass die Kritik Ihrer Vorgängerin und Ihre an der Deutschen Umwelthilfe Be-

rechtigung hat. Wenn ich einen Verband sehe, der einen Millionen-Haushalt und nur ein paar Hundert Mitglieder hat und zum Beispiel von Toyota gefördert wird, stelle ich mir die Frage, in welchem Interesse dieser Verband handelt. Wir als Parlamentarier sind aufgerufen, zwischen den Interessen der einzelnen Industriebranchen zu vermitteln, und dürfen nicht einseitig ein Interesse vertreten.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und der LINKEN.)

Jetzt bin ich etwas traurig, Herr Kollege Kurtz, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen, denn er hat durchaus eine gewisse Begründung. Sie haben dargelegt, welche Technologien gefördert werden müssen - darunter fällt die Elektromobilität -, obwohl keiner von uns weiß, in welche Richtung es abschließend gehen wird. Das haben Sie hier auch sehr qualifiziert vorgetragen. Eines ist klar: Die Batterietechnik wird in irgendeiner Form eine Rolle spielen, und wenn es beim Hybridauto ist.

Ich muss darauf hinweisen, dass wir doch in einer bestimmten Situation sind und eine Chance haben. Ich wundere mich, dass das im Antrag der Regierungsfractionen nicht drinsteht. Der Bundeswirtschaftsminister, der ja hier bekannt ist, hat vor einiger Zeit vorgetragen, dass er 1 Milliarde Euro investieren will, um Projekte zur Batterieherstellung in Europa zu fördern. Er hat gesagt, dass es hier um Anschubprojekte geht, um welche sich auch das Saarland bewirbt. Weiterhin betont er die Wichtigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Er erwähnte sogar eine Kooperation mit Ford.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, warum greifen wir das nicht auf und ersuchen den Bundeswirtschaftsminister - das ist auch der Sinn unseres Antrags -, diese Chance für das Saarland zu ergreifen? Die Batterieproduktion soll 1.000 bis 2.000 Arbeitsplätze pro Konsortium, das er angesprochen hat, schaffen. Wir halten die Förderung für überwiegend richtig. Ford und Frankreich sind auch im Spiel. Das wäre doch eine Chance, endlich mal etwas für uns zu tun.

(Beifall bei der LINKEN.)

Deshalb würde ich Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Ich würde es bedauern, wenn Sie es nicht tun wollten.

Generell möchte ich noch sagen, dass wir das Thema der Automobilwirtschaft an der Saar nicht zum ersten Mal hier aufrufen. Als wir noch montanlastig waren - so hieß das -, hatten wir über 60.000 Arbeitsplätze im Bergbau. Die Älteren wissen das noch. Als ich in dieses Hohe Haus einzog, hatten wir 16.000 Arbeitsplätze in Röchling-Völklingen. Die Arbeitsplatzzahlen in der Dillinger Hütte waren über Jahrzehnte relativ konstant. Dann wurde die Automobilindustrie groß. Man hat dann irgendwann ge-

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

warnen, dass wir zu automobilwirtschaftslastig sind. Das war quer durch die Wirtschaftswissenschaften in der Diskussion und auch Vertreter der Wirtschaftsverbände haben dies gesagt.

Sie haben in Ihrem Antrag angeführt, dass wir 44.000 Arbeitsplätze in der Automobilwirtschaft an der Saar haben. Wir können leider nicht sagen, ob das zu viel ist oder ob es besser wäre, wenn wir es anders hätten. Wir können nur den Weg gehen, den Sie in Ihrem Antrag angedeutet haben. Wir müssen alles versuchen, damit wir im Wettbewerb mit anderen mithalten. Das ist der Konsens, soweit ich das hier sagen darf. Das heißt aber nicht, dass wir rechtsbraun-versifft - ich benutze Ihre Sprache - gegen Grenzwerte zu Felde ziehen, sondern dass wir darauf drängen, dass günstigere umweltfreundliche Produktionen auch an der Saar entwickelt werden. Das ist doch die einzige Schlussfolgerung, die wir ziehen können.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und der LINKEN.)

Nach den Statistiken, die uns vorliegen, hat Ford es leider versäumt, entsprechende Motoren zu entwickeln, die sehr niedrige Werte haben. Leider ist die Durchschnittsgröße in der Ford-Produktion relativ hoch. Das ist eine Herausforderung und liegt nicht in der Verantwortung der Arbeiterinnen und Arbeitnehmer, sondern in der Verantwortung des Managements, die früher hätten erkennen müssen, was sie jetzt sagen. Sie sagen nämlich, dass sie in die umweltfreundliche Produktion einsteigen müssen und nur so eine Chance haben, sich längerfristig zu behaupten.

Dazu kommt natürlich noch, dass wir gegenüber Ford sagen müssen, dass wir an der Saar Vorleistung gebracht haben. Auch das könnte beispielsweise die Landesregierung, aber auch der Bundeswirtschaftsminister in solchen Diskussionen vorbringen. Das ist dieser Automobilzuliefererpark, den wir in Abstimmung mit der Geschäftsführung und sogar mit der Leitung des Fordkonzerns in Detroit aufgebaut haben.

Jetzt wäre eine einmalige Chance, diese Anregungen aufzugreifen und für die Saar nutzbar zu machen. Ob das was wird, das weiß ich nicht, aber versuchen muss man es zumindest. Dass ein Bundeswirtschaftsminister Chancen hat, Investitionen ins Saarland zu lenken, das wird hier ja wohl niemand ernsthaft bestreiten, der die Geschichte des Landes kennt. Denn dass Ford überhaupt angesiedelt worden ist, war ein Zusammenwirken der damaligen Landesregierung mit Ludwig Erhard. Die Büste steht ja im Bundeswirtschaftsministerium. Alle haben sich irgendwie als Ludwig Erhard begriffen, der kräftige Ludwig von der Saar. Warum sollte man dann nicht auch mal irgendetwas für unser Land tun? Das wäre

zumindest der Wunsch meiner Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich fasse zusammen: Uns kommt es darauf an, deutlich zu machen, dass es nicht nur darum geht zu sagen, dass wir eine umweltfreundliche Technik in der Automobilwirtschaft brauchen. Das sagen Sie ja auch, insoweit sind wir uns einig. Es wäre völliger Unsinn, wenn irgendjemand etwas anderes hier fordern würde und, wie gesagt, rechtsbraun-versifft das Gegenteil fordern würde. Es geht darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen, sich bewusst zu machen, dass niemand von uns weiß, welche Technologie sich durchsetzen wird, dass wir nichtsdestotrotz die Chancen ergreifen müssen.

Selbstverständlich werden wir Ihrem Regierungsantrag zustimmen. Ich bitte Sie, vielleicht auch dem Appell an den „Ludwig Erhard von der Saar“, den wir hierin verborgen haben, zuzustimmen, damit wir aus der Breite des Landtages heraus sagen: Bitte, jetzt engagier dich mal für dein Heimatland! Tu was für die Beschäftigten bei Ford! Du hast Ford genannt, du hast die Grenze genannt - eine einmalige Chance! - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Marc Speicher von der CDU-Landtagsfraktion.

**Abg. Speicher (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus Roden. Roden, das ist seit 112 Jahren ein Stadtteil von Saarlouis, auf rund 10 Quadratkilometern wohnen dort rund 9.000 Männer und Frauen. Mitten im Ort liegen die Ford-Werke.

Heute ist der 16. Januar, auf den Tag genau vor 49 Jahren ist das erste Auto bei den Ford-Werken in Saarlouis-Roden vom Band gelaufen. Das geschah damals unter Anwesenheit von Henry Ford II., von Franz-Josef Röder und anderen. Damals lief in Saarlouis der Ford Escort vom Band.

Zusammen mit dem hier bereits angesprochenen Zuliefererpark ist Ford der größte Arbeitgeber im Saarland. Das gesamte Cluster - Ford-Werke, Zuliefererpark, Dillinger Hütte, Zentralkokerei, Saarhafen - zusammengenommen handelt es sich um einen Standort, der im bundesweiten Vergleich sozusagen in der Bundesliga spielt. Rechnet man die in diesem Gebiet pro Quadratkilometer vorhandenen Arbeitsplätze zusammen, erzielt man Dimensionen, die vielleicht noch in Ludwigshafen oder in Wolfsburg

(Abg. Speicher (CDU))

erreicht werden, in vielen Landstrichen aber eben nicht mehr.

Es gehört bei uns in Roden gewissermaßen zur Kultur, „auf der Ford“ zu arbeiten. Das ist Ehrensache, das ist mittlerweile Familientradition, zum Teil schon in der dritten Generation. Man arbeitet „auf der Ford“, arbeitet dort auf der Schicht, und man ist stolz darauf. Im Raum Saarlouis werden Sie nur auf wenige treffen, die nichts mit Ford zu tun haben.

In der vergangenen Woche habe ich jemanden getroffen, der vor 40 Jahren bei Ford angefangen hat und in diesem Jahr Dienstjubiläum haben wird. Er hat seinerzeit in einem kleinen Betrieb in Saarlouis Maler und Lackierer gelernt und ist nach dem Konkurs der Firma zu den Ford-Werken gegangen, hat dort angefangen. Er verdient gutes Geld, knapp 3.000 Euro netto, und hat seine geregelten Arbeitszeiten. Er hat mir gesagt: Na ja, es dauert noch fünf Jahre, dann gehe ich eh in Rente, dann wird es nach 45 Jahren den vorgezogenen Ruhestand geben. Ich denke aber an diejenigen, die jünger sind als er und die noch Kinder zu versorgen haben.

Ich kenne auch jemanden, der Mitte 40 ist, verwitweter Familienvater und Vater von drei Kindern ist. Er macht Dauernachtschicht - natürlich auch wegen der Zulage, aber auch, weil er sich so tagsüber um seine Kinder kümmern kann. Er kann die Kinder von der Schule abholen, sie zum Sport bringen. Eines der Kinder ist behindert. Auch an diesen Mann denke ich bei dieser Diskussion.

Betroffen sind viele. 7.200 Männer und Frauen sind bei den Ford-Werken beschäftigt, viele von ihnen auch aus Frankreich. Das sei heute, nachdem Patrick Weiten hier gesprochen hat, auch erwähnt.

Und dann kam der 10. Dezember und damit das, was sich ein wenig angedeutet hatte, auch wenn man mit den Betriebsräten gesprochen hat: Ford Deutschland hat das sogenannte Reset-Programm vorgestellt. 1.600 Stellen sollen abgebaut werden, das ist im Grunde jede fünfte Stelle. Ich spreche bewusst von „1.600 Mitarbeitern“, denn ich zähle auch die Leiharbeiter dazu. Im Gegensatz zu dem, was von manchen gesagt wird, sind sie eben keine Beschäftigten zweiter Klasse. Sie tun genauso ihre Pflicht und leisten genauso ihre Arbeit wie die anderen Beschäftigten auch. Bislang waren sie bei Ford in der guten Lage, dass ihnen, der Absprache zwischen Geschäftsführung und dem Betriebsrat folgend, eine Perspektive geboten wurde: Wer sich ordentlich angestellt hat, hatte auch die Perspektive, nach Ende der Leiharbeit bei Ford weiterarbeiten zu können.

Nach Angaben von Ford soll in Saarlouis nun die C-Max-Produktion entfallen. Zudem soll die Nachtschicht, die dritte Schicht, wegfallen. Nach meinen Informationen wäre es in der fast 50-jährigen Ge-

schichte das erste Mal, dass bei Ford nicht in drei Schichten gearbeitet würde. Trotz dem von Ford insoweit Angekündigten bleiben noch viele Fragen offen. Es gibt das Standortsicherungskonzept aus dem Jahr 2014, es gibt eine Betriebsvereinbarung, die gerade mal ein Jahr alt ist.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns nun darum kümmern, was mit dem Überhang von 1.600 Männern und Frauen geschehen soll. Es geht um die Frage, inwieweit man die Veränderungen sozialverträglich gestalten kann. Nur mit Altersteilzeitregelungen wird das schwierig werden; die Freistellungsphase dauert schon länger, als es den Zielen von Ford entspricht. Unser gemeinsames Ziel von Parlament und auch Regierung muss sein, dass es einen sozialverträglichen Abbau gibt. Vor allem müssen wir uns aber darum kümmern - das ist existenziell für unser Land -, den Ford-Standort an der Saar über das Jahr 2024 hinaus zu sichern.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Nun gibt es ja auch noch diejenigen, die für alles Europa verantwortlich machen. Sie wollen hetzen, Parolen schmieren, sie wollen polemisieren. Das erleben wir heute auch hier: Drei von ihnen, die hier sitzen, sind der Meinung, Schuld an allem sei Europa.

Schauen wir uns an, wohin die Autos aus Saarlouis geliefert werden, wo die Absatzmärkte von Ford sind: Da ist vor allem das Vereinigte Königreich zu nennen. Ford ist insoweit stellvertretend für die Wirtschaftsstruktur im Saarland. Kein anderes Bundesland ist so abhängig von den Exporten ins Vereinigte Königreich wie das Saarland. Im Jahr 2017 haben wir Güter im Wert von rund 2,3 Milliarden Euro nach Großbritannien exportiert, das sind 13,7 Prozent aller Exporte. Das ist das Doppelte dessen, was wir aus Großbritannien importiert haben. Alleine mit Großbritannien erwirtschaften wir im Saarland einen Exportüberschuss in Höhe von 1 Milliarde Euro. Unsere Saar-Wirtschaft ist also stark exportorientiert.

Meine Herren von der AfD, das, was wir gestern beim Blick nach London erlebt haben, ist im Grunde das Ergebnis des Wirkens Ihrer Brüder im Geiste: Alle Schuld liegt bei Brüssel, alle Schuld liegt bei Europa. Kurze Antworten auf schwierige Fragen geben - wir erleben beim Brexit doch, wohin das führt.

(Abg. Müller (AfD): Ohne die Merkel würde es den Brexit überhaupt nicht geben!)

Es kommt, wo neue Grenzen entstehen, zu Wohlstandseinbußen. Arbeitsplätze gehen verloren, wo neue Mauern gebaut werden. Das sind Ihre Brüder im Geiste! Wo könnten wir die Auswirkungen solcher Vorgehensweisen besser beobachten als nun beim Stellenabbau in Saarlouis!

**(Abg. Speicher (CDU))**

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN. - Abg. Müller (AfD): Ohne Merkel wäre es doch gar nicht dazu gekommen!)

Und es geht weiter bei den Brüdern im Geiste der AfD. Dann schauen wir - -

(Abg. Müller (AfD): Ohne Merkel - -)

**Vizepräsidentin Ries:**

Herr Müller, das ist ein Akt der Respektlosigkeit gegenüber dem Abgeordneten. Ich sage Ihnen das jetzt schon zum zweiten Mal. Bei dritten Mal werde ich Sie bitten, den Saal zu verlassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Abg. Speicher (CDU):**

Und dann geht es trotzdem weiter mit den Brüdern im Geiste der AfD. Schauen wir über den Atlantik, schauen wir nach Washington: Dort hat der CEO - also der Präsident - der Ford Motor Company Jim Hackett den durch den von Trump initiierten Handelskrieg entstandenen Schaden alleine für Ford auf 1 Milliarde Dollar berechnet. 1 Milliarde Dollar an Schaden, entstanden dadurch, dass es auch in Washington - wie bei Ihnen - um plumpe Parolen und um Polemik geht. Das zerstört Wohlstand und Arbeitsplätze. Auch diese 1 Milliarde Dollar, die Ford jetzt zusätzlich einsparen muss, erhöht den Spar- druck hier bei uns in Saarlouis auf dem Röderberg. Auch das vernichtet Wohlstand, Wertschöpfung und Arbeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Gegen freien Handel und gemeinsame Märkte polemisiert aber nicht nur die AfD, der Blick muss diesbezüglich auch auf die andere Seite des Parlamentes gerichtet werden. Viele haben es schon vergessen, aber bis vor drei Jahren haben wir mit den Vereinigten Staaten die Möglichkeit eines gemeinsamen Marktes diskutiert. Stichwort ist hierbei die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP. Man stelle sich vor, TTIP wäre abgeschlossen worden: Leuten wie Trump wäre dann erst gar nicht die Möglichkeit eröffnet, das, was nun mit Handelskriegen und neuen Zöllen um sich greift, zu initiieren. Auch das zerstört ja Wohlstand und Arbeitsplätze. Ein gemeinsamer Raum auf der Basis gemeinsamer Werte und auf der Grundlage des Handels und des Austauschs hätte vor den Klauen von Trump geschützt werden können. Dass das nicht geschehen ist, auch das verschärft den Spar- druck in Saarlouis.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Zu guter Letzt gibt es eine weitere Gruppe, bei der die Ideologie vor der Sacharbeit rangiert: Ich meine diejenigen, die sich auf den Verbrennungsmotor und insbesondere den Diesel einschließen. Auf dem Eti-

kett steht bei ihnen „Umwelt“, dahinter stehen aber vielleicht auch noch andere Dinge. Der Parteitag der CDU hat viel Gutes beschlossen. Das war bei der Wahl der Vorsitzenden der Fall, das war in der Sache auch bei diesem Thema der Fall. Gut, bei der Beisitzerwahl hat der Parteitag nicht vollumfänglich diese Klugheit walten lassen; diese Anmerkung sei mir gestattet.

Der Parteitag hat aber eben auch beschlossen, dass überprüft werden sollte, in welchem Maße die Deutsche Umwelthilfe weiterhin steuerlich gefördert werden kann. Heute ist es ja so, dass eine Spende an die Umwelthilfe steuerlich abgesetzt werden kann. Das heißt auch, dass der Steuerzahler die Deutsche Umwelthilfe subventioniert. Nach meinem Empfinden kann es aber nicht sein, dass wir mit Steuergeld auch noch diejenigen unterstützen, die am Rückgrat unserer Industrie zerrren, die gegen das schießen, was für uns auch Wohlstand und Arbeit mit sich bringt.

Ich meine, dass wir insoweit auch etwas selbstkritisch sein müssen. Ich habe mir die Zahlen gestern noch herausgesucht: In den zurückliegenden 30 Jahren wurde der Schadstoffausstoß bei Neufahrzeugen bei den Stickoxiden um 90 Prozent gesenkt. Zu keinem Zeitpunkt in den letzten 100 Jahren war ein Auto so sauber wie heute. Gewiss sind die Autos auch dafür verantwortlich, dass Feinstaub entsteht, dass in den Innenstädten ein schlechtes Klima herrscht. Nichtsdestotrotz müssen wir uns auch die Frage stellen - ich greife das eben angesprochene Beispiel auf -, ob wir nicht auch überprüfen müssen, ob die Standorte der Messstationen richtig gewählt sind. Und wenn es in der Tat so ist, dass bei einem Marathon die Werte höher sind als bei normalem Autoverkehr, müssen wir selbstkritisch hinterfragen, inwieweit die Standorte geeignet sind, das korrekt zu messen.

Aber Brexit, Handelskrieg, der Kampf gegen Verbrennungsmotoren - all das eint, dass es weniger um die Sache als um Ideologie geht. Es geht nicht um die Gesundheit und den Wohlstand der Menschen. Deswegen möchte ich hier als Parlamentarier im Saarland sagen: Wir müssen als Saarland in dieser Frage zusammenstehen, wir dürfen nicht zulassen, dass es schleichend zu einer Deindustrialisierung unseres Landes kommt. Das Saarland muss Industrieland bleiben, dafür müssen wir gemeinsam kämpfen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Trotz alledem muss man aber auch den nächsten Schritt machen. Wir müssen feststellen, dass sich die Autoindustrie weltweit in einem tiefgreifenden Wandel, in einem Strukturwandel, befindet. Autonomes Fahren, neue Antriebstechnologien - Hybrid, Elektromobilität, Wasserstoff -, aber auch neue Ge-

(Abg. Speicher (CDU))

schäftsmodelle wie etwa Car-Sharing, die Vernetzung der Autos, all das passiert tatsächlich in der Welt und dem können wir uns nicht verschließen.

Es gibt auch neue Spieler am Markt. Google baut nicht nur Suchmaschinen, die Google-Schwester Waymo ist eben auch tätig im Bereich der selbstfahrenden Autos. Das sind völlig neue Spieler, die können im Prinzip endlos aus ihren finanziellen Reserven schöpfen. Google ist an der Börse mehr wert als alle deutsche Autobauer zusammen. Das sind Reserven, die gezogen werden können. Der Gründerchef von Waymo war ein Deutscher, Sebastian Thrun, er ist Professor für Künstliche Intelligenz. Zufälligerweise, meine Damen und Herren, befindet sich das weltweit größte Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz hier bei uns in Saarbrücken an der Universität, es ist das DFKI. Hier sitzen wir als Saarland zusammen mit Intel, mit SAP und auch mit Google an einem Tisch. Wir haben beste Forschung hier im Saarland, haben beste Möglichkeiten, die mit einzubringen in das Auto der Zukunft.

Daneben ist seit Neuestem das CISPA Helmholtz-Zentrum im Aufbau. Kein Auto wird selbstständig durch die Welt fahren, ohne dass die Informationssicherheit stimmt. Wir haben bald die Experten hierfür in Saarbrücken sitzen. Auch hier haben wir für das Auto der Zukunft die besten Möglichkeiten, die traditionellen, die konventionellen Technologien zu verbinden mit neuen Möglichkeiten des Automotive-Sektors.

Es wird auch weiterhin auf die traditionellen Fähigkeiten ankommen. Deswegen brauchen wir in Zukunft einen breiten Mix der Antriebstechnologien. Es wird kein Weg an E-Autos vorbeiführen, vielleicht kommt auch Wasserstoffantrieb mit hinzu, aber es braucht auch einen Platz für die klassischen Verbrennungsmotoren. Auch der Diesel hat Zukunft, meine Damen und Herren, deswegen müssen wir uns zum Diesel bekennen und zum traditionellen Verbrennungsmotor.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Trotz alledem müssen wir feststellen, der heute weltweit größte Absatzmarkt ist nicht Europa und sind nicht die Vereinigten Staaten, der größte Absatzmarkt der Welt ist China. Die deutschen Autobauer haben viele Jahre davon profitiert. Heute hängen allein in Deutschland 900.000 Arbeitsplätze am Verkauf der Autos nach China. Dort werden eben auch die neuen Maßstäbe gesetzt. In den Mega-Citys in China kann man fast nicht anders, als auf E-Motoren zu setzen, sonst ersticken die sozusagen in ihren eigenen Abgasen. Hier werden eben auch neue Maßstäbe gesetzt. Und wenn in China als weltweit größtem Absatzmarkt das E-Auto eine Rolle spielt, können die deutschen Autobauer eben nicht daneben-

stehen und zuschauen, dann müssen sie eben auch in diesen Bereichen neue Kompetenzen entwickeln.

Es geht da auch um mehr. Der BDI hat dieser Tage darauf hingewiesen, dass es die Industrie-Perspektive „Made in China 2025“ gibt. Heute ist es noch so, dass man in China froh ist, einen Mercedes, einen Ford oder einen BMW zu fahren, aber auch die chinesischen Autohersteller sind schwer im Kommen. Es geht China darum, eine eigene Industrieproduktion aufzubauen. Wir müssen uns hier anstrengen, im Wettbewerb bestehen zu können, zumal der Wettbewerb vielleicht nicht immer ganz fair ist. Wenn man sich den Staatskapitalismus in China anschaut, muss man sagen, dort herrschen nicht immer die gleichen Bedingungen wie bei uns. Bei uns gibt es freien Marktzugang, aber in China wird vielleicht mit zweierlei Maß gemessen. Trotzdem hat man in China die Zeichen der Zeit erkannt und sich beispielsweise Schürfrechte an wichtigen Kobaltvorkommen gesichert. Ich glaube, hier müssen wir als Europa aufholen.

Welche Rolle die angekündigte Kooperation von Volkswagen und Ford spielen wird, müssen wir abwarten. In der Rede steht ja auch, dass sich die Kooperation auf das E-Auto erweitern wird. Wir müssen aber feststellen, dass das E-Auto eine weitaus geringere Fertigungstiefe hat als das traditionelle Auto. Das heißt, wenn wir auf den E-Motor umstellen, wird es tendenziell weniger Beschäftigung geben.

Ich möchte zum Schluss kommen und zusammenfassen. Die angekündigten Stellenreduzierungen bei Ford, Eberspächer und Bosch haben viele Gründe. Es sind hausgemachte Fehler, auch das muss gesagt werden, und auch die Betrügereien der Autobauer und mancher Zulieferer. Man hat Trends für neue Antriebe verschlafen, die E-Mobilität, vielleicht auch den Wasserstoffantrieb. Es sind Handelskriege, der versäumte TTIP und der Brexit. Es ist natürlich auch eine sich langsam eintrübende Konjunktur. Wir haben in den letzten zehn Jahren, seit der Weltwirtschaftskrise, einen Aufschwung von einer Dauer erlebt, wie wir das seit dem sogenannten Wirtschaftswunder der Sechzigerjahre nicht mehr erlebt haben. Wir müssen auch besser werden, was Wissensrückstand, aber auch den Technologietransfer angeht. Wenn wir die besten Forscher haben, müssen wir künftig auch mehr dafür sorgen, dass der Technologietransfer in den Unternehmen in echte Wertschöpfung umgesetzt wird.

Heute sind wir der drittgrößte Automotive-Standort in Deutschland. 44.000 Saarländerinnen und Saarländer sind zur Stunde direkt im Automotive-Bereich beschäftigt. Wir haben 260 Unternehmen, die einen Umsatz von 17 Milliarden Euro erzielen. Sie sorgen deutschlandweit für eine Wertschöpfung von 12 Mil-

**(Abg. Speicher (CDU))**

liarden Euro. 100.000 Arbeitsplätze werden dadurch gesichert.

Ich meine, dass auch die Beispiele eben gezeigt haben, dass wir von den neuen Megatrends profitieren können. Wir sind ein wettbewerbsfähiger Standort, wir können auch für die neuen Zukunftsfelder Modellregion werden. Wir haben das CISPA Helmholtz-Zentrum, das Know-how in den Unternehmen, das DFKI, das Testfeld für Autonomes Fahren - hier hat der Ministerpräsident gerade vor wenigen Tagen noch mal die Projektunterstützung verlängert und erhöht. Es gibt auch neue Themen. Das Beispiel Tesla wurde genannt. Ganz zeitgemäß hat der Ministerpräsident bei Twitter den Tweet von Elon Musk aufgegriffen, was einen möglichen Standort im Saarland betrifft. Es gibt aber auch die Gespräche bei Ford, der Ministerpräsident und die Wirtschaftsministerin haben das Forschungszentrum in Aachen besucht.

Wenn wir diese Chancen nutzen, bleibt der Automobilsektor auch ein Wachstumsmarkt. Die Zukunftsstudie Autoland Saarland, die 2017 unter Federführung der damaligen Ministerpräsidentin erstellt worden ist, kam zu vielen Schlüssen und hat auch einen Ausblick auf das Jahr 2030 gewagt. Ich vermute, dass 2030 vielleicht der ein oder andere Diesel, der heute aus Deutschland verschwindet, immer noch in Ägypten oder Albanien fährt. Trotz alledem werden im Jahr 2030 weltweit 120 Millionen neue Fahrzeuge zugelassen. Die Prognose ist, dass auch weiterhin 50 Millionen davon einen Verbrennungsmotor haben werden. Das heißt, wir haben ein Zeitfenster, das wir in den nächsten Jahren nutzen können, um unsere Stärken weiterzuentwickeln.

Es ist wichtig, dass wir Industrieland bleiben. Das ist mehr als bloße Beschreibung der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts, das ist mehr als bloße Darstellung der Arbeitsplatzverteilung im Saarland, das gehört für uns im Saarland zur DNA. Wir feiern im nächsten Jahr 100 Jahre Saarland. Unser Land gibt es eigentlich nur deshalb als eigenständiges Bundesland, weil wir Industrieregion gewesen sind. Wir haben in 100 Jahren eigentlich immer kämpfen müssen, wir haben Strukturwandel gelebt. Und wenn einer in Deutschland Strukturwandel kann, meine Damen und Herren, dann sind wir es! Diese Chance müssen wir ergreifen. Es geht darum, dass wir das erfolgreich tun.

Ich denke noch mal an den Maler und Lackierer vom Anfang meiner Rede. Auch er soll in fünf Jahren in den gesicherten Ruhestand gehen können. Ich denke an den Familienvater mit den drei Kindern, er soll auch in 20 Jahren noch bei den Ford-Werken in Saarlouis arbeiten können. Ich denke an seine Kinder, eines geht vielleicht zur neuen Ausgründung des DFKI nach Saarbrücken, die eine weltweit füh-

rende Stellung im Bereich des Autonomen Fahrens hat, ein anderes geht vielleicht zu den Ford-Werken.

Ich möchte am Schluss die Automotive-Studie zitieren: Es gibt durchaus Chancen für eine erfolgreiche Bewältigung des bevorstehenden Strukturwandels. Das Saarland ist ein exzellenter Produktionsstandort auch für das Auto der Zukunft und hat eine Forschungslandschaft, die an strategisch wichtigen Themen arbeitet. - Ich finde, diese Chance können wir gemeinsam nutzen. Wir haben alle Möglichkeiten, das zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank. - Herr Müller hat um eine Kurzintervention gebeten. Ich lasse sie zu. Sie haben das Wort.

**Abg. Müller (AfD):**

Herr Speicher, Sie haben von diesem Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe gesprochen und von der Abzockerei dieser Leute. Die Möglichkeit dazu haben Sie, Ihre Parteien in Regierungsverantwortung, diesen Abmahnorganisationen gegeben. Das ist das eine.

Zweitens: Herr Lafontaine, Sie haben von den Babys gesprochen. Das ist ein sehr schönes Bild. Babys halten sich auch in Wohnungen und in Küchen auf, dort sind die gemessenen Grenzwerte wesentlich höher.

**Vizepräsidentin Ries:**

Das Wort hat jetzt Marc Speicher, weil eine Kurzintervention sich nur auf den letzten Redner zu beziehen hat und nicht auf den Redner davor.

(Abg. Müller (AfD): Dann nehme ich alles zurück!)

**Abg. Speicher (CDU):**

Ich habe in 18 Minuten deutlich gemacht, dass das Thema weit über das hinausgeht, was Sie in diesen fünf Zeilen geschrieben haben. Schuld ist Europa, steht in Ihrem Antrag. Drei Zeilen, mehr sind Ihnen die Mitarbeiter bei den Ford-Werken nicht wert, das ist erschreckend. Das Thema ist weitaus größer als Sie es dargestellt haben. Es geht um weltweite Veränderungen im Automotive-Sektor, denen müssen wir begegnen, nicht durch Arme verschränken, sondern indem wir das aktiv angehen. Wir haben dazu die ersten Maßnahmen eingeleitet, das müssen wir weiterverfolgen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Das Wort hat nun die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Anke Rehlinger.

**Ministerin Rehlinger:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist vom Kollegen Speicher zutreffend beschrieben worden: Der Antrag der AfD ist in der Sache falsch und überdies, wie man auf Neudeutsch sagt, unterkomplex. Damit ist er, glaube ich, hinreichend und abschließend beschrieben angesichts der Herausforderung, vor der wir stehen.

Ich will mit der Überschrift des gemeinsamen Antrags von SPD und CDU anfangen, die lautet, dass die Automobilindustrie sich im Umbruch befindet. Das sagt zunächst zweierlei aus. Erstens, dass es auf der Zeitschiene tatsächlich eine Entwicklung gibt, die durchaus nicht so langfristig in der Entwicklung angelegt ist, wie wir uns das wünschen würden, und die zweitens vom Umfang her so bedeutsam ist, dass sie nicht mit einfachen Antworten belegt werden kann, sondern dass eine Vielzahl von Antworten gegeben werden muss und man sich sehr differenziert ans Werk machen muss.

Die Herausforderungen, die sich durch diese Umbruchsituation ergeben, werden nicht nur das Saarland, sondern die Automobilindustrie in Deutschland insgesamt betreffen. Wir müssen aber sehen, dass wir hier im Saarland eine ganz besonders ausgeprägte Betroffenheit haben, die Zahlen sind eben genannt worden. Ich will sie nicht wiederholen, sondern sie nur ins Verhältnis setzen, damit die Saarländerinnen und Saarländer ein Gefühl dafür entwickeln können, was das bedeutet, wenn davon gesprochen wird, dass wir in der saarländischen Automobilindustrie 44.000 Beschäftigte haben. 44.000 Beschäftigte von wie vielen denn im Saarland? Von 380.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Daran merkt man schon, was alleine diese Branche für eine Bedeutung hat. Wir können uns an viele Debatten auch hier in diesem Haus erinnern, bei denen es um den Erhalt der Stahlindustrie in Deutschland, aber auch im Saarland ging. Da war immer von 22.000 Beschäftigten die Rede mit vor- und nachgelagerten Bereichen und von 12.000 unmittelbar in der Stahlindustrie. Das auch, um die Bedeutung dieser Arbeitsplätze ins Verhältnis zu setzen.

Das heißt, wir haben alleine schon quantitativ betrachtet eine riesige Betroffenheit, qualitativ betrachtet natürlich auch, weil es sich um Arbeitsplätze handelt, die sehr regelmäßig unserem Motiv der Guten Arbeit entsprechen, nämlich sowohl in der Ausgestaltung als auch in der Bezahlung. Wir haben eben an Beispielen von Marc Speicher gehört, was das in der konkreten Betroffenheit heißt, wenn dort die dritte Schicht wegfällt. Da geht es nicht nur um den Arbeitsplatz, der damit verbunden ist, sondern es ist die sogenannte Dauernachtschicht, die wegfällt. Damit ist auch ein ganz anderes Einkommen verbunden als bei Arbeitsplätzen außerhalb von Ford, aber

auch im Verhältnis zu Arbeitsplätzen bei Ford im Wechsel von Früh- und Mittagsschicht. Wir haben gehört, was das für konkrete Lebenssituationen bedeutet. Damit meine ich nicht nur irgendwelche Dinge, die schön sind, wenn man sie in seinem Leben hat, sondern auch Baufinanzierungen et cetera. Das sind Fragestellungen, die nicht abstrakt zu diskutieren sind, sondern mit denen sich jetzt viele Beschäftigte bei Ford ganz konkret auseinandersetzen haben. Deshalb ist daraus eine große Betroffenheit entstanden, als wir Ende des Jahres diese Nachricht so konkret gehört haben.

Ich will das in einen etwas größeren Zusammenhang stellen, was dankenswerterweise auch von den meisten Vorrednern getan worden ist. Ford ist das, was wir an Auswirkungen unmittelbar vor der Haustür haben. Damit ist aber nicht das ganze Thema abgebildet. Bei Ford kommen teilweise Ursachen zum Tragen, die an anderer Stelle nicht zum Tragen kommen, teilweise aber auch Ursachen, die alles überlagern und die Automobilindustrie insgesamt betreffen. Dabei ist die Debatte um den Diesel ein Faktor von vielen, aber auch die Frage, welche Antriebstechnologie wir insgesamt haben wollen, und natürlich, punktuell betrachtet, der Diesel-Skandal, der mit reingespielt hat.

Ich bin ganz bei Hans Peter Kurtz und Oskar Lafontaine, die die Verfehlungen der Automobilindustrie deutlich gemacht haben. Ich stehe wirklich nicht in Verdacht, vorschnell gegen Industriekonzerne agitieren zu wollen, aber man muss schon in aller Deutlichkeit sagen, dass hier bei einem Fahrzeug Eigenschaften versprochen wurden, die nicht gegeben sind. Wenn man das nicht im großen Stil für VW betrachtet, sondern im kleinen praktischen Stil - ich schaue den Kollege Wegner an -, wenn es saarländische Handwerker gibt, die Kunden Eigenschaften zusichern bei dem, was sie tun, und diese Eigenschaften liegen nicht vor, dann sind sie nach unserem deutschen Recht mindestens zur Nachbesserung verpflichtet. Deshalb wundere ich mich, dass solche ganz einfachen Prinzipien im Grunde genommen nicht ankommen, wenn im großen Stil Eigenschaften zugesichert worden sind, die am Ende des Tages nicht eingehalten wurden.

Ich finde, es fehlt immer noch das notwendige Verständnis. Ich sage aber auch ausdrücklich, wahrscheinlich mehr außerhalb dieses Raumes als in diesem Raum, möglicherweise ist es von jeder Stelle der deutschen Politik an die Hersteller so nicht hinreichend deutlich adressiert worden. Ein Mangel der Vergangenheit ändert aber nichts an der Klarheit und Eindeutigkeit dieser Feststellung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

(Ministerin Rehlinger)

Welche Antriebstechnologien es sein werden, das ist für die Zukunft natürlich ganz maßgeblich. Ich bin sehr bei denjenigen, die sagen, man wird das heute nicht voll abschließend sagen können. Man wird wahrscheinlich überhaupt nicht sagen können, es ist die eine Antriebstechnologie. Wann welche in welchem Marktanteil zum Tragen kommen wird, kann man heute wohl auch nicht sagen.

Ich will noch ein Stichwort nennen, das in der Debatte noch gar nicht vorgekommen ist. Neben der Frage, was man alles machen muss, welche Modelle und welche Antriebe man wählen muss, um die CO<sub>2</sub>-Flottenvorgaben als Unternehmen einhalten zu können, kann man die Frage, ob jemand dieses Auto kauft, weil der Preis stimmt, weil die Praktikabilität stimmt, weil die Infrastruktur, die ich dafür brauche, vorhanden ist, nicht in allen Fällen vorbehaltlos mit Ja beantworten. Die Infrastruktur ist in weiten Teilen noch nicht so weit, als dass all die angekündigten Elektrofahrzeuge, von denen ich in letzter Zeit in den Pressemitteilungen von Autoherstellern in Deutschland gelesen habe, tatsächlich Abnehmer finden würden.

Ich meine das im doppelten Sinne. Die unmittelbare Frage ist: Habe ich überhaupt eine Lademöglichkeit und damit die hierfür notwendige Infrastruktur? Es geht aber auch um die Frage, welcher Strom aus dieser Infrastruktur kommt, wenn sie denn vorhanden ist. Wir haben zudem ein dahinter liegendes Infrastrukturproblem, nämlich das des Netzausbaus im Energiebereich, das mitnichten gelöst ist. Ich glaube, seit dem letzten Mal, als wir hier gestanden und darüber gesprochen haben, sind immer noch nicht viele Kilometer Kabel verlegt worden, um die erzeugte Windenergie aus anderen Bereichen tatsächlich dorthin transportieren zu können, wo sie gebraucht wird, insbesondere dann, wenn in den nächsten Jahren auch noch Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Dahinter liegt also eine völlig ungeklärte Frage der Infrastruktur, und zwar unabhängig davon, wie viele Fahrzeuge dieser Art man in der Zukunft zu produzieren gedenkt oder nicht. Deshalb weiß ich auch gar nicht, ob die Pläne alle aufgehen, denn die Fahrzeuge müssen am Ende des Tages auch gekauft werden, unabhängig davon, was in den Konzernzentralen geplant wurde.

Vernetztes und autonomes Fahren ist sicherlich eine spannende Frage, auch eine Frage von Mobilität, insbesondere in Städten, auch eine Frage, die zu insgesamt interessanten Debatten führen kann, etwa beim Thema Klimaschutz und wie der Verkehrssektor dazu seinen Beitrag leisten kann, vor allem aber auch darüber, wie man interessante Projekte in die Realität umsetzen kann.

Das Thema Handelspolitik der USA ist angesprochen worden. Auch in diesem Hause war es schon

Thema. Ich glaube, heute ist nicht nur die Handelspolitik der USA aktuell aufzugreifen, sondern natürlich auch die Debatte um den Brexit. Und damit komme ich schon ein wenig mehr zu den konkreten Fragen, die insbesondere auch für den Ford-Standort eine besondere Rolle gespielt haben, auch wenn es darum geht zu verstehen, weshalb diese Entscheidungen jetzt erst einmal so getroffen worden sind, wie sie getroffen worden sind.

Die Entscheidung gestern war sicherlich nicht ganz überraschend, trotzdem finde ich, dass sie ein Rückschritt ist, wenn es darum geht, zumindest einen geordneten Brexit vollziehen zu können. Es ist sicherlich kein Geheimnis, dass ich eher der Auffassung bin, dass der Brexit als solcher schon keine gute Lösung an der Stelle darstellt. Die schlechteste aller Lösungen wäre allerdings ein ungeordneter Brexit. Wenn man allein die Vorboten nimmt, die bereits ihre Auswirkungen auf den Standort in Saarlouis gezeigt haben, dann kann man sich gut ausmalen, was es heißt, wenn das am Ende des Tages auch noch vollzogen ist. Dann reden wir nämlich über Zölle, und zwar in nicht unerheblichem Maße, die dann wiederum dazu führen, dass die Zahlen der produzierten Fahrzeuge in Standorten außerhalb von Großbritannien deutlich zurückgehen werden. Jedes dritte Fahrzeug aus Saarlouis geht nach Großbritannien. Wenn man 20 Prozent Zoll draufrechnet, ist das eine Hausnummer, die natürlich den Standort nicht gerade nach vorne bringen wird.

Insofern, um das abschließend zum Brexit noch zu sagen, wäre es vielleicht eine ganz gute Gelegenheit, am heutigen Tag und an den folgenden Tagen auch in Großbritannien einmal darüber nachzudenken, ob man den Ausstieg aus der Europäischen Union nicht noch einmal bei den Britinnen und den Briten zur Abstimmung stellen sollte, nachdem jetzt deutlich geworden ist, welche Auswirkungen das für das Land und erst recht für die Europäische Union hätte. Ich habe große Sympathie dafür, darüber nachzudenken, hier ein zweites Referendum anzustoßen. Es wäre meiner Ansicht nach eine gute Entscheidung für Großbritannien. Es wäre eine gute Entscheidung auch für Europa, für den saarländischen Industriestandort und für Saarlouis erst recht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Hinzu kommt an dieser Stelle - damit kommen wir auch ein bisschen näher in die Unternehmensstrukturen - auch Modellpolitik. Sie ist eben angerissen worden. Wir müssen schlicht und ergreifend zur Kenntnis nehmen, dass es ein Verhältnis gibt zwischen dieser dritten Schicht, der Nachtschicht, der Anzahl der produzierten Fahrzeuge, was den C-MAX angeht, und der Frage, ob dieses Auto auch zukünftig auf dem Markt noch einen Absatz findet oder nicht. Es mag nicht jedem gefallen, wir müssen

**(Ministerin Rehlinger)**

allerdings feststellen, dass die Käuferinnen und Käufer derzeit mehr Interesse an SUVs haben als an Vans. Und da muss sich das Unternehmen schon die Frage gefallen lassen, ob das eine kluge und vorausschauende Modellpolitik gewesen ist oder nicht. Ich meine, wir sind näher an Letzterem. Wie auch immer, am Ende des Tages wird man wohl kaum ein Fahrzeug produzieren können, das niemand mehr kaufen möchte. Insofern ist dieser Zusammenhang gegeben.

An uns liegt es jetzt - das ist, glaube ich, die entscheidende Aufgabe -, erstens kurzfristig dafür zu sorgen, dass die Anzahl der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch diese Maßnahme so klein wie möglich gehalten wird, und zweitens dafür zu sorgen, dass die Betroffenheit für diejenigen, die es dann angeht, so gering wie möglich ist. In dem Zusammenhang finden zunächst einmal auch Gespräche mit dem Betriebsrat, mit den Gewerkschaften und der Unternehmensleitung statt. Wir sind natürlich mit beiden Seiten im Gespräch und stehen letztendlich für alles zur Verfügung.

Gleichzeitig müssen wir nicht nur kurzfristig am Ball bleiben, sondern darüber hinaus auch mittel- und langfristig die Hausaufgaben erledigen. Da gilt es natürlich auch den Vorgaben des Unternehmens entsprechend - auch die mögen einem nicht gefallen, aber sie sind nun einmal in der Welt - die Profitabilität dieses Standortes so abzubilden, dass Entscheidungen nicht gegen, sondern für diesen Standort getroffen werden. Das sind Entscheidungen, die vor allem über das Jahr 2024 hinaus ihre Wirkung entfalten. Wenn es darum geht, in diesem Jahr die Hausaufgaben so zu erledigen und bei einer Draufsicht im Jahr 2020 sich so zu präsentieren, dass für Saarlouis auch wieder Investitionsentscheidungen getroffen werden können, damit man 2024 im Rennen bleibt, dann ist es, glaube ich, die zentrale Aufgabe, dass wir alle miteinander dafür alles zusammentragen, was wir an Möglichkeiten haben.

Kollege Lafontaine, Sie haben völlig recht: Dazu zählt natürlich auch das, was wir schon eingebracht haben und was wir damit an Bekenntnis - auch in Euro und Cent ausgedrücktem Bekenntnis - zum Unternehmen zum Ausdruck gebracht haben. Dazu zählt ganz sicher der Supplier Park. Dazu zählt aber auch ganz ausdrücklich unser letztes Engagement, das wir an den Tag gelegt haben, damit der neue Ford Focus überhaupt bei uns anläuft. Sie dürfen sicher sein, dass wir das dort in Erinnerung rufen. Das haben wir bereits. Das wird auch in den folgenden Gesprächen immer wieder eine Rolle spielen. Insofern ist völlig klar: Auch jede Vorgängerregierung hier im Saarland hat sich immer und stets zu Ford als Unternehmen und zu Saarlouis als Standort bekannt. Jetzt ist es an der Zeit, auch umgekehrt einzufordern, dass das Unternehmen sich zum Saar-

land und zu Saarlouis bekennt, vor allem auch zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die viele Jahre dazu beigetragen haben, dass man hier gute Produkte hergestellt hat, meine sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Wir haben die Schreckensnachricht schon Ende des Jahres erfahren. Am Anfang des Jahres gab es den erneuten Aufschlag. Da ist das Ganze noch einmal in einen größeren europäischen Zusammenhang gestellt worden, der auch deutlich macht, dass das nichts ist, was Ford Saarlouis isoliert trifft, sondern dass es eine - so vermute ich - auch in den Umfängen noch deutlich größere Betroffenheit gibt, was vor allem auch den Standort in Köln angeht.

Wir müssen natürlich - das ist dankenswerterweise schon gesagt worden - den Blick nicht nur verengt auf Ford selber richten, sondern auch auf den Supplier Park. 1.600 Beschäftigte bei Ford. An der Stelle mache ich im Übrigen keinen Unterschied zwischen solchen, die unbefristet beschäftigt waren, und solchen, die in einem Leiharbeitsverhältnis dort gewesen sind. Am Ende des Tages gibt es 1.600 Stellen weniger, auf denen jemand arbeiten kann. Es kommt hinzu, dass gerade bei den Unternehmen im Supplier Park die Flexibilität, so etwas abzufedern, möglicherweise geringer ausgeprägt ist, als das in den großen Unternehmen der Fall ist. Insofern sind wir dort ganz eng im Gespräch, auch mit den einzelnen Betrieben vor Ort, um gegebenenfalls noch mit eingreifen zu können.

Soweit es darum geht zu sagen, was das Land jetzt noch auf dem Weg mitgeben kann, um eine positive Entscheidung für den Standort in Saarlouis auch für die Zukunft bewirken zu können, sitzen wir dran. Insofern ist es gut, dass wir heute noch einmal darüber debattieren. Es ist auch bereits eine Reihe von Gesprächen mit der Unternehmensleitung vor Ort geführt worden, also mit der Standortleitung, aber auch mit allen, die für den Supplier Park Verantwortung tragen oder auch an anderen Stellen etwas mit Standortfaktoren zu tun haben, um auszuloten, was wir mit anbieten können, um die Attraktivität dieses Standortes mit abzubilden. Das wird ein Papier mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen sein, das wir natürlich dann auch vorstellen, abgestimmt mit der Arbeitnehmerseite, aber auch in Köln hinterlegt, um damit letztendlich auch die Entscheidungen in Detroit im positiven Sinne beeinflussen zu können.

Was die Ausführungen angeht, dass das Ganze nicht nur hier im Saarland bearbeitet werden soll, sondern natürlich auch die entsprechende Unterstützung von Vertreterinnen und Vertretern in Berlin finden soll, kann ich das nur begrüßen. Zu Ihrer Anregung, dass wir uns an den Bundeswirtschaftsminis-

(Ministerin Rehlinger)

ter wenden sollen, gerade mit Blick auf die Frage der Batteriezellenfertigung und der getätigten Ankündigung im Kontext der Kompensation des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung in den ostdeutschen Bundesländern, darf ich allerdings der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass ich bereits ein Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister abgesandt habe, schon Ende letzten Jahres. Es liegt ihm vor. Ich habe selbstverständlich diese gute Idee aufgegriffen und darauf hingewiesen, dass ich sie für genauso gut empfinden würde, wenn man sie auch im Saarland realisierte. Die Forderung ist bereits erfüllt. Ich bedanke mich trotzdem noch einmal für die Anregung und die Bestätigung, dass es offensichtlich keine schlechte Idee war, diesen Weg an dieser Stelle einzuschlagen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

Das war der engere Blick auf Ford. Der Blick auf die Automobilindustrie im Saarland ist natürlich ein weiterer und im Übrigen auch unterschiedlicher in der Betroffenheit. Wir haben eine Reihe von Unternehmen. Die werden jetzt - und sind teilweise schon - negativ betroffen. Es gibt einige, die haben jetzt den Gang eingelegt und sind noch einmal mit großer Geschwindigkeit angefahren. Dazu zählt ganz sicherlich ZF mit einer wesentlichen Strukturentscheidung. Der Kollege Hans Peter Kurtz hat sie genannt. Das ist ein wenig untergegangen wegen des eben bereits genannten Parteitages, der parallel die Medienlage etwas beherrscht hat. Man kann es aber gar nicht oft genug wiederholen, denn in der Summe hat ZF Getriebe sich dafür entschieden, alleine in Saarbrücken ein Invest von 800 Millionen Euro zu tätigen. 800 Millionen Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine kleine Hausnummer! Man hat damit auch eine unternehmensstrategische Entscheidung getroffen, indem man gesagt hat, wir setzen jetzt zumindest eine Zeit lang - wie lange das gelten wird, weiß kein Mensch -, jedenfalls auf absehbare Zeit auf die Hybridtechnologie und wir nehmen dafür das Geld in die Hand. Schade, dass es untergegangen ist, gut ist die Botschaft für alle ZFler trotzdem. Wer die Bedeutung von ZF für die Automobilindustrie und die Zuliefererindustrie kennt, weiß, dass dies auch weit darüber hinaus der Fall ist.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Daneben gibt es die Themen Wasserstoff und E-Fuels, die sicherlich noch nicht so auf die Rampe geschoben sind wie das Thema Elektromobilität, aber sie haben meiner Meinung nach durchaus Potenzial für das Saarland. Das Spannende dabei ist die Frage, ob nicht nur wir als Regierung, als Landtag oder als was auch immer sie spannend finden, sondern ob wir auch industrielle Partner haben, die die Themen spannend finden. Hier gibt es gute An-

zeichen. Wir sind in Gesprächen, um es zusammenzutragen, dies mit ganz konkreten Vorstellungen von Betrieben, die im Saarland bereits aktiv sind, um auch in diesem Feld unterwegs zu sein.

Insgesamt möchte ich Folgendes festhalten: Es ist eine kluge Zukunftsstrategie, wenn wir für den Erhalt der Industrie kämpfen und gleichzeitig dem Umwelt- und Klimaschutz Rechnung tragen. Alles andere wäre ein völlig falscher Eindruck, der aber Gott sei Dank im überwiegenden Teil unserer Debatte nicht entstanden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf es nicht gegeneinander ausspielen. Das gilt für die Stahl- und die Automobilindustrie. Nur zusammen gedacht macht es Sinn für dieses Land. Das ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wenn diese Debatten um die schwierige Situation des einen oder anderen Unternehmens zumindest ein Gutes haben, dann ist dies doch, dass wir die Gelegenheit und den Raum haben, ein paar Debatten vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das ist eben hier geschehen, nämlich als es um die Frage ging, was man tun muss, um Klimaschutz zu betreiben. Hier gibt es viel Wirres in der Welt, das möchte ich betonen. Wir haben die Problematik mit den NOx-Werten. Dass wir sagen, wir müssen den Diesel verteufeln, und alle glauben, dass damit gleichzeitig das Klimaschutzproblem gelöst sei, ist ein Stück aus dem Tollhaus in Deutschland. Wir sollten keine Gelegenheit auslassen - ich ermuntere Sie und fordere Sie alle als verantwortliche Politikerinnen und Politiker dazu auf -, in diesem Land dazu beizutragen, dass man deutlich macht, dass wir, wenn wir tatsächlich Klimaschutzziele in diesem Land erreichen wollen, im Grunde genommen auf die Diesel-Technologie angewiesen sind. Ich sage das nicht ohne Anspruch, denn es sollte nicht der Stand der Diesel-Technologie von heute bleiben, sondern wir verbinden damit natürlich die Forderung an die Unternehmen, sich weiteren echten Innovationen, aber keinen Trickereien zu verschreiben, um die Diesel-Technologie weiter nach vorne zu bringen. Ich glaube, wir brauchen sie, um in diesem Land weiterhin Klimaschutz zu betreiben. Das sollte man immer wieder und bei jeder Gelegenheit sagen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Insbesondere die Ausführungen zu der Frage, welche Bedeutung die Automobilindustrie für dieses Land hat, und auch die vielen Debatten, die wir bereits zum Stahl in diesem Land geführt haben, all dies zusammengenommen macht deutlich, vor welcher Aufgabe wir im Jahr 2019, durchaus aber auch in den folgenden Jahren stehen, nämlich vor der als nicht zu gering einzuschätzenden Aufgabe, den industriellen Kern unseres Bundeslandes wettbe-

**(Ministerin Rehlinger)**

werbsfähig zu erhalten. Das ist die Aufgabenbeschreibung, um die es geht. Die Problemlagen, die dem entgegenstehen, sind vielfältig, unterschiedlich ausgeprägt und unterschiedlich in der Betroffenheit der Unternehmen. Es ist eine nicht ganz einfache Aufgabe, vor der wir gemeinsam stehen. Deswegen kann die Antwort darauf auch nur eine gemeinsame Kraftanstrengung sein, eine der saarländischen Landesregierung mit den parlamentarischen Partnern, vor allem aber auch mit den industriellen Partnern. Das erfordert Engagement und Augenmaß und insbesondere einen Schulterschluss aller, die daran ein echtes Interesse haben. Ich glaube, letztendlich erfordert es auch Zukunftsoptimismus und den Glauben daran, dass man es schaffen kann. Ich finde, die Geschichte des Saarlandes ist dafür Motivation genug. Wir haben es noch immer geschafft, und es gibt keinen Grund, warum wir nicht daran glauben sollten, dass es uns diesmal nicht auch gelingt, meine sehr verehrten Damen und Herren! - Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Oskar Lafontaine. Herr Lafontaine, Ihre Redezeit ist verdoppelt, da Frau Ministerin etwas länger geredet hat. Sie haben jetzt 8 Minuten 36 Sekunden. Jede andere Fraktion hat ebenfalls 4 Minuten 28 Sekunden zusätzlich.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Ich werde die 8 Minuten 36 Sekunden nicht in Anspruch nehmen. Ich kann mich kurz fassen. - Zunächst einmal stimme ich Ihren Ausführungen zu. Ich freue mich auch, dass Sie Kontakt zum Bundeswirtschaftsminister aufgenommen haben, nur würde das heißen, dass Sie unserem Antrag vollumfänglich zustimmen können, denn sonst würden Sie praktisch Ihre eigene Politik ablehnen. Ich bitte Sie also, das noch einmal zu überlegen.

(Ministerin Rehlinger: Der ist erledigt durch Regierungshandeln! Das kennen Sie doch noch! - Heiterkeit, Lachen und vereinzelt Beifall.)

Ich will Ihnen das natürlich gönnen, aber es ist erst erledigt - das meine ich ganz ernst -, wenn etwas dabei herauskommt.

(Erneuter Zuruf von Ministerin Rehlinger.)

Was ich am Bundeswirtschaftsminister kritisiere, ich habe das hier schon öfter gesagt, ist, dass kleinere Leistungen bisher nicht erbracht worden sind. Hier geht es um ein Projekt, bei dem er mehrere Standorte bedienen kann. Deswegen halte ich es für legitim zu sagen: „Peter Altmaier, du hast auch die Verpflichtung, etwas für dein Land zu tun! Erledigt ist es

erst, wenn es wirklich realisiert ist.“ Das wollte ich sagen.

(Beifall von der LINKEN.)

Zu meinem zweiten Punkt. Der Kollege Speicher hat eine ganze Reihe von Argumenten vorgetragen, denen ich zustimmen kann. Ich brauche sie nicht alle zu wiederholen. Sie haben aber zwei Dinge angesprochen, die ich noch einmal aufgreifen muss, weil Sie an dieser Stelle ideologisch argumentiert haben. Das ist zum Ersten der Brexit, eine ganz wichtige Frage, da sind wir uns einig. Aber warum kommt so etwas? - Das hat etwas damit zu tun, dass wir Europa nur dann zusammenhalten, wenn wir fair sind gegenüber unseren Partnern. Dabei geht es zunächst einmal um Fairness gegenüber der Wirtschaft. Das verträgt sich aber überhaupt nicht mit konkurrierenden Staaten, mit den Handelsbilanzüberschüssen, die wir haben. Solange wir so weitermachen, werden wir Europa weiter auseinandertreiben. Das ist mein erster Punkt zum Brexit.

Das andere ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Da werden Sie ideologisch nicht mitkommen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat nach allgemeiner Meinung in Großbritannien dazu geführt, dass im Niedriglohnsektor große Konkurrenz herrschte, die Leute unzufrieden waren und deshalb gegen Europa gestimmt haben. Das müssen Sie sich überlegen. Schauen Sie sich heute den Mindestlohn in Großbritannien an, vergleichen Sie ihn mit unserem niedrigen Mindestlohn. Das kann man also auf diese Art und Weise nicht machen. Die Regierung Schröder, der ich damals noch angehörte, hat viel später die Beschäftigungsmöglichkeit von Arbeitnehmern aus osteuropäischen Staaten bei uns zugelassen. Das hatte Gründe. Ich will Sie nur darauf hinweisen, denn man darf sich nicht widersprechen.

(Zurufe von der CDU.)

Der Höhepunkt der ideologischen Betrachtung, die Sie angestellt haben, war zum Thema TTIP. Ich will Ihnen sagen, dass Sie sich auch hier nicht widersprechen dürfen, denn warum haben wir diesen Diesel-Skandal? Warum hat es die Regierung bisher nicht geschafft, den Automobilkonzernen zu sagen: „Bis hierhin und nicht weiter, ersetzt der Bevölkerung erst einmal den Schaden, den ihr angerichtet habt!“? - Weil nach Meinung der großen Mehrheit der Deutschen die Wirtschaft einen viel zu großen Einfluss auf politische Entscheidungen hat. Das ist unsere Meinung. Sie mögen das anders sehen, aber die große Mehrheit der Deutschen sieht das so. TTIP haben wir nicht abgelehnt, weil wir bei Industriestaaten mit gleichem Wohlstandsniveau gegen den sogenannten Freihandel sind. Wir haben TTIP abgelehnt, weil es die Sondergerichtsbarkeit gegeben hätte, die dazu geführt hätte, dass, wenn irgendein Staat Umweltstandards höher gesetzt hätte,

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

dieser von der Industrie mit Milliardenforderungen verklagt worden wäre. Genau aus diesen Gründen haben wir TTIP abgelehnt und halten es auch heute noch für zwingend geboten, sich auf solche Dinge nicht einzulassen.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme des Antrages der AfD Drucksache 16/692 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/692 mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion. Dagegen gestimmt haben die CDU- und die SPD-Fraktion. Enthalten hat sich die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/700 - neu. Wer für die Annahme der Drucksache 16/700 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/700 - neu - mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Zugestimmt haben die CDU- und die SPD-Fraktion sowie die LINKE-Fraktion. Dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 16/701. Wer für die Annahme der Drucksache 16/701 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/701 mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Zugestimmt hat die DIE LINKE-Fraktion, dagegen die SPD- und die CDU-Fraktion. Enthalten hat sich die AfD-Fraktion.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das war eine leichte Geste der Wirtschaftsministerin. Wir haben das aufmerksam registriert.)

Das muss ich hier aber nicht dokumentieren.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das konnten Sie nicht sehen.)

Gut.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtags (Drucksache 16/697)**

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 16/697 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/697 einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben alle Fraktionen des Hauses.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 7) (Drucksache 16/688)**

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 16/688 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/688 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen des Hauses angenommen wurde.

Kolleginnen und Kollegen! Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

Anlage

**Präsident des Conseil Départemental de la Moselle Patrick Weiten (Departementrat des Départements Moselle):**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Ministerinnen und Minister! Sehr geehrte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre! Sehr geehrte Abgeordnete des Landtages! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn ich heute das Wort an Sie richte, tue ich dies im Ermessen der Ehre, die mir zuteilwird, denn ich bin der erste ausländische gewählte politische Vertreter, der an diesem Ort spricht.

Ganz besonders möchte ich hier meinem Freund, dem Landtagspräsidenten Stephan Toscani, dafür danken, dass er ein solches Ereignis möglich gemacht hat. Ohne unseren Austausch auf der „Faites de l'Allemand“ („Lern Fest Deutsch“) im letzten März in Stiring-Wendel wäre dies nicht möglich gewesen.

Ich danke Ihnen auch für Ihr Engagement für die deutsch-französische Zusammenarbeit und insbesondere für die Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und dem Département de la Moselle.

Die Ehre, die mir heute erwiesen wird, ist ein starkes Symbol der Anerkennung der tiefgehenden historischen Verbindungen, leidenschaftlich geknüpft durch den Willen und das Engagement für ein gemeinsames Streben, das uns als Quelle der Innovation für unsere Gebiete und Motivation für dauerhafte Vertiefung dient.

Es ist umso mehr eine Ehre, als der Kontext geeignet ist, die nachbarschaftliche Zusammenarbeit in den Mittelpunkt der deutsch-französischen Kooperation zu rücken und sie als einen wesentlichen Motor der letzteren anzusehen. Am 22. Januar werden der Präsident der Republik Frankreich, Emmanuel Macron, und die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, im Aachener Rathaus zusammenkommen, um einen neuen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit zu unterzeichnen, der gemeinhin „neuer Élysée-Vertrag“ genannt wird.

Die Veranstaltung ist reich an Lehren. Sie besiegelt die Idee, dass es unumgänglich ist, die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern über nachbarschaftliche Zusammenarbeit zu lenken, und zwar vor allem so, wie wir das gemeinsam getan haben.

Das Département de la Moselle und das Saarland gehören unbestreitbar zu den Pionieren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, durch die Entwicklung von starken Initiativen und Strukturprojekten für unsere Gebiete und immer auch im Dienste unserer Einwohner, um einen wahren Raum für

europäisches nachbarschaftliches Leben entstehen zu lassen, in dem sich jeder täglich davon überzeugen kann, was die Abschaffung der Grenzen bedeutet.

In dieser Zeit, in der manche Mauern bauen und Grenzen verstärken wollen, in einer diabolischen Logik des Rückbezugs auf sich selbst, können wir bekräftigen, dass es besser ist, Brücken zu bauen und sich für ein besseres Verständnis seines Nachbarn einzusetzen,

(Beifall des Hauses)

denn in Wahrheit kommt ein jeder nur auf diese Weise weiter und dies ist in Wahrheit die Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer Gebiete.

Eine weitere Lehre, die wir aus der baldigen Unterzeichnung zu ziehen haben, ist, dass sie weder im Département de la Moselle noch im Saarland stattfindet. Dies zeigt, in welchem Maße es unabdingbar ist, dass es uns gelingt, unsere Erfahrung und unsere Erfolge in unsere jeweiligen Hauptstädte zu tragen.

Es muss daran erinnert werden, dass es dieses Gebiet war, wo gemeinsam grenzüberschreitende Buslinien eingerichtet wurden dank dem Département de la Moselle und dem Saarland, dass es dieses Gebiet war, wo die erste grenzüberschreitende Straßenbahnlinie gebaut wurde, dass es dieses Gebiet war, wo zum ersten Mal über die Schaffung einer grenzüberschreitenden Metropole nachgedacht wurde.

Das Saarland und das Département de la Moselle sind zweifellos Pioniere und als solche anzuerkennen. Seit Jahrzehnten haben wir gemeinsam das System der Sprachassistentinnen entwickelt, um das Erlernen der Sprache des Nachbarn zu fördern, damit unsere jungen Menschen bessere Einstellungsvoraussetzungen haben. Um diese Lösung, die wir gemeinsam erdacht haben, werden wir von manchen beneidet, die vorgeben, sie neu zu entdecken. Mit Freude konnten wir den französischen Minister für nationale Bildung vernehmen, der seine Unterstützung für diese Methode aussprach in der Einschätzung, dass sie für das Erlernen einer Fremdsprache von klein auf die effizienteste sei.

Diese Dynamik und die gegenseitige, gemeinsame Erkenntnis der Herausforderungen hat dafür gesorgt, dass das Saarland sich dazu entschlossen hat, das Erlernen der französischen Sprache in den Mittelpunkt seiner Frankreichstrategie zu stellen und das Département de la Moselle das Erlernen der deutschen Sprache ins Herz seiner „Deutschland-Strategie“.

Diese Dynamik hat auch dafür gesorgt, dass wir hier, in unserer grenzüberschreitenden Großregion, gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, dem Großherzogtum Luxemburg, der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens das größte europäische grenzüberschreitende Projekt zur Mehrsprachigkeit, das Projekt SESAM GR, entwickeln, das vom Conseil Départemental de la Moselle geleitet wird. Das Projekt will unseren jungen Leuten sprachliche Werkzeuge an die Hand geben, indem es das Erlernen der Sprache des Nachbarn sowie den Erwerb der notwendigen interkulturellen Kompetenzen einfach und sinnvoll ermöglicht, denn das Beherrschen der Sprache und die Kenntnis des anderen sind nicht nur wichtig für die berufliche Mobilität, sondern auch und vor allem für die kulturelle Eingliederung und den Zusammenhalt.

Dank dieser Bemühungen lernen heute - unterschiedlich intensiv - 30.607 mosellaner Schüler, das sind 36,2 Prozent der 84.578 Schüler in Kindergärten und Grundschulen, Deutsch in der Früherziehung und 70 Prozent der mosellaner Schüler in der Sekundarstufe lernen Deutsch als erste oder zweite Fremdsprache, das sind 28.356 Schüler, davon 2,1 Prozent in bikulturellen Klassen.

Das Projekt hat zum ehrgeizigen Ziel, dass unsere Jugendlichen, die Bürger von morgen, die Werte kennenlernen, die uns leiten und die im Herzen des europäischen Projektes stehen, für das wir einstehen müssen. Ich wünsche mir, dass wir diese Dynamik gemeinsam noch verstärken können, indem wir die Einrichtung von Schulpartnerschaften voranbringen. Ich schlage Ihnen vor, dass jedes Collège im Département de la Moselle eine saarländische Partnerschule bekommt.

(Beifall des Hauses.)

Außerdem freue ich mich, hier vor Ihnen zu stehen, um Ihnen ganz direkt und einfach einen weiteren Vorschlag zu machen. Das Département de la Moselle hat einen Junior-Departementrat eingerichtet, der gerade neu einberufen wurde und soeben seine Arbeit aufgenommen hat. Diese Versammlung hat Maÿlis Kremer aus dem Kanton Bitche zur Präsidentin gewählt, was für ein Symbol: Grenzland sowohl zum Saarland als auch zu Rheinland-Pfalz. Seit seiner Schaffung war es der Wunsch des Departements, diese Versammlung für Grenzüberschreitendes und Erfahrungsaustausch für andere Versammlungen in der Großregion zu öffnen. Ich würde mich freuen, wenn ähnlich dem, was wir heute erleben, ein solcher Austausch zwischen unserer Junior-Departementversammlung und einer vergleichbaren Versammlung unserer saarländischen Nachbarn stattfinden könnte. Ich glaube, das wäre ebenfalls ein wichtiges Symbol, wenn unsere Juniorversammlungen mal hier, mal im Département de la Moselle tagen könnten. Ich bin mir sicher: Aus solchen Aus-

tauschen entstehen neue Ideen für Projekte für unsere Jugend, von denen wir die Gewissheit haben, dass sie unseren Jugendlichen und ihrer Entfaltung in einem offen grenzüberschreitenden Raum dienlich sind.

(Beifall des Hauses.)

In diesem Sinne haben wir erreicht, dass die Kultur zu einem wesentlichen Integrationsfaktor werden konnte und sich an der Annäherung der Menschen und der Schaffung eines gemeinsamen Gefühls der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Lebensraum beteiligt. Das Festival Perspectives ist hierfür ein offensichtlicher, lebendiger Beweis.

Wir gestalten die Projekte, indem wir regelmäßig Hindernisse durch Einfallsreichtum und Innovation überwinden. Anerkennung der sprachlichen Niveaus und der Ausbildungen, Arbeitsrecht, Vorschriften, Normen; all diese Hindernisse haben wir noch immer überwinden können.

In diesem Jahr nenne ich sehr gern das Beispiel des Europäischen Kulturparks Bliesbruck-Reinheim. Er ist der einzige wirklich deutsch-französische Standort. Er wurde vor 30 Jahren errichtet und überwindet täglich Hindernisse. So hat etwa der Bau des „Gebäudes auf der Grenze“ gezeigt, dass es trotz der Karlsruher Übereinkommen immer noch zahlreiche Bremsklötze gibt, die die völlige Überwindung der Grenze verhindern. Im Rahmen der Konformität eines gemeinsamen Gebäudes waren die Fragen zu beantworten nach welchen Normen welchen Landes, in wessen Verwaltung und gemäß welchen finanziellen Gegebenheiten dieses Projekt möglich sei. Aber dieses Gebäude haben wir tatsächlich gemeinsam gebaut, es ist der manifeste, offensichtliche Beweis dafür, dass es möglich ist, dass es durchführbar ist. Darum schlage ich vor, dass das Jahr 2019 uns ermöglicht, weitgefaste Überlegungen über eine vollkommen integrierte Verwaltung des Standorts anzustellen, damit aus ihm der Totem in der Anwendung eines echten grenzüberschreitenden einzigartigen Rechtes im Dienste der Jugend, im Dienste der Erziehung, im Dienste der Kultur wird. Es wird der erste saarländisch-mosellanische Standort in der Großregion.

(Beifall des Hauses.)

Man könnte ins Feld führen, dass diese Art Anliegen sehr weit von denen unserer Mitbürger entfernt ist. Die neuesten Ereignisse in Frankreich zeigen, dass das Bedürfnis nach Nähe und die Notwendigkeit, das Menschliche zu berücksichtigen, weiterhin zentrale Sorgen unserer Bevölkerungen sind. Das Département de la Moselle ist umso mehr betroffen, als es eine doppelte Verantwortung trägt: Es ist der Garant für Solidarität unter den Menschen und für eine Solidarität der Gebiete. Es ist also verantwortlich für Politik im Sinne der Kinder, der Jugend, aber

auch der Schwächsten, insbesondere der abhängigen Menschen.

Im Bewusstsein des Potenzials und der Möglichkeiten, die seine geografische Lage und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bieten, hat es diese Dimension voll und ganz in seine Politik integriert. So unterstützt das Departement außer der Gewährleistung der Fähigkeit, für eine bessere Eingliederungschance auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt notwendige sprachliche und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben, auch die Entwicklung vollkommen grenzüberschreitender Krippen für die ganz Kleinen. Und auch hier gibt es nirgends sonst an deutsch-französischen Grenzen ein solches Modell. Das Projekt Babylingua ist einzigartig. Das Saarland und Moselle wollen von frühester Kindheit an gemeinsam eine Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Gebieten fördern.

Das Département de la Moselle ist des Weiteren sehr engagiert in der Hilfe für ältere Menschen. Das Saarland verfügt über zahlreiche Kompetenzen, die es in einem Cluster zusammengefasst hat. Und wieder einmal haben wir gemeinsam ein verbindendes Projekt auf der Ebene der Großregion entwickelt. Das Projekt Senior Activ bietet eine konstruktive grenzüberschreitende Initiative, die den Verbleib zu Hause fördert, indem es sich insbesondere die digitale Revolution zunutze macht, die unsere Gesellschaften tiefgreifend verändert.

Schließlich muss ich ein großangelegtes Projekt nennen, das ohne Gleichen ist und auf das sich zu Recht zahlreiche Hoffnungen gründen. Die Dienststelle des Departements für Brandschutz und Rettungswesen (SDIS) unter der Befehlsgewalt des Direktors, des Colonel (Obersten) Vallier, unternimmt mit ihren Partnern in der Großregion, insbesondere im Saarland, ein nie dagewesenes Experiment auf dieser Ebene, und zwar direkt im Dienste unserer Mitbürger. Es geht darum, einen gemeinsamen Ansatz zur Risikobewertung zu finden sowie die notwendigen Instrumente für eine bessere Koordination und gemeinsame Einsätze unserer Sicherheits- und Brandschutzkräfte auf unseren Gebieten einzurichten. Wieder einmal denke ich, dass wir innovativer sind als anderswo. Das Projekt INTER'RED wird nach meiner Ansicht ein echter Grundstein für weitere Kooperationsräume sein.

Alle diese Projekte, meine Damen und Herren, haben etwas Gemeinsames: Sie stellen unsere Fähigkeit unter Beweis, Antworten auf die großen Herausforderungen zu finden, denen unsere Gebiete sich gegenübersehen. Und mancher erwartet konkrete, konzertierte Antworten von uns. So ist es kein Geheimnis, dass das Saarland eine in seiner Bevölkerung nie dagewesene strukturelle Umwandlung bewältigen muss. Angesichts des Alterungsprozesses unserer Bevölkerung müssen wir in der Lage sein,

die älteren Menschen zu begleiten und gleichzeitig die notwendigen Bedingungen für die Wirtschafts- und Wachstumsentwicklung zu gewährleisten, insbesondere durch ausreichende Arbeitskräfte in der Zahl und in der Qualität gemäß den Erwartungen der Arbeitgeber. Hier muss ich die bereits bestehenden Initiativen zur Verbesserung der Integration unserer Mitbürger auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt nennen. So möchte ich ganz besonders dem Saarland dafür danken, sehr geehrter Herr Präsident, dass es die Schaffung der Taskforce Grenzgänger initiiert und sich für ihre Fortführung eingesetzt hat, insbesondere indem es ein Netzwerk neuer Partner geknüpft hat, darunter die Maison du Luxembourg (Haus Luxemburgs) mit Sitz in Thionville und vor allem die Maison Ouverte des Services pour l'Allemagne (MOSA) (Offenes Haus der Dienstleistungen für Deutschland), mit Sitz in Forbach. Die Taskforce bietet wertvolle juristische Lösungen, mit deren Hilfe die Hindernisse, denen sich Grenzgänger, zukünftige Arbeitnehmer, die noch studieren, tätige Arbeitnehmer oder solche im Ruhestand täglich gegenübersehen, überwunden werden können. Das ist ein echter Mehrwert für unseren Kooperationsraum.

Ich habe als einen Partner der Taskforce die MOSA genannt. Sie entstand aus einer doppelten Feststellung heraus, nämlich der Bewusstwerdung der Möglichkeiten, die sich auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ergeben, bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Grenzgänger aus der Moselle ins Saarland, insbesondere im Gebiet Forbach. Das Département de la Moselle erachtete es für nötig, zu handeln, um den Strömen ins Saarland hinein eine neue Dynamik zu verleihen, auch von Ost-Moselle. Wir haben es geschafft, die Interkommunale Zusammenarbeit zum Modell eines Hauses der Dienstleistungen für Deutschland zusammenzuführen. Aber dieses Unternehmen war nur dank des Engagements unserer saarländischen Partner im Projekt und in der Begleitung, die uns damals von der saarländischen Regierung zuteilwurde, erfolgreich. 2018 nutzten mehr als 5.000 Personen dessen Dienste, während es 2016, im ersten Dienstjahr, etwas mehr als 3.000 Personen waren.

In diesem Sinne engagiert sich das Département de la Moselle mit einer ganz besonderen Initiative für die Schaffung eines digitalen Hauses der Sprachen, das es ermöglicht, den Wert des Erlernens von Sprachen für Erwachsene, Eltern, Jugendliche zu erkennen, sie über bestehende Angebote zu informieren und Orientierung zu bieten. Das Projekt wird nur durchführbar und erfolgreich sein, wenn es sich auf eine echte Öffnung über die Grenze hinweg stützt, und hier appelliere ich an Ihre Kooperation und Ihre Unterstützung. Das digitale Haus der Sprachen wird ein Haus sein, das zum Saarland und zur Moselle hin offen ist.

(Beifall des Hauses.)

Der Zugang zu Beschäftigung und Mobilität bleibt eine Herausforderung für unseren grenzüberschreitenden Lebensraum. Auch wenn das Gesetz der territorialen Neuorganisation der Republik Frankreich die Zuständigkeiten für Transport von den Départements auf die großen Regionen übertragen hat, hat unser Département den Wunsch und den Willen, im Bereich der Mobilität weiterhin ein zentraler Akteur zu sein, insbesondere bei der Verwaltung des Straßennetzes, für das wir die Verantwortung tragen. Daher haben wir uns gegenüber dem Saarland dazu verpflichtet, grenzüberschreitende Verbindungen mit vollautomatisierten Bussen im Rahmen des Projektes TERMINAL zu testen.

Außerdem wird unser Département unablässig Initiativen fördern und unterstützen, die das Reisen innerhalb unseres Kooperationsraumes erleichtern. Darum habe ich mich persönlich für die Zukunft der Linie Dillingen-Bouzonville-Thionville eingesetzt und habe im vergangenen Dezember mit der Unterstützung des Vizepräsidenten Günter Heinrich in Frankreich den Transportminister, den Präsidenten der Region Grand-Est und den Generaldirektor der SNCF gebeten, sich um die Modernisierung, den Erhalt und die Entwicklung dieses unentbehrlichen Streckenabschnitts im Rahmen der Eisenbahnlinie zwischen dem Saarland und der Moselle zu kümmern.

(Beifall des Hauses.)

Sie soll auch die Eisenbahnverbindungen zwischen dem Saarland und dem Großherzogtum über die Moselle erleichtern. Dies ist absolut wichtig für die Mobilität im Schienennahverkehr, ausgehend von den großen europäischen Eisenbahntransportkorridoren.

Ebenfalls unabdingbar ist es, dass wir gemeinsam etwas für die Attraktivität unserer Gebiete tun, um an Sichtbarkeit zu gewinnen. Das Département de la Moselle hat zu diesem Zweck eine Attraktivitätsagentur für sein Gebiet ins Leben gerufen: MOSL Attractivité. Teil ihres Programms ist die voll und ganz grenzüberschreitende Dimension, und sie ist bereits Partner wichtiger Projekte wie des Projektes zur Schaffung digitaler Werkzeuge für touristisches Marketing in der Großregion, das von der Tourismuszentrale des Saarlandes durchgeführt wird. Es passt damit genau zur Philosophie dessen, was das Département de la Moselle entwickeln wollte. MOSL, das heißt Moselle ohne Schranken, ohne Grenzen. Unser Ziel ist die partnerschaftliche Entwicklung gemeinsam mit unseren Nachbarn. Zum Start der Marke MOSL waren Sie freundlicherweise anwesend, Herr Präsident. Sie alle, davon bin ich überzeugt, sind Botschafter der Marke MOSL, die wir unterstützen müssen.

Eine weitere Herausforderung betrifft die digitale Revolution und ihre Auswirkungen auf das Wirtschaftsmodell, das wir kennen. Das Département de la Moselle kennt und anerkennt die weitreichenden Kompetenzen im Saarland. Ich nenne hier nur das DFKI, das ZEMA und das Max-Planck-Institut. Ich weiß, dass das Saarland der Hotspot in diesem Bereich werden will. Einmal mehr denke ich, dass es notwendig ist, gemeinsam arbeiten zu können, denn das Département de la Moselle verfügt über ergänzende Stärken, die es einbringen kann. Mithilfe dieser Zusammenarbeit werden die Ambitionen der einen nicht die Träume der anderen sein, sondern gemeinsame Realität innerhalb einer gemeinsamen Win-Win-Strategie, denn wir brauchen einander, dessen sind wir uns im Département de la Moselle völlig bewusst. Das Département de la Moselle und das Saarland haben sich dazu entschlossen, sich in den Dienst ihrer Mitbürger zu stellen.

(Beifall.)

Ich könnte ebenfalls unser gemeinsames Engagement für nachhaltige Entwicklung nennen, indem ich hier das Projekt GreENEFF anführe, das es ermöglichen soll, einen gemeinsamen Standard im Bausektor zur Reduzierung der Energiekosten einzuführen, insbesondere für Vermieter sozialen Wohnraums.

Der Reichtum und die Intensität unserer Zusammenarbeit, die Innovation, mit der wir unsere Projekte konkretisiert haben, die starken Ergebnisse, die wir erzielt haben, werden uns immer in den Stand versetzen, auf die gemeinsamen Herausforderungen antworten zu können. Aber wir müssen feststellen, dass wir wachsam bleiben und diesen Umstand unseren jeweiligen Hauptstädten nahebringen müssen.

Nun muss ich bei allem Engagement und dem Verständnis für die Wichtigkeit der Zweisprachigkeit für das Département de la Moselle doch noch feststellen, dass auf nationaler Ebene Entscheidungen gefällt werden, die zu einem großen Bruch in der Kontinuität des verstärkten Erlernens der deutschen Sprache führen könnten. Ebenso führt das Fehlen von neuer Gesetzgebung trotz bekannter Probleme und obwohl die Behörden damit befasst sind heute zu individuellen, sehr schwierigen Situationen im Bereich Arbeitsunfähigkeit und Sozialrecht. Es wird erkannt, dass die Grenzgänger existieren, und auch analysiert, aber wie steht es mit dem Aufheben negativer externer Effekte, die auch heute noch durch die Grenze hervorgerufen werden?

Eine Bresche könnte auf zwei verschiedenen Ebenen geschlagen werden. Zunächst auf europäischer, insofern die Kommission den vom Großherzogtum Luxemburg während seiner Ratspräsidentschaft initiierten Vorschlag zur Verordnung über das rechtliche Instrument wieder aufnimmt. Das würde die Anwendung eines Rechts auf beiden Seiten der Grenze er-

möglichen. Dies ist eine Chance, auch wenn die Umsetzung noch viele Fragen auf den Plan ruft, auf französischer Ebene mit dem Recht zur Differenzierung. So hat der Staat im Rahmen der Schaffung der europäischen Körperschaft Elsass anerkannt, dass diese Körperschaft neue Zuständigkeiten im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zugesprochen bekommen würde. Damit wäre die Körperschaft in der Lage, Lehrpersonal beim nationalen Bildungswesen zu rekrutieren, um das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern. Sie wäre gemeinsam mit dem Staat im Kooperationsraum Oberrhein diplomatisch federführend.

Was für das Elsass möglich ist, wird auch für das Département de la Moselle möglich sein, denn es gibt mindestens ebenso sehr die europäische Körperschaft Moselle wie es die europäische Körperschaft Elsass gibt. Denn sonst würde dies einen Bruch und eine neue Grenze zwischen dem Elsass und dem Département de la Moselle bedeuten, die dazu führen könnte, unseren grenzüberschreitenden Lebensraum insgesamt zu bestrafen. Also muss das Département de la Moselle im Sinne neuer Aktionshebel die Fähigkeit erlangen, federführend bei der Entwicklung von Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen dem Département de la Moselle und dem Saarland zu werden.

(Beifall des Hauses.)

Darum formuliere ich den Wunsch, mich auf Ihre Unterstützung verlassen zu können, um mit vollem Recht unsere Forderung voranbringen zu können, mit deren Hilfe wir Instrumente an die Hand bekommen, die unsere tagtägliche Zusammenarbeit im Dienste der Lebensqualität und des guten gemeinsamen Zusammenlebens unserer Mitbürger erleichtern.

Es ist also unabdingbar, dass wir uns versichern, dass das, was hier geschieht, in unseren jeweiligen Hauptstädten gut verstanden und beherrscht wird. Hier ist das Deutsch-Französische lebendig, genauso wie dort, und für einige Bereiche gilt dies sogar mehr als anderswo, angesichts dessen, was wir bereits erreicht haben. Es ist also logisch und legitim, dies auch anzuerkennen. Wenn man in Paris, wenn man in Berlin Pilotgebiete für europäische und grenzüberschreitende Beziehungen möchte, dann kann man sie hier, im Saarland und im Département de la Moselle, jetzt schon finden. Saarbrücken und Metz müssen die Hauptstädte der deutsch-französischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden.

(Beifall des Hauses.)

An Arbeitsfeldern, auf denen unsere gemeinsame Kraft der Ideen erwartet wird, mangelt es nicht. Die Herausforderungen sind zahlreich, und wir sind dafür bereit. Wille und Ehrgeiz, die wir in der Vergan-

genheit mobilisieren konnten, sind ungebrochen und leiten uns weiterhin.

Vor einigen Wochen veranstaltete das Département de la Moselle in Partnerschaft mit dem Département Meurthe-et-Moselle und dem Institut der Großregion eine Konferenz mit dem Titel „Grenzüberschreitende Realitäten: das Deutsch-Französische im Alltag“. Herr Präsident, damals erwiesen Sie uns die Ehre und machten uns die Freude, diesen Vormittag im Robert-Schuman-Haus zum Abschluss zu bringen. Bei dieser Gelegenheit war zu spüren und wahrzunehmen, wie lebendig die Zusammenarbeit in unserem grenzüberschreitenden Lebensraum ist, aber auch, wie nötig es ist, immer und immer weiter daran zu arbeiten, dass das grenzüberschreitende Leben, dass das europäische Leben auf dem Gebiet des Saarlandes, von Rheinland-Pfalz und Moselle als eine Chance und nicht als ein Hindernis erlebt wird.

Ich kann Ihnen versichern, dass das Département de la Moselle dazu bereit ist und sich mit seinen Mitteln einmal mehr dafür einsetzen wird, zu fühlbaren, konkreten Ergebnissen im Dienste jedes einzelnen Bürgers zu gelangen.

In einigen Tagen, am Ende des nächsten Gipfels der Exekutiven der Großregion, wird das Saarland, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Präsidentschaft des Gipfels übernehmen. Ich versichere Ihnen, dass Sie mit dem Département de la Moselle einen loyalen, effizienten und konstruktiven Partner haben werden, einen Verbündeten, der sich dafür einsetzen wird, dass Ihre Präsidentschaft ein Erfolg wird.

Damit dieser Tag als Beginn einer neuen Praxis gelten kann, wäre das Département de la Moselle sehr geehrt, Sie, meine Damen und Herren, am 9. Mai in Metz aus Anlass des symbolischen Europatages begrüßen zu dürfen, um unseren Austausch weiterzuführen.

Zum Abschluss kann ich Ihnen nur noch einmal versichern, welchen Stolz ich empfinde - es ist unser gemeinsamer Stolz - hier auf diesem Podium vor Ihnen sprechen zu dürfen, und ich darf Ihnen versprechen, dass diese Begegnung der Beginn zahlreicher Austausche, neuer Austausche ist, die, das weiß ich dank unserer Erfahrung schon jetzt, fruchtbar sein werden.

Schließlich möchte ich Robert Schuman, den Vater Europas, unser aller Vater, zitieren. Er sagte: „Die harten Lektionen der Geschichte haben den Mann der Grenze, der ich bin, gelehrt, sich vor übereilten Improvisationen, vor allzu ehrgeizigen Projekten in Acht zu nehmen, aber sie haben mich ebenfalls gelehrt, dass wenn uns ein objektives Urteil, reiflich überlegt, auf Tatsachen und dem höheren Interesse der Frauen und der Männer beruhend, zu neuen, ja sogar revolutionären Initiativen führt - selbst wenn

sie die bestehenden Gewohnheiten, die säkularen Antagonismen und die althergebrachten Routinen erschüttern - wir daran festhalten und beharrlich bleiben müssen.“ - Ich schlage Ihnen gemeinsam vor, beharrlich an einer noch engeren Zusammenarbeit auf den Gebieten des Saarlandes, von Rheinland-Pfalz und des Département de la Moselle festzuhalten. Wir sehen uns, meine Damen und Herren, am 9. Mai. - (auf Deutsch:) Ich bin ein Saarländer.

(Heiterkeit. - Lang anhaltender Beifall.)